

ZUKUNFT MACHEN. *GEMEINSAM.*

JAHRBUCH 2021

Arbeitsbericht 06/2021 – 03/2022
SPD-Landesorganisation Bremen



Jahrbuch 2021

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.)

Die Autorinnen und Autoren
verantworten ihre Berichte

Berichtsstand: Ende März 2022
Bremen, 26. April 2022

SPD-Landesorganisation Bremen

Violenstraße 43 ■ 28195 Bremen ■ Fon: 04 21/3 50 18-0 ■ E-Mail: info-land-bremen@spd.de
Internet: www.spd-land-bremen.de ■ www.spd-bremen.de
Bankverbindung: Berliner Sparkasse ■ IBAN: DE56 1005 0000 0190 4287 67 ■ BIC: BELADEV3333

INHALT

Gedenken	Seite 07
Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes	Seite 09
Mitglieder des Landesvorstandes	Seite 22
Berichte der Arbeitskreise und Kommissionen	Seite 23
Organisations- und Finanzbericht	Seite 29
Statistiken zur Mitgliederentwicklung	Seite 39
Bundestagswahlergebnisse 2021	Seite 53
Bericht zur Arbeit des Senats	Seite 57
Bericht zur Arbeit der SPD-Bürgerschaftsfraktion	Seite 59
Berichte der Arbeitsgemeinschaften	Seite 71

GEDENKEN

Die Landesorganisation hat 84 Mitglieder im Jahr 2021 durch Tod verloren.

Stellvertretend für alle unsere im Jahr 2021 verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Margot Bendig	Agnes Lange
Erika Bönning	Fredy Mahlstedt
Ursula Borchartd	Karin Markus
Hanns Walter Braams	Ditman Meyer
Heinz-Gerhard Brüggemann	Karin Meyerhoff
Emmy Brüggemann	Arnhild Moning
Karl-Wilhelm Busch	Rudolf Monnerjahn
Angelika Frerks	Hubert Resch
Ingrid Fynsk	Erhard Schäfer
Karl-Heinz Grimsehl	Rudolf Schulz
Swen-Björn Grupe	Waltraud Segebade
Wolfgang Guse	Hermann Tietjen
Hanna Hantelmann	Iselin von Ehrenstein
Heinz Hennig	Rolf Wähmann
Manfred Herzig	Heinz-Rüdiger Wanke
Karl Heinz Jordan	Robert Weißmantel
Hartmut Krenzer	Udo Wille
Konrad Kunick	Lutz Zache

Wir sind ihnen und allen weiteren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung unserer Partei zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

BERICHT ZUR ARBEIT DES LANDESVORSTANDES 06/2021 – 03/2022

Die Amtszeit des Landesvorstandes war ganz wesentlich geprägt von drei Ereignissen: Ein weiteres Jahr der Coronapandemie – mit einer Phase der Normalisierung von Juni bis in den Oktober 2021 hinein, was letztlich auch einen fast normalen Bundestagswahlkampf zuließ, und dann mit voller Wucht zurückkam, was von November 2021 bis in den März 2022 zum Beispiel wieder erhebliche Kontaktbeschränkungen und Homeoffice-Pflicht bedeutete.

Der gewonnene Bundestagswahlkampf – nach 16 Jahren ist mit Olaf Scholz wieder ein Sozialdemokrat Bundeskanzler Deutschlands. Zum Bundestagswahlkampf später mehr. Die neue Ampel-Bundesregierung hat sich nichts kleineres als die soziale, ökonomische und ökologische Transformation von Wirtschaft und Arbeit, letztlich unserer Gesellschaft vorgenommen, angesichts von Digitalisierung, Klimawandel und der notwendigen Sicherung von sozialer Gerechtigkeit und Wohlstand kann es auch kein Ausweichen mehr vor diesen Aufgaben und Herausforderungen geben.

Und dann in den letzten Wochen der Amtszeit des Landesvorstandes ist das fast Unvorstellbare pas-



Reinhold Wetjen
Vorsitzender der SPD-Landesorganisation Bremen

siert: Seit dem 24. Februar 2022 ist mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine „Krieg als Mittel von Politik“ zurück in Europa. Eine Zeitenwende: Tote, Verletzte, Millionen Menschen auf der Flucht, Zerstörung, unermessliches Leid, Kriegsverbrechen. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine. Deutschland und Europa müssen ihre Sicherheitsarchitektur völlig neugestalten, schnellstens die Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit des Militärs sichern, die Wirkungen der gegen Russland gerichteten Sanktionen auf die eigene Wirtschaft bewältigen.



Die Transformation bekommt mit der Beendigung der Abhängigkeiten von russischen Energielieferungen eine zweite Dringlichkeit.

Es ist gut, dass wir in dieser Situation eine von der SPD angeführte Ampelregierung haben, mit dem sozialdemokratischen Bundeskanzler Olaf Scholz an der Spitze, der ruhig, vernünftig und verantwortungsbewusst unser Land regiert.

Landesparteitag, 11./12. Juni 2021

Nach mehrfacher Verschiebung fand der ordentliche Landesparteitag zur Wahl des Landesvorstandes letztlich mit einer Verzögerung von einem Jahr am 12. Juni 2021 statt: „Endlich wieder ein Parteitag in Präsenz!“ ein Stoßseufzer, den man auf dem Parteitag im Bremer BLG-Forum immer wieder hörte. Damit dieser Parteitag überhaupt in Präsenz stattfinden konnte, wurde er gestrafft und die Antragsberatung mittels einer Konsensliste fokussiert und ihm wurde am Freitagabend eine digitale Videokonferenz vorgeschaltet, in der bereits viele Formalien erledigt werden konnten.

Der Parteitag wählte – für eine auf ein Jahr verkürzte Amtszeit, damit auch die Landesebene zu-

rück in den Rhythmus der Organisationswahlen der Partei im Land Bremen findet – mich, Reinhold Wetjen, mit einer Zustimmung von 81,4 Prozent zum neuen Landesvorsitzenden. Sarah Ryglewski (stellvertretende Landesvorsitzende), Gisela Schwellach (Landesschatzmeisterin) und Karl Bronke (Schriftführer) wurden in ihren Ämtern vom Parteitag bestätigt, neu ins Team des geschäftsführenden Landesvorstandes rückte als stellvertretender Landesvorsitzender Swen Awizus. Der Personalwechsel an der Spitze der Landespartei war erforderlich, da Sascha Karolin Aulepp nicht erneut für diese Funktion kandidierte. Sie wurde vom Parteitag mit einer Zustimmung von 88,6 Prozent für das Amt der Senatorin für Kinder und Bildung nominiert, nachdem Claudia Bogedan kurz zuvor angekündigt hatte, ihr Senatorinnenamt zur Verfügung zu stellen, da sie eine neue berufliche Herausforderung als Geschäftsführerin der Hans-Böckler-Stiftung annehmen möchte.

Am 26. Juni 2021 konstituierte sich der neue Landesvorstand im Rahmen einer Klausursitzung im Forum K, Tagungszentrum am Rotes Kreuz Krankenhaus Bremen. Er hat sich vorgenommen, auch in dieser Amtszeit seinen traditionellen Rhythmus



Stabwechsel im Amt des Landesvorsitzes: Der Landesparteitag wählte am 12. Juni 2021 Reinhold Wetjen zum neuen Landesvorsitzenden. Und Sascha Karolin Aulepp wurde am 7. Juli 2021 von der Bürgerschaft zur neuen Senatorin für Kinder und Bildung der Freien Hansestadt Bremen gewählt.



Kanzlerkandidat Olaf Scholz gemeinsam mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte zu Besuch auf der „Bremer Hütte“ am 15. Juni 2021, sie diskutierten mit Geschäftsleitung, Betriebsrat und in einer Betriebsversammlung, wie die Transformation zur „Green-Steel-Production“ gelingen kann.

monatlicher Sitzungen beizubehalten und sich möglichst in jeder Sitzung mit einem inhaltlichen Thema tiefergehend zu beschäftigen.

Olaf Scholz zu Besuch in Bremen bei Airbus und ArcelorMittal

Olaf Scholz hat am 15. Juni 2021 zwei Bremer Großbetriebe besucht: Am Vormittag war unser Kanzlerkandidat zunächst im Airbus-Werk und am Nachmittag war er im Stahlwerk von ArcelorMittal. An beiden Standorten informierte er sich detailinteressiert und diskutierte mit Beschäftigten und Betriebsräten.

Olaf Scholz nach seinem Besuch bei ArcelorMittal: „Die Weichen für die Zukunft der deutschen Stahlbranche und für sehr viele Jobs werden jetzt gestellt! Die Nachfrage nach einer klimaneutralen Stahlproduktion wächst, die Betriebe müssen jetzt handeln und brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Für die Industrie muss klar sein, dass sie sich beim Umbau auf eine klimaneutrale Produktion auf ein ausreichendes Energieangebot verlassen können. Dafür stehen die SPD und ich ein.“, und weiter: „Die Mitarbeiter:innen der Stahlbranche müssen sich darauf verlassen können,

dass klimaneutrale Produktion auch sie mitnimmt, gute Jobs erhalten und ausgebaut werden. Für mich ist klar: Industriepolitik und die Belange der Arbeitnehmer:innen müssen immer zusammen gedacht werden!“

Bei Airbus nahm Olaf an einer Betriebsversammlung teil. Dabei ging es unter anderem um Neustrukturierungen und angekündigte Personal-Einsparungen des Konzerns in Deutschland.

Begleitet wurde Olaf von unserer Bundestagesabgeordneten und Parlamentarischen Staatssekretärin, Sarah Ryglewski. Am Besuch bei ArcelorMittal nahmen auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte, der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion Mustafa Güngör und unser Bundestagsabgeordneter Uwe Schmidt teil.

Presse-Sommerreise der Parteivorsitzenden

Am 21. Juli 2021 besuchten die beiden Parteivorsitzenden, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans, auf ihrer Presse-Sommerreise Bremen. Saskia Esken hatte sich den ganzen Tag Zeit für ihren Besuch genommen, der dann unter dem Motto



FOTO: SPD LAND BREMEN



FOTO: BUNDESREGIERUNG / JESCO DENZEL

8. Dezember 2021: Olaf Scholz wird vom Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler gewählt und ernannt anschließend unsere Bremer Bundestagsabgeordnete Sarah Ryglewski zur Staatsministerin. Sarah Ryglewski, die zuvor Parlamentarische Staatssekretärin bei Olaf Scholz im Finanzministerium war, zieht als Staatsministerin mit ins Kanzleramt, das damit hanseatischer und etwas bremischer wird. Sarah wird als Staatsministerin im Bundeskanzleramt künftig u. a. für die Koordination der Bund-Länder-Beziehungen zuständig sein und ihren Teil zu einem gut funktionierenden Föderalismus in Deutschland beitragen.

Pressegespräch am Abend ins Restaurant Canova ging, wo auch Bürgermeister Andreas Bovenschulte wieder ein interessanter Gesprächspartner für die Presse war, ging es noch in die Kunsthalle, hier stieß auch Norbert Walter-Borjans hinzu.

Bundestagswahlkampf 2021

Die Strategie und die Botschaften des Bundestagswahlkampfes werden ganz wesentlich vom Parteivorstand und im Willy-Brandt-Haus entwickelt, die Umsetzung vor Ort findet in den Unterbezirken, Ortsvereinen und Wahlkreisen statt. Der Landesebene kommt im Bundestagswahlkampf eher die Rolle eines Mittlers zu. Ganz in diesem Sinne hat die Landespartei die Unterbezirke und Wahlkreise mit Finanzausschüssen und die „Zukunftsgespräche“ von Sarah Ryglewski und Olaf Scholz am 24. April 2021 als Online-Format und von Uwe Schmidt und Olaf Scholz am 9. August 2021 im Klimahaus in Bremerhaven organisatorisch, technisch und finanziell unterstützt, wie auch die gemeinsame Veranstaltung von Sarah und Uwe mit Bundesminister Hubertus Heil am 20. September 2022 in der Schlusswoche des Wahlkampfes.

Die Briefwahl hat mit der Corona-Pandemie noch-

mals an Gewicht gewonnen, deshalb haben wir zum Start der Briefwahl und nochmals eine Woche vor der Wahl, diesmal mit der Aufforderung zur Stimmabgabe im Wahllokal, Anzeigen in den Anzeigenblättern Weser-Report, BLV (Bremen-Nord) und Sonntagsjournal (Bremerhaven) geschaltet. Zur plakativen Sichtbarkeit haben wir halbseitige Formate gewählt, die Finanzmittel der Landespartei haben wir hierfür überlegt und gezielt eingesetzt.

Die SPD hat im Land Bremen mit 31,5 Prozentpunkten (Zweitstimmen) und dem klaren Gewinn beider Wahlkreise mit Sarah Ryglewski (Wahlkreis 54: Bremen I, 30,3 %) und Uwe Schmidt (Wahlkreis: Bremen II – Bremerhaven, 37 %) ein starkes Ergebnis erzielt. Unser Land ist und bleibt auch nach dieser Bundestagswahl rot! Beim von der Landespartei organisierten zentralen Wahltreff der SPD in der Gastwirtschaft „Ständige Vertretung (StäV)“ in der Böttcherstraße in Bremen hatten wir somit jede Menge Grund zu feiern. Dieser Erfolg im Land Bremen war nur möglich aufgrund eines engagierten und geschlossen geführten Wahlkampfes. Ganz herzlichen Dank an alle, die mitgemacht haben. Ein ganz besonderer Dank geht an Sarah und Uwe und ihre Teams, die wirklich einen tollen Wahlkampf, mit vielen kreativen Aktionen und unermüdl-



FOTO: SPD LAND BREMEN

Oben: Den Stopp bei den Bremer Stadtmusikanten ließ sich die Parteivorsitzende Saskia Esken bei ihrem Besuch in der Hansestadt am 21. Juli 2021 nicht nehmen.

Unten: Personen-Plakate – Bundestagswahlkampf 2021

„Innenstadt- und Quartiersentwicklung“ stand. Gemeinsam mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte standen die Etappen „Innenstadt – Entwicklungen, Veränderungen und Chancen“, „Tabakquartier – Wandel eines Industriestandorts zu einem Ort der Arbeit, des Wohnens und der Kultur“, „Überseestadt – gemeinsames inklusives

Wohnen und Leben von Menschen mit Handicap und Studierenden“, am Nachmittag war Saskia Esken dann bei Ortsamtsleiter Florian Boehlke in Burglesum zu Gast und erkundete mit ihm das Alwin-Lonke-Quartier. Immer im Schlepptau die begleitenden Medienvertreter:innen aus der Bundeshauptstadt. Bevor es zum abschließenden



chem Einsatz hingelegt haben. Daran können wir uns für den kommenden Bürgerschaftswahlkampf ein gutes Vorbild nehmen.

Am Tag nach der Bundestagswahl haben wir eine Parteikonferenz mit Andreas Bovenschulte, Sarah Ryglewski, Swen Awiszus und mir zur Bewertung des Wahlergebnisses und des Wahlkampfes

durchgeführt. Endlich hat unsere Partei den Kampfeswillen und den Zukunftswillen zurückgefunden, das gibt Rückenwind für den Bremer Wahlkampf in eineinhalb Jahren.

Noch in der Amtszeit des letzten Landesvorstandes vorbereitet, hat der Landesvorstand im Juni 2021 die Mittel für eine umfassende Neuaufstellung unserer Online-Kommunikation freigegeben. Ziel war dabei, unsere Social-Media-Aktivitäten, vor allem auf Facebook und Instagram, strategisch neu auszurichten und den Auftritten auch ein neues, frisches Design zu geben. Mit neuem Konzept und dem neuen Design sind wir auf den Social-Media-Kanälen im September 2021 an den Start gegangen. Im Projektprozess hatte sich aber schnell herausgestellt, dass wir als Fundament für die Kommunikation unserer Themen einen Blog haben sollten. Konzept und Themenplanung für den Blog wurden intensiv diskutiert und erarbeitet. Und im Januar 2022 konnten wir dann auch mit der Homepage www.spd-bremen.de, der SPD Bremen-Blog, an den Start gehen. Wir glauben, dass uns ein großer Schritt in die richtige Richtung in unserer Online-Kommunikation gelungen ist. Wir danken Aaron Thatje, Selin Arpaz, Jonas Elster und Georg Langwasser für ihr Engagement in dem Projekt.



Der neue SPD Bremen-Blog: www.spd-bremen.de



Vorbereitung der Wahlkämpfe 2023

I. Wahlkampf-Gremien

Die Einsetzung der Gremien für die Organisation, Begleitung und verantwortliche Leitung des Bürgerschaftswahlkampfes – Wahlkampfleitung, Wahlkampfkommission, Wahlkampfbegleitgruppe und Kampa-Visite – erfolgte durch den Landesvorstand unmittelbar nach der Bundestagswahl und den folgenden Herbstferien in seiner nächsten Sitzung im November 2021.

Die Kampa-Visite soll der Raum zum Austausch zum praktischen Wahlkampf sein. Die Wahlkampfleitung der Partei – Landesvorsitzender und Landesgeschäftsführer – werden in Online- und Offline-Formaten mit den Vorsitzenden und Campaigner*innen der Unterbezirke und Ortsvereine sowie den zur Bürgerschaft bzw. zur Stadtverordnetenversammlung Kandidierenden und den Listenspitzen der zu den Bremer Beiräten Kandidierenden regelmäßig und in eher kurzen Abständen über die Dinge sprechen, die anstehen. Los geht es mit der Kampa-Visite im Herbst 2022.

II. Zukunftsprogramm 2023 – 2027

Im November 2021 hat der Landesvorstand das Konzept und den Fahrplan für die Erarbeitung des Zukunftsprogramms 2023–2027 zur Bürgerschaftswahl 2023 beschlossen und für die 1. Etappe 11 Arbeitsgruppen eingesetzt, die im 1. Halbjahr 2022 inhaltliche Grundlagenpapiere zu den jeweiligen Themenclustern erarbeiten werden:

1. Kinder und Bildung
2. Gute Arbeit
3. Starke Wirtschaft, prosperierende Häfen, kluge Wissenschaft – für Wachstum, Innovation und

Nachhaltigkeit

4. Innenstadtentwicklung – Bremen und Bremerhaven
5. Lebenswertes Wohnen und soziale Stadtentwicklung (Bau – Verkehr)
6. Klimaschutz
7. Demokratische Gesellschaft – gleiche Teilhabe – sicher leben
8. Freizeit – Kultur – Sport
9. Solidarische Gesellschaft – sozialer Zusammenhalt
10. Gesundheit – Pflege
11. Finanzielle Grundlagen des Stadtstaates sichern

Die Arbeitsgruppen werden von Mitgliedern des Landesvorstandes sowie dem Vorsitzenden des Unterbezirks Bremen-Stadt, Falk Wagner, und unserem Europaabgeordneten Joachim Schuster geleitet. Bis zum Jahresende 2021 wurden die Arbeitsgruppen seitens der Unterbezirke, der Bürgerschaftsfraktion, unserer Senatsmitglieder und aus Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreisen mit weiteren Genossinnen und Genossen besetzt und im Januar 2022 haben sich dann die einzelnen Arbeitsgruppen konstituiert.

Ein besonderes Element der Beteiligung der Mitglieder stellten die fünf digitalen Regionalkonferenzen dar, die in der 1. Februarhälfte des Jahres 2022 stattfanden. Sie wurden als digitale Worldcafés auf der Plattform „wonder.me“ durchgeführt und mehr als 250 Genossinnen und Genossen ließen sich darauf ein und diskutierten an den Thementischen zu den zentralen Zukunftsthemen Bremens und Bremerhavens: „Wirtschaft und Arbeit“, „Sicherheit und Sauberkeit“, „Kita und Bildung“, „Wohnen und Stadt-(teil)-Entwicklung“ sowie „Lebendige Innenstädte“. Das waren



FOTO: SPD LAND BREMEN

Das digitale Worldcafé mit seinen fünf Thementischen und Kommentaren im Chat.

inhaltlich richtig interessante Diskussionen und, die dabei waren, werden es bestätigen, es hat auch richtig Spaß gemacht.

Ein zweites Element der Beteiligung der Mitglieder ist der parteiöffentliche und themenspezifische Austausch mit den einzelnen Arbeitsgruppen. Im Zeitraum Mitte Februar bis Anfang März 2022 hatte jede Arbeitsgruppe zu einer parteiöffentlichen Brainstorming-Runde im Online-Format eingeladen. Bevor die Arbeitsgruppen ihre Grundlagenpapiere bis zum 30. Juni 2022 fertigstellen und an den Landesvorstand geben, wird jede Arbeitsgruppe zu einer weiteren parteiöffentlichen Diskussion einladen. Der Landesvor-

stand wird die Grundlagenpapiere auf einer Klausur am 9./10. Juli beraten. Nach den Sommerferien wird er dann einen Entwurf für eine Langfassung unseres Wahlprogramms zur Bürgerschaftswahl 2023, das „SPD-Zukunftsprogramm 2023 – 2027“, vorlegen. Daran schließt sich die „formale Antragsberatung“ in unserer Partei an, die mit der Beratung und Beschlussfassung auf dem Landesparteitag am 4. Februar 2023 enden wird.

III. Wahlkampfagentur

In der Dezember-Sitzung hat der Landesvorstand einstimmig dem gemeinsamen Vorschlag von Andreas Bovenschulte und mir – zuvor waren der geschäftsführende Landesvorstand und die Unter-

DER FAHRPLAN:

Januar 2022

Einsetzung von 11 Programm-Arbeitsgruppen zur Erarbeitung von Grundlagen-Papieren und deren Konstituierung

1.–12. Februar 2022

5 Regionalkonferenzen im Format des digitalen Worldcafé

Mitte Februar bis Mitte März 2022

parteiöffentliche Brainstormings der Programm-Arbeitsgruppen

Mitte Mai bis Mitte Juni 2022

parteiöffentliche Diskussionsforen der Programm-Arbeitsgruppen zu den Entwürfen der Grundlagen-Papiere

30. Juni 2022

Deadline für Erstellung der Grundlagen-Papiere

9./10. Juli 2022

Klausur des Landesvorstandes zu den Grundlagen-Papieren

Samstag, 10. September 2022

a.-ord. Landesparteitag: Nominierung Spitzenkandidatur und inhaltliche Botschaften

Herbst 2022

Vorlage Langfassung des Zukunftsprogramms 2023 – 2027, anschließend Diskussion in der Partei und öffentliche Diskussionen

Samstag, 4. Februar 2023

ord. Landesparteitag, Debatte und Beschluss: Zukunftsprogramm 2023 – 2027 (Langfassung)

bezirkvorsitzenden in die Entscheidung eingebunden worden – zugestimmt, dass wir in der Kampagne zur Bürgerschaftswahl 2023 mit den Agenturen ASK (Berlin) und Pahnke (Hamburg), die eine Agenturgemeinschaft bilden, zusammenarbeiten werden. Zuvor hatte es Gespräche des Landesvorsitzenden und des Landesgeschäftsführers unter Einbindung unseres potentiellen Spitzenkandidaten mit in eine kleinere Auswahl genommener Agenturen, die uns strategisch und kreativ im Bürgerschaftswahlkampf begleiten könnten, gegeben. Basis dieser Gespräche war ein zuvor in diesem Kreis erarbeitetes Agenturbriefing.

IV. Basis-Konferenzen

Das Format „Basis-Konferenz“ hat eine besondere Funktion und Stellung auf dem Weg zur Bürgerschaftswahl 2023. Wir wollen mit ihr seitens der Landesorganisation ein direktes Informations- und Kommunikationsforum mit den Verantwortlichen an der Parteibasis, in Ortsvereinen, Unterbezirken und Fraktionen etablieren. Die Landesorganisation informiert auf den halbjährlichen Konferenzen zum Wahlkampf und Bürgermeister Andreas Bovenschulte diskutiert mit uns aktuelle Fragen. Die 1. Basiskonferenz fand am 29. November 2021 im KWADRAT statt. Die 2. Konferenz ist für den 20. April 2022 in die Bremer Union Brauerei eingeladen.

Zwei Bundesparteitage innerhalb von 8 Tagen!

Unter dem auftraggebenden Motto „Fortschritt wagen“ wollen SPD, Die Grünen und die FDP nach erfolgreichen, außergewöhnlich kurzen und stringenten Verhandlungen die neue Regierungskoalition bilden. Die Zustimmung der Partei zum Koalitionsvertrag und damit zur Regierungsbildung erfolgte auf dem außerordentlichen Bundesparteitag am 4. Dezember 2021, an dem Pandemiebedingt die Delegierten aus den Bezirken und Ländern nur digital teilnehmen konnten. Die SPD zeigte auch hier große Geschlossenheit, über 98 Prozent Zustimmung zum Koalitionsvertrag, und schaffte damit die Voraussetzung, dass am 8. Dezember 2021 mit Olaf Scholz nach 16 Jahren wieder ein Sozialdemokrat vom Deutschen Bundestag zum Bundeskanzler gewählt werden konnte.

Auch der eigentlich für 10.–12. Dezember 2021 in

Berlin vorgesehene ordentliche Bundesparteitag konnte nicht in Präsenz stattfinden und musste auf ein eintägiges Online-Format angepasst werden. Der Parteitag fand am 11. Dezember 2021 statt: Lars Klingbeil wurde zum Parteivorsitzenden gewählt, Saskia Esken als Vorsitzende in der Doppelspitze bestätigt. Kevin Kühnert wurde zum Generalsekretär gewählt. Was fehlte, war die Parteitagsatmosphäre und es gibt Bedarf, inhaltliche Anträge und auch Fragen zur Parteiorganisation intensiv zu diskutieren und dann zu guten Beschlüssen zu kommen. Hierfür die Gelegenheit und Orte zu schaffen, ist Aufgabe des neuen Parteivorstandes. Wir freuen uns, dass Sarah Ryglewski wieder in den Parteivorstand gewählt worden ist.

Die kleine Bremer Delegation mit ihren 7 Delegierten, dem Landesvorsitzenden und dem Landesgeschäftsführer hat sich aber zu beiden Terminen zur gemeinsamen Teilnahme zusammengefunden, um wenigstens etwas Teamspirit aufkommen zu lassen: am 4. Dezember im Haus der Wissenschaft und am 11. Dezember 2021 im Büro der SPD-Bürgerschaftsfraktion.

Ausbildung ein Schwerpunktthema

In der Sitzung des Landesvorstandes im November 2021 hat Peer Rosenthal, zu diesem Zeitpunkt zuständig Referent der Geschäftsführung und künftiger Hauptgeschäftsführer der Arbeitnehmerkammer Bremen, über die aktuelle Situation und strukturelle Probleme der Ausbildung im Land Bremen berichtet: Seit Jahren gibt es im Land Bremen zu wenige Ausbildungsplätze. Im Jahr 2020 war die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im dualen System auf dem Tiefstand. Wir haben es inzwischen mit einer faktischen Krise des dualen Systems zu tun. Diese muss schnellstmöglich überwunden werden, denn der Bedarf an beruflicher Ausbildung ist enorm: Die demografische Entwicklung führt in den Betrieben zu enormen Ersatzbedarfen an Fachkräften. Gleichzeitig erhöht sich der Bedarf an Fachkräften durch die Herausforderungen aus den Megatrends wie Klimawandel und Digitalisierung. Die SPD LAND BREMEN fordert zur Unterstützung der Dualen Ausbildung die Umsetzung von Ausbildungsfonds. Es wurde eine Projektgruppe unter der Leitung von Landesvorstandsmitglied Oliver Schmolinski und Aaron Thatje von den Jusos eingesetzt, die bis zum



FOTO: ADOBE STOCK

Symbolbild Ausbildung.

nächsten Landesparteitag einen grundsätzlichen Antrag zu diesem Themenfeld für den Landesvorstand erarbeiten soll.

Thema: Klimaschutz

Bereits in seiner November-Sitzung hat sich der Landesvorstand mit dem Thema „Klimaschutz“ beschäftigt und mit Bürgermeister a. D., Carsten Sieling, als Mitglied der Enquetekommission „Klimaschutzstrategie für das Land Bremen“ der Bremer Bürgerschaft diskutiert und den Beschluss „Den Worten müssen Taten folgen – den Ausbau von regenerativen Energien beschleunigen“ gefasst und fordert damit, dass das Land Bremen den Ausbau erneuerbarer Energien aus Wind- und Solarkraft vorantreiben soll. Konkret heißt das: mehr und leistungsfähigere Windkraftanlagen sowie mehr Solaranlagen auf öffentlichen und privaten Dächern. Am Tag der Abschlussitzung der Enquete-Kommission hat sich dann der Landesvorstand in seiner Dezember-Sitzung erneut mit der Sache befasst und den Beschluss „SPD begrüßt den Bericht der Enquetekommission Klimaschutz“ gefasst, darin heißt es: „Die SPD wird den notwendigen Transformationsprozess mit aller Kraft unterstützen, denn damit leisten wir neben der Sicherung unserer Lebensgrundlagen auch einen wichtigen Beitrag zur Schaffung zukunftsfähiger Arbeitsplätze und einer wirtschaftlichen Stärkung unseres Landes.“

Sozialdemokratische Klimaschutzpolitik bedeutet:

- Wir konzentrieren uns auf das Anpacken der großen CO2-relevanten Aufgaben.
- Klimaschutzpolitik sichert und schafft Arbeitsplätze und stärkt die Wirtschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven.
- Klimaschutzpolitik sozial gerecht und damit leistbar für alle Bürgerinnen und Bürger sowie Familien gestalten.
- Klimaschutzpolitik, die die Bevölkerung an der Gestaltung beteiligt und nicht bevormundet.“

Die Sitzung des Landesvorstandes im November 2021 konnte gerade noch in Präsenz durchgeführt werden. Zum Jahresende war es dann mit Präsenz-Sitzungen auch erstmal wieder vorbei: Die Sitzungen am 17. Dezember 2021, 21. Januar und 25. Februar 2022 mussten als Videokonferenzen durchgeführt werden.

Absage der Jahresauftakt-Veranstaltung 2022, 2023 geht's weiter

Und auch die bereits für den Januar 2022 vorbereitete Auftaktveranstaltung, zu der Lars Klingbeil als neuer Parteivorsitzender kommen wollte, konnte Corona-bedingt nicht stattfinden. Wir hatten erstmals für die Jahresauftaktveranstaltung das Universum in Bremen gebucht. Nun werden wir dort ins Wahlkampfjahr 2023 starten und



FOTO: ADOBE STOCK

Symbolbild Klimaschutz.

unser Vorhaben der Zukunftsgestaltung unseres Landes zum Ausdruck bringen.

Austausch mit den Senatsmitgliedern und der Bürgerschaftsfraktion

Die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden routinemäßig als ständige Mitglieder des Landesvorstandes zu dessen Sitzungen eingeladen. Die Senatskanzlei sichert für jede Sitzung des Landesvorstandes die Teilnahme eines Senatsmitglieds ab. Kontinuierlich wird der direkte Austausch zu aktuellen Themen der Senatsarbeit mit den sozialdemokratischen Senatsmitgliedern im Landesvorstand geführt: Bürgermeister Andreas Bovenschulte oder in Vertretung der Chef der Senatskanzlei, Thomas Ehmke, haben mehrfach den Landesvorstand zu aktuellen Themen, insbesondere zu den Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, informiert und mit uns diskutiert. Am 8. Oktober 2021 war Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski zu den Themen Hafenpolitik und Jacobs University Bremen (JUB) Gast im Landesvorstand. Mit Innensenator Ulrich Mäurer hat der Landesvorstand im Januar und mit unserer Senatorin für Kinder und Bildung, Sascha Karolin Aulepp, im März 2022 aktuelle Themen und Aufgaben ihrer Ressorts diskutiert. Der Vorsitzende der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Mustafa Güngör, nimmt als ständiger Gast regelmäßig an den Sitzungen

des Landesvorstandes teil und bringt dort die Positionen und Sichtweisen der Fraktion in die Diskussionen ein.

Im Juli 2021 hat der Landesvorstand den Flyer „ZUKUNFT MACHEN. GEMEINSAM. KOMPETENT FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN.“ herausgegeben, der dann von den Ortsvereinen im Rahmen von Aktionen im Vorfeld des Bundestagswahlkampfes verteilt wurde. Damit wurde ein Beitrag zur Aktivierung und zur kontinuierlichen Sichtbarkeit der Partei geleistet.

Einen Aspekt meines Verständnisses von der Aufgabe und Rolle des Landesvorsitzenden möchte ich zum Abschluss noch etwas ausführen:

Der Landesvorsitzende als Mittler zwischen Partei – Fraktion – Senat (A-Seite) und der Koalition

Der regelmäßige Austausch mit der Fraktion, dem Rathaus und den sozialdemokratischen Senator:innen ist wichtig, damit die Partei das konkrete Regierungshandeln und die parlamentarische Arbeit begleiten und unterstützen kann. Diesen Austausch haben alle sehr ernst genommen, so dass ein großes gegenseitiges Vertrauen entstanden ist. Dabei waren die Diskussionen um ein gutes Ergebnis nicht immer einfach.

Die Zusammenarbeit mit den Koalitionspartnern wurde in regelmäßigen Meetings gefestigt. Gemeinsam haben wir Koalitionäre im Koalitionsausschuss oder unter den Parteivorsitzenden Entscheidungen vorbereitet, Ziel- und Zeitvorgaben erarbeitet und manchmal auch die unterschiedlichen Interessen der Partner „unter einen Hut gebracht“. Unser Dank gilt unseren Koalitionspartnern, mit denen wir uns sehr konstruktiv auseinander setzen konnten.

Der Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes kann nicht jeden einzelnen Aspekt oder Winkel sämtlichen Engagements des Landesvorsitzenden, der Mitglieder des geschäftsführenden Landesvorstandes und der weiteren Vorstandsmitglieder aufzeigen und ihrer Arbeit auch nur annähernd gerecht werden. Hier kann nur das Prinzip „Mut zur Lücke“ erhalten. Ich kann aber versichern, dass die Mitglieder des Landesvorstandes wie die große Mehrzahl unserer Genossinnen und Genossen in vielfältigen Netzwerken, Vereinen und Initiativen aktiv sind. Sie vertreten unsere Positionen, Ziele und Werte bei vielen Diskussionsrunden, Fachgesprächen und im Alltag am Arbeitsplatz oder auch bei ihren Freizeitaktivitäten. Selbstver-

ständig sind wir auch bei den Aktivitäten unserer Partei in den Ortsvereinen, Arbeitsgemeinschaften und Foren sowie Arbeitskreisen dabei. Dafür empfehle ich auch die weiteren Berichte in diesem Jahrbuch. Ich möchte mich bei allen meinen Vorstandskolleginnen und -kollegen sehr herzlich für die gute, ja freundschaftliche Zusammenarbeit bedanken. Und ich möchte mich bei allen Genossinnen und Genossen für die Solidarität mit meiner und mit der Arbeit des ganzen Landesvorstandes bedanken. Nicht zuletzt gilt mein Dank den Mitarbeiter:innen des Parteibüros. Ohne ihre intensive und konstruktive Begleitung wären wir nicht soweit und so schnell vorangekommen.

Ausblick

Am Ende des Jahresberichtes 2018 – 2019 hieß es: „Unser vorderstes Ziel unserer politischen Arbeit und unserer Arbeit im neuen progressiven Mitte-Links-Bündnis im Land Bremen muss es nun sein, das Leben der Menschen in unserem Land durch konkrete Regierungsarbeit besser zu machen. Wir müssen uns inhaltlich wieder klar als linke Volkspartei positionieren, mit einem eigenen klar er-

kennbaren Profil. Dabei setzen wir darauf, Kraft aus unseren Wurzeln, unseren alten aber immer noch aktuellen Werten zu schöpfen. Wir werden zeigen, dass wir die Partei für diejenigen sind, die unsere Unterstützung brauchen, die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, an der Seite der Gewerkschaften, die Partei des wirtschaftlich nachhaltigen Fortschritts und die Partei des sozialen Zusammenhalts.“

Bei aller Mühe einer Dreier-Koalition hat die Landesregierung unter der Führung von Bürgermeister Andreas Bovenschulte sehr erfolgreich für unser Land, für Bremen und Bremerhaven gearbeitet.

Unser Ziel für 2023 ist klar, die SPD wird bei der Bürgerschaftswahl mit Abstand die politisch führende Kraft im Land Bremen, in den Städten Bremen und Bremerhaven. Andreas Bovenschulte bleibt Bürgermeister und führt weiterhin den Senat der Freien Hansestadt Bremen an. Um dieses Ziel zu erreichen, werden wir einen modernen, frischen, kämpferischen Wahlkampf führen. Mit dessen Vorbereitungen wir bereits auf vielen Feldern begonnen haben.

Gut, dass die sich in den letzten Monaten durchsetzende Omikron-Variante des COVID-19-Virus in den Krankheitsverläufen in den meisten Fällen

nicht so gravierend ist und wir so in den nächsten Monaten hoffentlich wieder „mehr Normalität“ verantworten können. Gut war auch, dass wir die Organisationswahlen 2022 in den Ortsvereinen, Unterbezirken und Arbeitsgemeinschaften doch weitgehend problemlos durchführen konnten. Selbstverständlich gilt es auch weiterhin, Vorsicht walten zu lassen und nicht übermütig zu werden und zum Beispiel dort, wo es eng ist, Abstände schwer einzuhalten sind, im Einzelhandel, besonders in den Lebensmittelgeschäften, freiwillig eine Mund- und Nasenbedeckung zu tragen, noch ist die Pandemie nicht vorbei. Aber wir freuen uns auf den ordentlichen Landesparteitag in Präsenz am 14. Mai 2022 im Fischbahnhof in Bremerhaven!

Für den Landesvorstand

Euer
Reinhold Wetjen
Landesvorsitzender



Bremen ist bunt und vielfältig! Trotzdem sind viele queere Menschen immer noch von Gewalt und Diskriminierung betroffen – auch hier in Bremen, auch das Bremer Rat und Tat Zentrum war Opfer eines Anschlages. Am 28. August 2021 haben nach der Corona-bedingten Absage im Jahr 2020 wieder viele Genoss*innen, organisiert von unserer AG SPDqueer mit Nicoletta Witt an der Spitze, gemeinsam mit etwa 6.000 Menschen auf dem CSD 2021 dem Wetter getrotzt und Flagge gegen Diskriminierung und für Vielfalt gezeigt und deutlich gemacht: Gewalt und Diskriminierung gegenüber queeren Menschen gehören nicht in unser Land.

VORSTAND DER SPD-LANDESORGANISATION BREMEN

Auf dem ordentlichen Landesparteitag am 11./12. Juni 2021 für eine einjährige Amtszeit gewählt.

Vorsitzender:

Reinhold Wetjen

Stellvertretende Vorsitzende:

Sarah Ryglewski, MdB, Staatsministerin beim Bundeskanzler
Swen Awiszus

Schatzmeisterin:

Gisela Schwellach

Schriftführer:

Karl Bronke

Beisitzerinnen und Beisitzer:

Florian Boehlke
Monika Eberlein
Holger Gatz
Arno Gottschalk, MdBB
Jochen Kopelke
Petra Krümpfer, MdBB
Fabian Marx
Birgitt Pfeiffer, MdBB
Elena Reichwald
Oliver Schmolinski
André Sebastiani
Peter Steinke

Landesgeschäftsführer:

Roland Pahl

MdB = Mitglied des Deutschen Bundestags
MdBB = Mitglied der Bremischen Bürgerschaft

BERICHTE DER ARBEITSKREISE UND KOMMISSIONEN

Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen (WiFi)

Der Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen ist in der neuen Legislaturperiode der Bürgerschaft neu aufgestellt worden. Während er zuvor damit beauftragt war, wirtschafts- und finanzpolitische Themen vorrangig mit Blick auf die Bundesebene zu bearbeiten, liegt sein Fokus nunmehr auf der bremischen Ebene – ohne dabei deren Verschränkung mit Bundes- und EU-Themen aus dem Auge zu verlieren.

Im Bereich Finanzen standen zunächst vergaberechtliche Gestaltungsfragen sowie Fragen der Haushaltspolitik auf der Agenda. Anschließend lag der Schwerpunkt bei der bremischen Schuldenbremse. Im Auftrag des Landesvorstandes wurde bis Ende 2021 analysiert, welche zusätzlichen Spielräume in der Landesschuldenbremse genutzt werden könnten, ohne dass Veränderungen der Verfassung vorgenommen werden müssen, die eine verfassungsändernde Zwei-Drittel-Mehrheit in der Bürgerschaft erfordern würden. Anschließend wurde zunächst auf ein zwischenzeitlich von der Klima-Enquete beauftragtes Gutachten zur Schuldenbremse gewartet, das aber in allen wesentlichen Punkten die Ausarbeitung für den Landesvorstand bestätigte. Auf der Basis dieses Papiers wurden auch erste Gestaltungsmöglichkeiten skizziert, wie die identifizierten Spielräume für die energetische Modernisierung der öffentlichen Gebäude und die Stärkung der Investitionsmöglichkeiten im ÖPNV genutzt werden könnten.

Im Bereich Wirtschaft wurde ein umfangreiches Arbeitsprojekt aufgesetzt, in dem die Zukunftsperspektiven der wichtigsten wirtschaftlichen Branchen und Cluster in Bremen untersucht werden. Ziel war es, zum einen bereits kurzfristig Input für das Wahlprogramm zu erarbeiten. Zum anderen – und vor allem – soll in einem auf Dauer angelegten Prozess profundes Wissen für die wirtschafts- und standortpolitische Strategie der SPD in Bremen und Bremerhaven erarbeitet werden. Für die Arbeit des AKs wurde eine Matrizenstruktur gewählt, bei der zum einen Projektgruppen für wichtige Branchen bzw. Cluster gebildet

wurden – konkret umgesetzt für die Wasserstoffwirtschaft, die Gesundheitswirtschaft und die Raumfahrtindustrie und in der vorbereitenden Planung auch für die Luftfahrtindustrie, die Informationstechnik, die Nahrungsmittelindustrie, die Abfall-/Kreislaufwirtschaft und für das Handwerk.

Zum anderen werden im Arbeitskreisforum Querschnittsthemen behandelt, die für mehrere oder alle Projektgruppen relevant sind. Konkret handelt es sich dabei um die Digitalisierung und deren Infrastrukturen, den Fachkräftebedarf, Existenzgründungen und Startups sowie das Standortmarketing.

Sowohl bei den Projektgruppen, als auch bei den Querschnittsthemen erfolgt ein intensiver Austausch mit Externen, um deren Fachexpertise fruchtbar zu machen, gleichzeitig aber auch die wirtschaftspolitische Kompetenz der Partei sichtbar zu machen.

Arno Gottschalk

Arbeitskreis Rekommunalisierung

Im Februar 2021 wurde der Arbeitskreis Rekommunalisierung des Landesvorstandes insbesondere für die Themen Wasserversorgung und Abwasserentsorgung unter Leitung von Gisela Schwellach, Arno Gottschalk und Wolfgang Grotheer reaktiviert. Im Koalitionsvertrag ist eine Grundsatzentscheidung für die Organisation des Abwasserbereiches in dieser Legislaturperiode angekündigt, damit ausreichend Zeit bleibt bis zum Ende der Konzessionsverträge 2028 für eine Neuorganisation. Auch der Trinkwasserbereich sollte in diesem Zusammenhang mitgedacht werden – auch diese Konzessionsverträge laufen 2028 aus.

Der Arbeitskreis hat in seinen ersten Sitzungen den Antrag „**Chancen einer Rekommunalisierung des Wasser- und Abwasserbereichs für Bremens Daseinsvorsorge nutzen!**“ für den Landesparteitag am 12.06.2021 erarbeitet, der mit großer Mehrheit angenommen wurde und dabei festgelegt, dass die Grundsätze

- transparente, überprüfbare und stabile Gebührenstrukturen für die Bürgerinnen und Bürger,
- hochqualifizierte, sichere und gut bezahlte tarifgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter,
- klimaneutrale, hochwertige Ver- und Entsorgungssicherheit für Privathaushalte, Gewerbe und Industrie und
- langfristige Stärkung des kommunalen Einflusses

gleichwertig und integriert betrachtet werden müssen.

Der Arbeitskreis bildet durch die teilnehmenden Genossinnen und Genossen ein breites Spektrum an Qualifikationen ab, über wissenschaftliche Expertise bis hin zu Personalräten und Gewerkschaftsvertretern, so dass für lebhaftes Diskussionsgeschehen immer gesorgt ist. Dafür herzlichen Dank an alle Beteiligten!

In einer Sitzung im November 2021 wurden verschiedene Modelle für eine Rekommunalisierungslösung diskutiert, die Ernst Mönnich mit einem Folienvortrag vorbereitet hatte. Das Ergebnis war der Vorschlag, Lösungen in Hamburg, Berlin und Rostock näher anzuschauen. Im Januar 2022 fand hierzu die erste Diskussionsrunde (wg. Corona als Videoschleife) mit Hamburg Wasser statt. In den folgenden Sitzungen werden wir uns mit den

anderen Organisationsmodellen für eine teil- oder vollständige Rekommunalisierung beschäftigen und auch die oben beschriebenen Grundsätze weiterbearbeiten.

Gisela Schwellach **Arno Gottschalk**
Wolfgang Grotheer

Arbeitskreis Soziales

Schwerpunkt der Arbeit war zunächst das Thema „Pflege“. Der AK hatte dazu einige Dienste und Einrichtungen besucht und Expert:innen-Gespräche geführt. Daraus entstand das Konzept „Pflege im Quartier“, das im Landesvorstand und am 20.11.2021 öffentlich (online) vorgestellt wurde. Als großen Erfolg wertet es der AK, dass die SPD-Fraktion das Thema aufgegriffen und dafür gesorgt hat, dass im Haushalt 2022/2023 Mittel im Umfang von 350.000 Euro bereitgestellt wurden. Der AK wird die weitere Umsetzung begleiten.

Besonderer Beliebtheit erfreuen sich die „Sozialen Stadtspaziergänge“ des Arbeitskreises. Im November 2021 hat der AK unter der Überschrift „Der AK Soziales geht ins Gefängnis“ die Justizvollzugsanstalt in Oslebshausen besucht. Im September 2021 gab es einen Spaziergang durch den Ortsteil Grohn mit einem abschließenden Besuch des Bewohnertreffs in der Grohner Düne.



Der AK Soziales beim Stadtspaziergang in Grohn

Im Frühjahr 2021 war die Situation von zugewanderten Menschen aus Osteuropa – insbesondere Bulgarien und Rumänien – das Thema des AK. Zwei Beraterinnen erzählten eindrucksvoll von deren Erfahrungen aus den Gesprächen. Unsere Abgeordnete Birgitt Pfeiffer setzte sich anschließend erfolgreich für eine bessere Absicherung der Beratungsarbeit ein.

Im März 2022 haben wir gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv die Werkstatt Bremen – Werkstätten für Menschen mit Beeinträchtigungen – besucht. Unter dem Titel „Arbeit ist das halbe Leben – Wie schaffen wir mehr Inklusion im Arbeitsleben?“ haben wir mit dem Geschäftsführer diskutiert und viele Anregungen mitgenommen.

Der AK hat sich zudem mit öffentlich geförderter Beschäftigung befasst. Zentrale Fragen waren, wie sich die Beschäftigungspolitik durch Instrumente wie das Teilhabe-Chancen-Gesetz sowie die Passiv-Aktiv-Transfers stärker auf von Langzeitarbeitslosigkeit betroffene Quartiere orientieren kann. Hierzu plant der AK eine Veranstaltung im ersten Halbjahr 2022.

Aktuell arbeitet der AK an einem Positionspapier zum Thema „Profit in der Pflege“, das dann als Antrag dem Landesparteitag vorgelegt werden soll. Ein entsprechender Bürgerschaftsantrag ist bereits in der koalitionsären Abstimmung.

Karl Bronke **Birgitt Pfeiffer**

Bericht des AK Kinder- und Jugendpolitik

Der Arbeitskreis wurde vom Landesvorstand Anfang 2021 gegründet.

Welche Themen sollen bearbeitet werden? Dieser Frage sind wir zunächst auf der Spur gewesen:

1. **Kinderpolitik:** Kitausbau und dessen Finanzierung, Qualität der Kitabetreuung, Bildungsplan 0–10, Ausbildung sowie Weiterqualifizierung von Erzieher*innen und Sozialassistent*innen, Quereinstieg, Ganztags, Kinderarmut

2. **Jugendpolitik:** Beteiligung (Stadtteil, Stadt und Land), Finanzierung von Jugendarbeit, Jugendverbänden, offene Kinder- und Jugendarbeit (Langfristigkeit/Projektorientierung)

Wir haben unseren AK zunächst in zwei Arbeitsgruppen unterteilt, weil der Bereich der frühkindlichen Bildung sich von dem der offenen Jugendarbeit und Jugendverbandarbeit signifikant unterscheidet.

In mehreren Treffen haben wir zum Thema frühkindliche Bildung, dem „Bildungsplan 0 bis 10“ sowie über eine mögliche Vision der „Kindertagesbetreuung im Jahr 2030“ diskutiert. In der fachlichen Begleitung wurden wir von unserem damaligen Staatsrat, Jan Stöß, sehr unterstützt.

Bei diesen Themen, aber vor allem bei den Jugendthemen sind wir immer wieder auf die Folgen der Pandemie zu sprechen gekommen.

Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) wurde eine Online-Veranstaltung durchgeführt, die sich speziell mit den Folgen bei den Kindern und Jugendlichen in der Pandemie befasst hat. Unter dem Titel „Denkzettel Corona“ haben über dreißig Teilnehmende aus der Partei und darüber hinaus diskutiert. Die fachliche Begleitung durch Prof. Dr. Daase (DaZ/DaF), Prof. Dr. Karakasoglu (interkulturelle Bildung), Prof. Dr. Korff (inklusive Pädagogik und Didaktik) und Prof. Dr. Palentin (Bildung und Sozialisation) hat die gemeinsame Diskussion sehr bereichert. Aber auch die hilfreichen Diskussionsbeiträge von unseren Genossen und Genossinnen, die viel Expertise miteinbringen konnten, werden unser politisches Handeln beeinflussen müssen.

Leider haben alle Zusammenkünfte nur DIGITAL stattfinden können und mit Beginn der Arbeit des Landesvorstands zum Wahlprogramm haben wir entschieden, die Inhalte in den Programm-Arbeitsgruppen weiter zu diskutieren und den AK vorerst ruhen zu lassen.

Oliver Schmolinski **Petra Krümpfer**

Arbeitskreis Wissenschaftsforum

Das Wissenschaftsforum traf sich zu regelmäßigen monatlichen Online-Sitzungen, zu denen u. a. Wissenschaftssenatorin Claudia Schilling und Staatsrat Tim Cordßen-Ryglewski eingeladen waren. Janina Strelow berichtete als Sprecherin für Wissenschaft und Forschung regelmäßig über die Arbeit der Bürgerschaftsfraktion sowie aktuelle Themen im Wissenschaftsausschuss. Das Wissenschaftsforum setzte sich bei diesen Treffen aus Teilnehmer*innen verschiedener Gruppen – Beschäftigte der Hochschulen, Studierende, aus der Verwaltung sowie weitere Interessierte – zusammen, sodass bei Diskussionen immer auch verschiedene Sichtweisen gehört wurden.

Die Erarbeitung eines Leitbildes, als Selbstverständnis des Wissenschaftsforums Bremen, wurde im Dezember 2021 abgeschlossen und auf <https://forscher.spd.de/regional/bremen-nord/> veröffentlicht.

Auf dem Landesparteitag im Juni 2021 hat das Wissenschaftsforum erfolgreich zwei Anträge zu „Psychosoziale Rahmenbedingungen bei den Beschäftigten und Studierenden der Hochschulen und der Universitäten stärken!“ und „Wann, wenn nicht jetzt? Impulse aus der COVID-19-Krise für die Weiterentwicklung des bremischen Wissenschaftssystems nutzen!“ durchgebracht.

In einer digitalen Klausurtagung im Dezember 2021 wurde als Schwerpunkt herausgearbeitet, dass das Wissenschaftsforum eine Hauptaufgabe darin sieht, die Wissenschaftspolitik in der SPD zu stärken und prominenter zu machen.

Die Arbeit am Zukunftsprogramm Wissenschaft, Wirtschaft und Häfen führt zu intensiven Diskussionen zur nachhaltigen Implementierung einer ganzheitlichen Wissenschaftsstrategie und deren konkreten Ausgestaltung im Lande Bremen innerhalb des Wissenschaftsforums. Auch bei der Brainstorming-Veranstaltung der Arbeitsgruppe im März 2022 beteiligten sich viele Mitglieder aus dem Wissenschaftsforum und der Bremer SPD.

Katharina Riebe

Arbeitskreis Inneres

Der Arbeitskreis Inneres hat sich auf Grundlage der neuen Richtlinie für die Arbeitskreise der Landesorganisation eine klare Beschreibung und Grundsätze der Arbeit gegeben. Hiernach ist der Arbeitskreis Inneres das zentrale Arbeitsgremium für Fragen und Angelegenheiten rund um die sozialdemokratische Innere Sicherheit mit dem Ziel, ganzheitliches und flexibles Sicherheitsdenken in die SPD Bremen zu transportieren und dabei die staatliche Vorsorge zu fördern, zu festigen und modern zu gestalten. Außerdem ist der Arbeitskreis zur Ansprechstelle für Bürgerinnen und Bürger beider Städte geworden und dient als kreative Plattform für Communities und Expertinnen und Experten der Inneren Sicherheit. Der Arbeitskreis unterstützt durch Papiere, Sitzungen und Ideen-Input die SPD Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft, der Stadtverordnetenversammlung sowie in den Beiräten und ist auf Bundesebene vertreten.

Die Sitzungen während der anhaltenden Corona-Pandemie fanden digital mit guter Beteiligung, regem Austausch und politischen Gästen aus Deutschland statt. Das Innenressort, die Bürgerschaftsfraktion, JUSOS und die AG Migration und Vielfalt waren bei den Sitzungen vertreten. Thematisch wurden der Bevölkerungsschutz, die Weiterentwicklung des städtischen Ordnungsamtes Bremen, die Reformierung der Feuerwehr Bremen und die dortigen Ermittlungen im Kontext von Rassismus und Sexismus und die Entwicklung der Polizei diskutiert und bearbeitet. Dieser Arbeitskreis bleibt ein wichtiges Gremium zur Entwicklung sozialdemokratischer Sicherheitspolitik.

Jochen Kopelke

Florian Boehlke

Bericht des Bildungsbeauftragten

Unsere Angebote zur politischen Bildung sollen helfen, sich zurechtzufinden, sich mit anderen auszutauschen, Neues zu lernen. Das geht am besten miteinander. Daher hat die Corona-Pandemie uns hier besonders eingeschränkt. Glücklicherweise konnten wir auf interessante Online-Angebote der Friedrich-Ebert-Stiftung hinweisen, mit der wir eng kooperieren. Wir haben auch selbst Online-Angebote organisiert, zum Beispiel zum Thema „Reden mit Querdenkern?!“.

In unserer Reihe „Der rote Salon“ haben wir am 1. September 2021 eine spannende Veranstaltung mit Matthias Platzeck, dem früheren SPD-Parteivorsitzenden, zum Thema Russland gemacht. Gut nachgefragt sind auch immer unsere Ausstellungsbesuche, jüngst waren wir im Focke-Museum in der Ausstellung „Lebenswege/Hayat Yollari“.

Wir haben die Corona-Zeit genutzt, ein neues Bildungsprogramm zu entwerfen. Es enthält einen eigenen Teil für Neumitglieder, mit Veranstaltungen und Besuchen im Rathaus und bei der SPD-Bürgerschaftsfraktion. Erstmals bieten wir das Programm auch für Genossinnen und Genossen an, die nach Bremen umgezogen sind. Unser Bildungsangebot wird einen neuen Baustein enthalten: „SPD-Basics“, zur Vermittlung von Basiswissen und Grundpositionen in den verschiedenen Politikbereichen.

Über unsere Veranstaltungen informiert der Newsletter der Landesorganisation und unsere Webseite www.spd-land-bremen.de im Mitgliederbereich unter der Terminübersicht und bei der Kachel „Bildungsangebote“.

Für die Unterstützung beim Bildungsprogramm bedanke ich mich bei Beenhard Oldigs, Mirko Kruse, André Sebastiani und dem Parteibüro.

Karl Bronke

Historische Kommission (HiKo)

Trotz der Pandemie konnten wir nahezu alle Sitzungen (5 Termine) entweder in digitaler Form oder in den Sitzungsräumen der SPD-Bürgerschaftsfraktion durchführen. An diesen Sitzungen nahmen durchschnittlich 15 bis 20 GenossInnen teil. Kontinuierlich machen auch einige Sympathisant:innen, wie z. B. der ehemalige Radio Bremen Direktor und Autor Hermann Vinke mit.

Einer der Schwerpunkte der HiKo ist die monatliche Herausgabe der Kalenderblätter. Im November 2021 haben wir das 50. Kalenderblatt veröffentlicht. Aus diesem Anlass wurde eine Broschüre in analoger Form fertiggestellt, die an unsere Neumitglieder und unsere Jubilar:innen verschickt wurde. Für diese Aktion bedanke ich mich besonders bei unserem Parteibüro. Zukünftig werden die Kalenderblätter auch als Abo zu beziehen sein.

Viel Zuspruch erfahren wir, wenn wir Aktivitäten über unsere Sitzungen hinaus initiiert haben, wie z. B. der Besuch der KZ-Gedenkstätte Lager Sandbostel im Juli des letzten Jahres oder eine Veranstaltung mit dem Verein des Frauenmuseums im Focke Museum. Der geplante Besuch der KZ-Gedenkstätte in Esterwegen und die Veranstaltung zu „85 Jahre Friedensnobelpreis für Carl von Ossietzky“ musste aufgrund der Corona Bestimmungen im November 2021 leider ausfallen. Sie wird am 11. Juni 2022 mit ähnlichem Programm nachgeholt. Unsere Kommissionsmitglieder Renate Meyer-Braun und Peter von Rügen haben interessante Vorträge zur Geschichte der Sozialdemokratie für unsere Mitglieder und für die interessierte Öffentlichkeit gehalten. Vielen Dank an Renate und Peter.

Für die Unterstützung bei der Arbeit für die HiKo bedanke ich mich bei den Mitgliedern, bei Karl Bronke vom Landesvorstand und dem Parteibüro.

Beenhard Oldigs

Mitgliederentwicklung und Parteistruktur

Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am Stichtag 31. Dezember 2021 in die drei Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie in 41 Ortsvereine – Unterbezirk Bremen-Stadt: 27 Ortsvereine; Unterbezirk Bremen-Nord: 7 Ortsvereine; Unterbezirk Bremerhaven: 7 Ortsvereine.



Zu den Organisationswahlen 2022 kam es im Unterbezirk Bremen-Nord zu einer neuen Organisationsaufstellung: Unterbezirksvorstand und Unterbezirksparteitag haben den Grundsatz „Ein Beiratsgebiet – ein Ortsverein“ beschlossen. Die bisher 7 Ortsvereine des Unterbezirks sollen nach dem Grundsatz „ein Beiratsgebiet – ein Ortsverein“ neuabgegrenzt werden und somit die drei neuen Ortsvereine – Blumenthal, Vegesack und Burglesum – entstehen, die jeweils deckungsgleich mit ihrem Beiratsgebiet sind. Die Neuabgrenzungen in Burglesum und Vegesack sind inzwischen umgesetzt. In Blumenthal muss noch die Entscheidung der Bundesschiedskommission abgewartet werden, die vom Ortsverein Rönnebeck angerufen wurde, nachdem er vor der Landesschiedskommission nicht erfolgreich war.

Aber auch im Unterbezirk Bremen-Stadt kam es im Rahmen der Organisationswahlen 2022 zu Neuabgrenzungen in zwei Beiratsgebieten: Im Beiratsgebiet Neustadt ist aus den bisherigen Ortsvereinen Neustadt, Buntentor und Huckelriede der neue Ortsverein Neustadt entstanden und im Beiratsgebiet Gröpelingen wurden die bisherigen Ortsvereine Gröpelingen und Oslebshausen zum neuen Ortsverein Gröpelingen-Oslebshausen neuabgegrenzt.

Damit hat sich die Zahl der Ortsvereine von 41 auf aktuell 36 Ortsvereine reduziert: 24 im Unterbezirk Bremen-Stadt, 5 im Unterbezirk Bremen-Nord und weiterhin 7 im Unterbezirk Bremerhaven.

Am 31. Dezember 2021 hatten die 41 Ortsvereine

Roland Pahl, Landesgeschäftsführer

im Land Bremen durchschnittlich 93 Mitglieder, am 31. Dezember 2020 waren es durchschnittlich noch 95 Mitglieder in 41 Ortsvereinen.

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 3.900 am 31. Dezember 2020 im Jahresverlauf 2021 auf 3.800 Genossinnen und Genossen zum 31. Dezember 2021 entwickelt. Damit ist die Zahl der Mitglieder im Jahr 2021 um exakt 100 – minus 2,56 Prozent gegenüber dem Vorjahr – gesunken.

Die Zahl der Eintritte betrug in 2021 136 (2020: 103), die Zahl der Austritte betrug 151 (2020: 171) und 84 Genossinnen und Genossen sind im Jahr 2021 verstorben (2020: 82).

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft der SPD LAND BREMEN ist mit 35,16 Prozent (31.12.2021) gegenüber dem Vorjahr (31.12.2020: 34,77 Prozent) leicht angestiegen.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2021 bei 61 und blieb damit gegenüber 2020 unverändert. Das Durchschnittsalter im Unterbezirk Bremen-Stadt betrug am 31. Dezember 2021 60 Jahre, im Unterbezirk Bremerhaven 64 Jahre und im Unterbezirk Bremen-Nord ebenfalls 64 Jahre. Die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft lag landesweit zum Stichtag 31. Dezember 2021 gegenüber 2020 unverändert bei 26 Jahren (hier gab es auch in den Unterbezirken keine Veränderungen –



Bremen-Stadt: 26 Jahre, Bremerhaven 27 Jahre und Bremen-Nord: 28 Jahre).

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betragen am 31. Dezember 2021: Unterbezirk Bremen-Stadt: 2.651 (2020: 2.718), Unterbezirk Bremerhaven: 687 (2020: 702), Unterbezirk Bremen-Nord: 462 (2020: 480). Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2021 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 27 Ortsvereinen bei 98 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbüren mit 11 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder/Steintor mit 242 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 7 Ortsvereinen bei 98 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Schiffdorfer Damm – Surheide mit 61 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Geestemünde mit 136 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 7 Ortsvereinen bei 66 Mitgliedern (kleinster Ortsverein war hier Burgdamm mit 33 Mitgliedern, größte Ortsvereine sind Aumund-Vegesack und Burglesum mit je 121 Mitgliedern). In den Unterbezirken betrug der Frauenanteil am 31. Dezember 2021: Bremen-Stadt: 35,38 Prozent; Bremerhaven: 33,04 Prozent, Bremen-Nord: 37,01 Prozent.

Statistiken zur Mitgliederentwicklung liegen diesem Bericht an.

Engagierte Mitglieder sind für die Kampfkraft unserer Partei von großer Bedeutung. Im Wahlkampf „vor Ort“ sind sie die Kampagnen-Botschafter:innen der Partei. Die Zahl der Eintritte ist im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 33 gestiegen, die der Austritte um 20 gesunken, dennoch ist die Mitgliederzahl im Laufe des Jahres 2021 um 100 gesunken. Dies bereitet uns aus organisatorischer Sicht, aber auch in der Finanzperspektive Sorge, da die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen eine zentrale Säule der Finanzierung unserer Partei und unserer politischen Aktivitäten sind.

Mindeststandards für die Aufnahme und Betreuung von Mitgliedern

Die vom Landesvorstand eingesetzte Projektgruppe „Mitglieder“ hat unter Beteiligung der Unterbezirke und der hauptamtlichen Mitarbeitenden in den Unterbezirken einen „Landesmindeststandard für die Aufnahme und Betreuung von Mitgliedern“ erarbeitet. „Mitglieder halten“ ist für

uns genauso bedeutsam wie „Mitglieder gewinnen“. Für das „Ankommen in der Partei“ ist die Übergabe des Parteibuches ein Schlüsselkontakt zum Mitglied. Zuzüge sollen stärker in den Blick genommen und vom Ortsverein wie Neumitglieder willkommen geheißen werden. Zu Mitgliedern, die sich nicht aktiv am Ortsvereins-Leben beteiligen, soll regelmäßig (mind. 1x im Jahr) direkter Kontakt aufgenommen werden: Beziehung halten, Angebot ans Aktivwerden unterbreiten bzw. erneuern. Dies ist insbesondere die Aufgabe der Mitgliederbeauftragten.

Auf die wichtigen Aufgaben und die bedeutende Rolle der Mitgliederbeauftragten und der Campaigner:innen hat die Landesorganisation die Ortsvereine und Unterbezirke im Vorfeld der Organisationswahlen 2022 insbesondere auch mit Blick auf den kommenden Wahlkampf 2023 mehrfach hingewiesen. Alle Ortsvereine und Unterbezirke sind angehalten, Mitgliederbeauftragte und Campaigner:innen zu wählen oder zumindest zu berufen.

Neue Richtlinien für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise

Die Arbeitsgemeinschaften leisten für die ganze Partei bei der fachlich-inhaltlichen Positionsentwicklung wichtige Arbeit und sie sind der Transmissionsriemen für die Ansprache von Zielgruppen. Grundlagen für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften sind dabei die Ziele und Grundsätze der Partei.

Bisher gab es drei Organisationsformen für die thematische Arbeit: Arbeitsgemeinschaften, Foren und Arbeitskreise, diese Unübersichtlichkeit sollte besser strukturiert werden, zur Erarbeitung von Vorschlägen hierfür hatte der Landesvorstand eine weitere Projektgruppe eingesetzt. Diese hat eine neue Richtlinie für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften auf der Landesebene entwickelt und mit den Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften diskutiert. In seiner Sitzung am 8. Oktober 2021 hat der Landesvorstand die neue Richtlinie für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaften und auch erstmalig eine Richtlinie für die Arbeit von Arbeitskreisen und Projektgruppen beschlossen. Die neue Richtlinie gilt nun einheitlich für alle Arbeitsgemeinschaften – mit einer Ausnahme: Die

Arbeitsgemeinschaft der Jusos. In der neuen Richtlinie für die Arbeitsgemeinschaften ist zum Beispiel die Größe der Vorstände geregelt und ist die Pflicht zum Arbeitsprogramm und zur Information über die Arbeit im Jahrbuch der Landespartei verankert. Und auch die Option auf eine Doppelspitze ist nun für die Arbeitsgemeinschaften gegeben. Um den Besonderheiten einer Jugendorganisation gerecht zu werden, gibt es für die Jusos eine eigenständige Richtlinie. Die Förderung der Jusos und ihrer politischen Arbeit ist uns ein besonderes Anliegen, denn auch für uns als Partei gilt: ohne Nachwuchs keine Zukunft. Auch die Richtlinie für die Arbeit der Jusos wurde auf einen neuen Stand gebracht und vom Landesvorstand am 25. Februar 2022 beschlossen.

Arbeitskreise werden vom Landesvorstand eingesetzt, vorausgesetzt es gibt ein Arbeitsvorhaben und am Thema Interessierte. Arbeitskreise haben im Gegensatz zu den Arbeitsgemeinschaften kein eigenes Antragsrecht zu den Landesparteitagen und dort auch kein Delegiertenmandat. Es kann unbefristete Arbeitskreise geben und befristete Arbeitskreise, die dann in der Regel als „Projektgruppe“ oder „Arbeitsgruppe“ bezeichnet werden, wie zum Beispiel die Programm-Arbeitsgruppen. Welche Arbeitskreise auf der Landesebene und welche auf der Ebene der Unterbezirke angeboten werden, wird mit den Unterbezirken abgestimmt.

Die Organisationsform „Forum“, verknüpft mit dem Antragsrecht zu den Landesparteitagen und einem Delegiertenmandat auf den Landesparteitagen, wird es zukünftig nicht mehr geben. Die bestehenden Foren werden zum Teil in der Form eines Arbeitskreises fortgeführt.

Parteibüro und neue Arbeitsformen

Im Jahr 2021 war das Arbeitsleben auch wieder über lange Zeiträume von der Corona-Pandemie determiniert, über mehrere Monate galt eine Homeoffice-Pflicht und Veranstaltungen und Sitzungen der Partei konnten nur als Videokonferenzen durchgeführt werden. Einmal mehr hat es sich bewährt, dass wir bereits mit Beginn des Jahres 2020 alle hauptamtlichen Mitarbeiter:innen technisch für das mobile Arbeiten ausgestattet und für das Landesbüro sukzessive die technische Aus-

stattung angeschafft haben, die einen schnellen Aufbau eines „Studios“ ermöglichen. Für die nächsten Monaten steht ein Softwarewechsel auf M-365, womit ein wichtiger weiterer Schritt für das digitale Arbeiten und die ortsunabhängige Zusammenarbeit in Teams ermöglicht wird. Bei den Mitarbeitenden hat es im Jahr 2021 keine Fluktuation gegeben. Wir bedanken uns sehr herzlich bei den hauptamtlichen Mitarbeiter:innen der Partei im Land Bremen für ihre hervorragende Leistung und ihr Engagement, nicht nur im anspruchsvollem Jahr 2021.

Der im September 2020 erfolgte Umzug des Parteibüros in die Violinstraße hat sich organisatorisch bewährt, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben sich im betont funktionalen Büro gut eingelebt und auch die erwarteten Minderausgaben bei den Sach- und Verwaltungskosten wurden tatsächlich erzielt. Mit dem Bundestagswahlkampf konnte auch ein großer Wahlkampf vom neuen Büro aus organisiert werden, hier waren das Plakatträgerlager und die Regionalbü-

ros für den Unterbezirk Bremen-Stadt wichtige Stützen für die Logistik.

Finanzsituation

Die Landesorganisation schließt das Jahr 2021 (Stand: 14. März 2022) mit einem Überschuss (Einnahmen – Ausgaben) von 205.788,05 Euro ab, das Reinvermögen der Landesorganisation beträgt zum gleichen Zeitpunkt 398.094,34 Euro. Die vorgesehenen Rücklagen für die nächsten Wahlkämpfe konnten überplanmäßig gebildet werden.

Der Jahresabschluss 2020 sowie der vorläufige Jahresabschluss 2021 mit Stand vom 14. März 2021 sind anliegend dokumentiert.

Der vorläufige Jahresabschluss 2021 fällt um knapp 50.000 Euro besser aus als im Wirtschaftsplan vorgesehen bzw. sogar um gut 100.000 Euro gegenüber der Mittelfristigen Finanzplanung (Mifirifi).

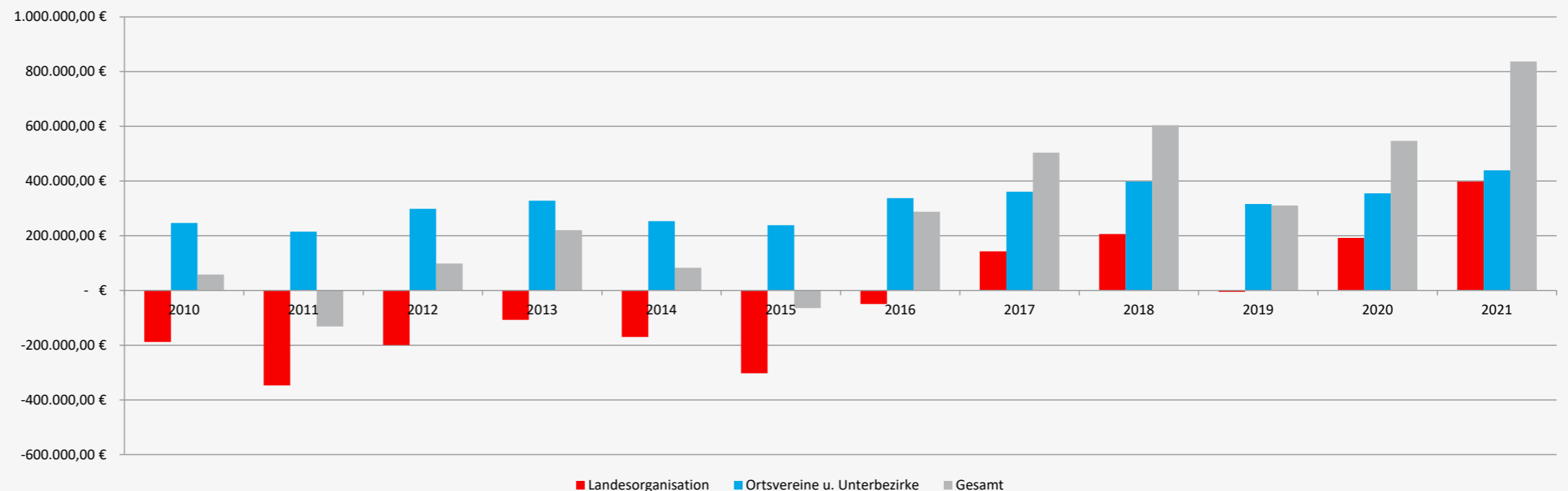
Im Land Bremen hatten die Unterbezirke und Ortsvereine zum Stichtag 31.12.2021 gemeinsam ein Reinvermögen von 438.883,24 Euro (31.12.2020: 354.969,63 Euro) – rund 84.000 Euro mehr gegenüber dem Vorjahr, die drei Unterbezirke gemeinsam: 221.172,14 Euro (UB HB-Stadt: 116.815,82 Euro, UB BHV: 88.603,39 Euro, UB HB-Nord: 15.752,93 Euro); die 41 Ortsvereine im Land Bremen gemeinsam: 217.711,10 Euro (die 27 OV's im UB HB-Stadt: 167.710,38 Euro, die 7 OV's im UB BHV: 23.462,19 Euro und die 7 OV's im UB HB-Nord: 26.538,53 Euro).

Damit ist die Finanzsituation der LO und der Gliederungen insgesamt gut gerüstet für die beiden kommenden Jahre, in denen die Mittel für den Bürgerschaftswahlkampf aufgebracht werden müssen.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen (Anteil der Landesebene) konnten trotz der rückläufigen Mitgliederzahl von 456.851,81 Euro in 2020 auf 476.017,49 Euro in 2021 gesteigert werden. Ur-

Reinvermögen

Gliederung	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021
Landesorganisation	- 188.540,21 €	- 346.797,59 €	- 199.679,34 €	- 107.742,77 €	- 170.256,69 €	- 302.880,85 €	- 49.472,22 €	142.866,47 €	205.921,10 €	- 5.154,42 €	192.306,29 €	398.094,34 €
Ortsvereine u. Unterbezirke	246.919,21 €	215.312,83 €	298.211,57 €	328.071,86 €	253.306,62 €	238.822,26 €	337.516,82 €	360.804,05 €	397.852,64 €	316.077,72 €	354.827,63 €	438.883,24 €
Gesamt	58.379,00 €	- 131.484,76 €	98.532,23 €	220.329,09 €	83.049,93 €	- 64.058,59 €	288.044,60 €	503.670,52 €	603.773,74 €	310.923,30 €	547.133,92 €	836.977,58 €



sächlich ist hierfür die vom Bundesparteitag im Dezember 2019 beschlossene Beitragserhöhung, die zum 1. Januar 2021 umgesetzt wurde, nachdem sie Pandemie-bedingt nicht – wie zunächst vorgesehen – bereits zum 1. Juli 2020 erfolgen konnte. Zukünftig ist bei weiter zurückgehenden Mitgliederzahlen dann auch mit einem Absinken der Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen zu rechnen.

Die SPD LAND BREMEN hat inzwischen seit mehreren Jahren den höchsten durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag im Ländervergleich und eine Kassierungsquote von 100 Prozent, sie erhebt im bundesweiten Vergleich hohe Sonderbeiträge von ihren Mandatsträger:innen

und hat die Beitragsehrlichkeit fest im Blick, dennoch treten bei sinkender Zahl der Mitglieder und bei rückläufigen Einnahmen aus den Mitgliedsbeiträgen die strukturellen Problemlagen eines sehr kleinen Verbandes gegenüber den größeren Ländern immer stärker zu Tage.

Die Schwerpunkte der Ausgaben bei der politischen Arbeit in 2021 waren:

1. Der ordentliche Landesparteitag am 10. und 11. Juni 2021, der aufgrund der Corona-Regelungen mit den Abstandsregelungen im großen BLG-Forum stattfand und dem (damit der Präsenz-Tag am 11. Juni nicht zu lang wurde) ein Teil als Videokonferenz am 10. Juni 2022 vorgeschaltet wurde.



Gisela Schwellach, Landesschatzmeisterin

FOTO: SPD LAND BREMEN

2. Die digitalen Wahlkreis-Konferenzen zur Aufstellung unserer Bundestagskandidat:innen und die digitale Landeskonferenz zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl mit den anschließenden regionalen Urnenwahlen.
3. Die professionelle Entwicklung einer neuen Social Media-Strategie und eines neuen Designs für unseren Social Media-Auftritt sowie dem Launch der neuen Blog-Homepage www.spd-bremen.de mit Unterstützung des Experten Leif Neugebohrn.

Leider konnte die Jahresauftaktveranstaltung im Januar 2021 Corona-bedingt nicht durchgeführt werden und auch 2022 musste die Jahresauftaktveranstaltung der Landesorganisation abgesagt

werden. Wir hoffen sehr, dass wir 2023 in das Wahlkampfjahr wieder mit einer tollen Jahresauftaktveranstaltung starten können.

Für den Bundestagswahlkampf hat die Landesorganisation Bremen 95.498,53 Euro aufgewandt, davon 45.500 Euro in Form von Zuschüssen an die Unterbezirke und Wahlkreise.

Standardisierung und Verwaltungvereinfachung

Die SPD-Strategie zur Vereinheitlichung von Standards in der Gesamtpartei, durch Verlagerung von Verwaltungsaufgaben auf das SPD-ServiceCenter in Dortmund und den SPD-eigenen Dienstleister Office Consult für IT- und Buchhaltung zu nutzen, ist in der Landesorganisation Bremen bereits weitgehend umgesetzt worden. Hauptmotiv für diese Strategie ist, die hauptamtlichen Mitarbeiter:innen möglichst weitgehend von Verwaltungsaufgaben zu entlasten, um mehr Kapazitäten für die Unterstützung der Ehrenamtlichen bei ihrer politischen Arbeit zu schaffen. Auf diese Strategie haben sich die Länder/Bezirke mit dem Parteivorstand verständigt.

Darüber hinaus ist die Landesorganisation Bremen mit Beginn des Jahres 2020 als Pilot-Verband dem SPD-Cash-Pool beim Parteivorstand beigetreten. Damit leisten wir einen Beitrag zu einer optimierten Finanzierung der Gesamtpartei. Die Abwicklung des Cash-Pools funktioniert reibungslos, inzwischen sind weitere Bezirke und Landesverbände integriert. Wieder als Pilot haben wir im Oktober 2021 mit Office Consult, unserem Dienstleister für die Buchhaltung, das Daten-Management-System (DMS) Amagno eingeführt, wodurch unsere Buchhaltung jetzt weitgehend digitalisiert und papierlos funktioniert.

Ausblick

Die Landesorganisation und ihre Gliederungen sind finanziell gut aufgestellt für den Bürgerschaftswahlkampf 2023. Auch die begonnene Straffung der Organisationsstrukturen wird dazu beitragen, dass die Partei kampagnenfähig ist. Unsere Partei hat bereits begonnen, den Wahlkampf professionell vorzubereiten.

Wir wollen und werden mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte an der Spitze die Position der bestimmenden politischen Kraft im Land erobern.

Für die weitere Zukunftsperspektive ist der Ausgang der Bürgerschaftswahl 2023 von großer Bedeutung, weil damit die Zahl der Mandatsträger:innen und somit auch die Einnahme von Sonderbeiträgen und auch die Höhe der staatlichen Mittel verknüpft sind. Jede absolute Stimme, die die SPD im Land Bremen bei Europa-, Bundestags- und Bürgerschaftswahlen erzielt, ist ein Beitrag zur Zukunftssicherung. **Packen wir es an!**

Gisela Schwellach Landesschatzmeisterin
Roland Pahl Landesgeschäftsführer

Durchschnittliche Mitgliedsbeiträge – Ländervergleich 2008, 2013, 2017, 2018, 2019 und 2020

Platz	2008	2013	2017	2018	2019	2020
1	MV: 12,38 Euro	MV: 13,91 Euro	MV: 14,36 Euro	HB: 14,42 Euro	HB: 14,94 Euro	HB: 15,43 Euro
2	BB: 12,29 Euro	BB: 13,70 Euro	HB: 14,34 Euro	MV: 13,98 Euro	MV: 14,76 Euro	MV: 15,06 Euro
3	BE: 12,07 Euro	HH: 13,08 Euro	BB: 14,14 Euro	ST: 13,58 Euro	BB: 14,28 Euro	BB: 14,45 Euro
4	HH: 12,03 Euro	HB: 13,05 Euro	ST: 13,71 Euro	BB: 13,58 Euro	ST: 14,09 Euro	BE: 14,23 Euro
5	ST: 10,65 Euro	BE: 12,89 Euro	BE: 13,50 Euro	BE: 13,27 Euro	BE: 13,84 Euro	ST: 14,21 Euro
6	HB: 10,21 Euro	ST: 11,90 Euro	HH: 13,45 Euro	HH: 13,21 Euro	HH: 13,46 Euro	HH: 13,86 Euro
7	SN: 9,60 Euro	TH: 10,36 Euro	SN: 11,89 Euro	SN: 11,50 Euro	SN: 12,24 Euro	SN: 12,35 Euro

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2020

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2020

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	456.851,81 €	Personalkosten	385.686,15 €
Sonderbeiträge	193.487,50 €	Verwaltungskosten	244.976,56 €
Sonderbeiträge, d/ld. für Unterbezirke	24.022,50 €	Politische Arbeit	67.168,02 €
Spenden von nat. Personen	2.236,64 €	Wahlkampf/Europawahl (2019)	148,08 €
Spenden von nat. Personen/Wahlkampf	- €	Wahlkampf/Bürgerschaftswahlwahl (2019)	- €
Spenden von jur. Personen/Wahlkampf	- €	Personalkosten Wahlkampf/Campaigning	- €
Staatliche Mittel	155.147,62 €	Vermögensverwaltung	- €
Strukturfonds	46.000,00 €	Zinsen	- €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	- €	Zuschüsse an Gliederungen	- €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften, Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	14.522,02 €	Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	- €
Zuschüsse von Gliederungen	18.912,02 €	Zuschüsse an Gliederungen/d/ld. Sonderbeiträge	24.022,50 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	- €	Sonstige Ausgaben	30,18 €
Sonstige Einnahmen	8.312,09 €		
Gesamteinnahmen 2020	919.492,20 €	Gesamtausgaben 2020	722.031,49 €

Überschuss/Defizit (-) 2020 197.460,71 €

Vermögensübersicht 2020

Geschäftsstellenausstattung	- €	Rückstellungen	- 6.200,00 €
Geldbestände/Forderung an Cash-Pool PV	216.824,76 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- €
Barkasse	168,68 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen an Gliederungen	1.070,58 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	- 2.812,38 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €	Verbindlichkeiten	- 24.255,41 €
Sonstige Vermögensbestände	7.510,06 €		
Besitzposten am 31.12.2020	225.574,08 €	Schuldposten am 31.12.2020	- 33.267,79 €

Reinvermögen am 31.12.2020 192.306,29 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2021

Einnahmen		Ausgaben	
Mitgliedsbeiträge	476.017,49 €	Personalkosten	423.549,09 €
Sonderbeiträge	193.717,50 €	Verwaltungskosten	99.146,66 €
Sonderbeiträge, d/ld. für Unterbezirke	23.077,50 €	Politische Arbeit	136.551,02 €
Spenden von nat. Personen	10.063,00 €	Wahlkampf/Europawahl (2019)	37,50 €
Spenden von nat. Personen/Wahlkampf	500,00 €	Wahlkampf/Bundestagswahl (2021)	49.998,53 €
Spenden von jur. Personen/Wahlkampf	- €	Wahlkampf/Bürgerschaftswahl (2023)	141,76 €
Staatliche Mittel	152.583,07 €	Vermögensverwaltung	- €
Strukturfonds	51.561,64 €	Zinsen	- €
Staatliche Mittel/RPJ	355,52 €	Zuschüsse an Gliederungen	110,00 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	- €	Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	45.500,00 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften, Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	8.103,20 €	Zuschüsse an Gliederungen/d/ld. Sonderbeiträge	23.077,50 €
Zuschüsse von Gliederungen	47.700,00 €	Sonstige Ausgaben	- €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	10.000,00 €		
Zuschüsse von Unterbezirken/Personalkosten	10.221,19 €		
Sonstige Einnahmen	- €		
Gesamteinnahmen 2021	983.900,11 €	Gesamtausgaben 2021	778.112,06 €

Überschuss/Defizit (-) 2021 205.788,05 €

Vermögensübersicht 2021

Geschäftsstellenausstattung	- €	Rückstellungen	- 4.050,00 €
Geldbestände/Forderung an Cash-Pool PV	409.120,80 €	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- €
Barkasse	11,80 €	Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Forderungen an Gliederungen	1.839,74 €	Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	- 1.102,09 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €	Verbindlichkeiten	- 13.698,95 €
Sonstige Vermögensbestände	5.973,04 €		
Besitzposten am 31.12.2021	416.945,38 €	Schuldposten am 31.12.2021	- 18.851,04 €

Reinvermögen am 31.12.2021 398.094,34 €

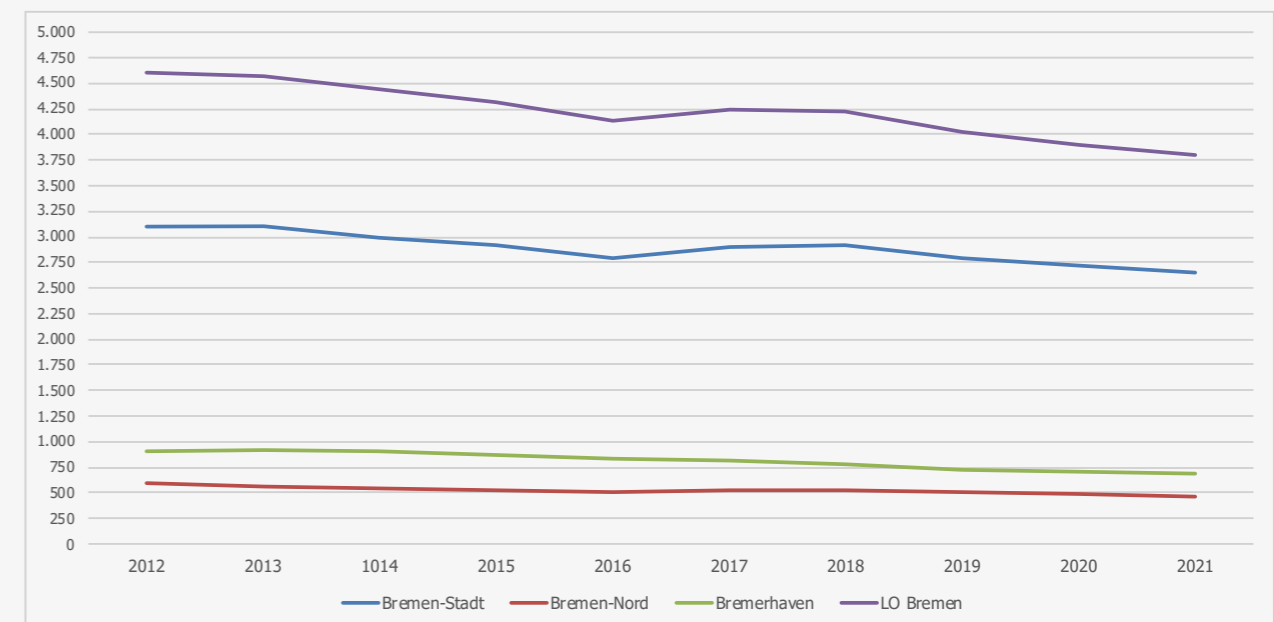
Stand: 14. März 2022

STATISTIKEN ZUR MITGLIEDERENTWICKLUNG

Mitgliederentwicklung 2012 – 2021 (jeweils zum 31.12.)

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	LO Bremen	Deutschland
2012	3.099	594	912	4.605	477.037
2013	3.104	556	917	4.577	473.662
2014	2.985	546	906	4.437	459.902
2015	2.912	528	868	4.308	442.814
2016	2.796	510	834	4.140	433.639
2017	2.910	522	816	4.248	443.152
2018	2.912	531	776	4.219	437.754
2019	2.797	502	730	4.029	419.339
2020	2.718	480	702	3.900	404.305
2021	2.651	462	687	3.800	393.727

Mitgliederentwicklung im Land Bremen



Mitgliederentwicklung jährlich
Zeitraum: 2011 bis 2021 (jeweils zum 31.12.)

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95
2012	4.605	3.034	65,88	1.571	34,12
2013	4.577	3.032	66,24	1.545	33,76
2014	4.437	2.927	65,97	1.510	34,03
2015	4.308	2.847	66,09	1.461	33,91
2016	4.140	2.728	65,89	1.412	34,11
2017	4.248	2.793	65,75	1.455	34,25
2018	4.219	2.782	65,94	1.437	34,06
2019	4.029	2.640	65,52	1.389	34,48
2020	3.900	2.544	65,23	1.356	34,77
2021	3.800	2.464	64,84	1.336	35,16

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
2012	3.099	2.014	64,99	1.085	35,01
2013	3.104	2.031	65,43	1.073	34,57
2014	2.985	1.949	65,29	1.036	34,71
2015	2.912	1.901	65,28	1.011	34,72
2016	2.796	1.820	65,09	976	34,91
2017	2.910	1.890	64,95	1.020	35,05
2018	2.912	1.903	65,35	1.009	34,65
2019	2.797	1.819	65,03	978	34,97
2020	2.718	1.761	64,79	957	35,21
2021	2.651	1.713	64,62	938	35,38

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	954	650	68,13	304	31,87
2012	912	623	68,31	289	31,69
2013	917	630	68,70	287	31,30
2014	906	611	67,44	295	32,56
2015	868	591	68,09	277	31,91
2016	834	564	67,63	270	32,37
2017	816	556	68,14	260	31,86
2018	776	528	68,04	248	31,96
2019	730	489	66,99	241	33,01
2020	702	470	66,95	232	33,05
2021	687	460	66,96	227	33,04

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	644	433	67,24	211	32,76
2012	594	397	66,84	197	33,16
2013	556	371	66,73	185	33,27
2014	546	367	67,22	179	32,78
2015	528	355	67,23	173	32,77
2016	510	344	67,45	166	32,55
2017	522	347	66,48	175	33,52
2018	531	351	66,10	180	33,90
2019	502	332	66,14	170	33,86
2020	480	313	65,21	167	34,79
2021	462	291	62,99	171	37,01

Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2021

Gliederung	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
SPD-Landesorganisation Bremen	3.800	2.464	64,84	1.336	35,16
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.718	1.761	64,79	957	35,21
SPD-OV Bremen-Hastedt	63	36	57,14	27	42,86
SPD-OV Bremen-Osterholz	121	76	62,81	45	37,19
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	53	39	73,58	14	26,42
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	40	25	62,50	15	37,50
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	93	57	61,29	36	38,71
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	126	77	61,11	49	38,89
SPD-OV Bremen-Oberneuland	77	50	64,94	27	35,06
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	99	66	66,67	33	33,33
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	242	150	61,98	92	38,02
SPD-OV Bremen-Walle	117	78	66,67	39	33,33
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	83	52	62,65	31	37,35
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	41	23	56,10	18	43,90
SPD-OV Bremen-Buntentor	128	86	67,19	42	32,81
SPD-OV Bremen-Huckelriede	37	21	56,76	16	43,24
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	109	72	66,06	37	33,94
SPD-OV Bremen-Neustadt	131	90	68,70	41	31,30
SPD-OV Bremen-Strom	13	9	69,23	4	30,77
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	53	32	60,38	21	39,62
SPD-OV Bremen-Seehausen	11	7	63,64	4	36,36
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	126	78	61,90	48	38,10
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	116	76	65,52	40	34,48
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	61	48	78,69	13	21,31
SPD-OV Bremen-Findorff	173	115	66,47	58	33,53
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	191	124	64,92	67	35,08
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	129	81	62,79	48	37,21
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehedeich	131	87	66,41	44	33,59
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	87	58	66,67	29	33,33
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	687	460	66,96	227	33,04
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	117	77	65,81	40	34,19
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	97	65	67,01	32	33,03
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	111	73	65,77	38	34,23
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	61	43	70,49	18	29,51
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	75	53	70,67	22	29,33
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	90	60	66,67	30	33,33
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	136	89	65,44	47	34,56
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	462	291	62,99	171	37,01
SPD-OV Bremen-Burgdamm	33	18	54,55	15	45,45
SPD-OV Bremen-Schönebeck	52	28	53,85	24	46,15
SPD-OV Bremen-Blumenthal	54	32	59,26	22	40,74
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	35	22	62,86	13	37,14
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	46	27	58,70	19	41,30
SPD-OV Bremen-Burglesum	121	82	67,77	39	32,23
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	121	82	67,77	39	32,23
Gesamt	3.800	2.464	64,84	1.336	35,16

Mitgliederbestand Durchschnittsalter nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2021

Gliederung	Mitglieder gesamt	Mitglieder gesamt Alter	männlich	männlich Alter	weiblich	weiblich Alter
SPD-Landesorganisation Bremen	3.800	61	2.464	60	1.336	62
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.651	60	1.713	59	938	61
SPD-OV Bremen-Hastedt	63	60	36	58	27	62
SPD-OV Bremen-Osterholz	121	67	76	68	45	66
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	53	67	39	63	14	70
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	40	65	25	61	15	69
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	93	61	57	59	36	63
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	126	58	77	55	49	61
SPD-OV Bremen-Oberneuland	77	64	50	68	27	59
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	99	56	66	54	33	58
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	242	58	150	57	92	59
SPD-OV Bremen-Walle	117	55	78	55	39	56
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	83	63	52	63	31	63
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	41	61	23	61	18	62
SPD-OV Bremen-Buntentor	128	56	86	53	42	58
SPD-OV Bremen-Huckelriede	37	60	21	64	16	56
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	109	64	72	66	37	61
SPD-OV Bremen-Neustadt	131	51	90	51	41	51
SPD-OV Bremen-Strom	13	74	9	75	4	73
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	53	67	32	64	21	69
SPD-OV Bremen-Seehausen	11	65	7	68	4	62
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	126	60	78	58	48	63
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	116	61	76	54	40	68
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	61	64	48	64	13	63
SPD-OV Bremen-Findorff	173	59	115	57	58	62
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	191	58	124	58	67	59
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	129	66	81	67	48	65
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich	131	60	87	60	44	61
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	87	62	58	61	29	64
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	687	64	460	62	227	65
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	117	65	77	66	40	64
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	97	56	65	52	32	60
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	111	62	73	59	38	64
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	61	66	43	66	18	67
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	75	64	53	62	22	67
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	90	70	60	68	30	72
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	136	64	89	63	47	65
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	462	64	291	63	171	64
SPD-OV Bremen-Burgdamm	33	61	18	65	15	57
SPD-OV Bremen-Schönebeck	52	67	28	64	24	70
SPD-OV Bremen-Blumenthal	54	64	32	60	22	68
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	35	61	22	63	13	59
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	46	63	27	66	19	61
SPD-OV Bremen-Burglesum	121	64	82	64	39	64
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	121	64	82	62	39	65
Gesamt	3.800	61	2.464	60	1.336	62

Mitgliederbestand nach durchschnittlicher Dauer der Mitgliedschaft; Stichtag: 31.12.2021

Gliederung	Dauer gesamt	männlich	weiblich
SPD-Landesorganisation Bremen	26	27	26
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	26	26	25
SPD-OV Bremen-Hastedt	24	23	26
SPD-OV Bremen-Osterholz	31	34	28
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	34	34	34
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	29	25	35
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	19	19	19
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	25	23	29
SPD-OV Bremen-Oberneuland	33	35	29
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	23	23	23
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	24	24	24
SPD-OV Bremen-Walle	21	22	20
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	28	27	29
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	22	23	21
SPD-OV Bremen-Buntentor	22	22	20
SPD-OV Bremen-Huckelriede	25	29	21
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	32	35	27
SPD-OV Bremen-Neustadt	19	19	18
SPD-OV Bremen-Strom	34	37	28
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	27	25	31
SPD-OV Bremen-Seehausen	35	39	29
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	26	26	26
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	26	24	31
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	30	30	30
SPD-OV Bremen-Findorff	26	27	24
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	25	27	22
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	32	33	29
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich	27	26	29
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	26	25	26
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	27	27	27
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	29	31	26
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	21	19	24
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	23	23	25
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	34	36	29
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	26	25	28
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	33	33	33
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	27	26	28
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	28	29	25
SPD-OV Bremen-Burgdamm	29	34	24
SPD-OV Bremen-Schönebeck	32	34	29
SPD-OV Bremen-Blumenthal	26	26	26
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	21	24	15
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	26	27	24
SPD-OV Bremen-Burglesum	30	32	26
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	28	28	26
Gesamt	26	27	26

Mitgliederentwicklung (Jahr/Vorjahr); Stichtag: 31.12.2021

Gliederung	Mitglieder 2021	Mitglieder 2020	Differenz	Diff. in %
SPD-Landesorganisation Bremen	3.800	3.900	-100	-2,56
SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.651	2.718	-67	-2,47
SPD-OV Bremen-Hastedt	63	66	-3	-4,55
SPD-OV Bremen-Osterholz	121	124	-3	-2,42
SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	53	57	-4	-7,02
SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	40	39	1	2,56
SPD-OV Bremen-Neue Vahr	93	97	-4	-4,12
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	126	130	-4	-3,08
SPD-OV Bremen-Oberneuland	77	79	-2	-2,53
SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	99	99	0	0,00
SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	242	248	-6	-2,42
SPD-OV Bremen-Walle	117	123	-6	-4,88
SPD-OV Bremen-Gröpelingen	83	87	-4	-4,60
SPD-OV Bremen-Oslebshausen	41	39	2	5,13
SPD-OV Bremen-Buntentor	128	130	-2	-1,54
SPD-OV Bremen-Huckelriede	37	38	-1	-2,63
SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	109	108	1	0,93
SPD-OV Bremen-Neustadt	131	134	-3	-2,24
SPD-OV Bremen-Strom	13	14	-1	-7,14
SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	53	56	-3	-5,36
SPD-OV Bremen-Seehausen	11	12	-1	-8,33
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	126	129	-3	-2,33
SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	116	118	-2	-1,69
SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	61	63	-2	-3,17
SPD-OV Bremen-Findorff	173	186	-13	-6,99
SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	191	192	-1	-0,52
SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	129	131	-2	-1,53
SPD-OV Bremen-Borgfeld-Lehesterdeich	131	130	1	0,77
SPD-OV Bremen-Hemelingen/Sebaldsbrück	87	89	-2	-2,25
SPD-Unterbezirk Bremerhaven	687	702	-15	-2,14
SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	117	121	-4	-3,31
SPD-OV Bremerhaven-Lehe	97	100	-3	-3,00
SPD-OV Bremerhaven-Mitte	111	105	6	5,71
SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	61	63	-2	-3,17
SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	75	76	-1	-1,32
SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	90	95	-5	-5,26
SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	136	142	-6	-4,23
SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	462	480	-18	-3,75
SPD-OV Bremen-Burgdamm	33	34	-1	-2,94
SPD-OV Bremen-Schönebeck	52	52	0	0,00
SPD-OV Bremen-Blumenthal	54	56	-2	-3,57
SPD-OV Bremen-Rönnebeck	35	35	0	0,00
SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	46	48	-2	-4,17
SPD-OV Bremen-Burglesum	121	131	-10	-7,63
SPD-OV Bremen-Aumund-Vegesack	121	124	-3	-2,42
Gesamt	3.800	3.900	-100	-2,56

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2021

Landesorganisation Bremen

Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-15	0	0,00	0	0,00	0	0,00
16-20	20	0,53	14	0,57	6	0,45
21-25	123	3,24	94	3,81	29	2,17
26-30	177	4,66	125	5,07	52	3,89
31-35	204	5,37	139	5,64	65	4,87
36-40	195	5,13	130	5,28	65	4,87
41-45	222	5,84	159	6,45	63	4,72
46-50	202	5,32	133	5,40	69	5,16
51-55	319	8,39	205	8,32	114	8,53
56-60	307	8,08	187	7,59	120	8,98
61-65	311	8,18	183	7,43	128	9,58
66-70	369	9,71	233	9,46	136	10,18
71-75	447	11,76	280	11,36	167	12,50
76-80	393	10,34	264	10,71	129	9,66
81-85	341	8,97	218	8,85	123	9,21
86-90	120	3,16	72	2,92	48	3,59
91-95	42	1,11	25	1,01	17	1,27
96-100	8	0,21	3	0,12	5	0,37
Gesamt	3.800	100,00	2.464	100,00	1.336	100,00

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2021

Unterbezirk Bremerhaven

Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-15	0	0,00	0	0,00	0	0,00
16-20	4	0,58	4	0,87	0	0,00
21-25	18	2,62	16	3,48	2	0,88
26-30	21	3,06	16	3,48	5	2,20
31-35	26	3,78	20	4,35	6	2,64
36-40	27	3,93	16	3,48	11	4,85
41-45	33	4,80	27	5,87	6	2,64
46-50	28	4,08	19	4,13	9	3,96
51-55	63	9,17	43	9,35	20	8,81
56-60	76	11,06	49	10,65	27	11,89
61-65	58	8,44	34	7,39	24	10,57
66-70	86	12,52	55	11,96	31	13,66
71-75	76	11,06	47	10,22	29	12,78
76-80	71	10,33	47	10,22	24	10,57
81-85	67	9,75	45	9,78	22	9,69
86-90	19	2,77	12	2,61	7	3,08
91-95	13	1,89	9	1,96	4	1,76
96-100	1	0,15	1	0,22	0	0,00
Gesamt	687	100,00	460	100,00	227	100,00

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2021

Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-15	0	0,00	0	0,00	0	0,00
16-20	10	0,38	6	0,35	4	0,43
21-25	91	3,43	68	3,97	23	2,45
26-30	143	5,39	103	6,01	40	4,26
31-35	169	6,37	114	6,65	55	5,86
36-40	147	5,55	100	5,84	47	5,01
41-45	168	6,34	115	6,71	53	5,65
46-50	148	5,58	99	5,78	49	5,22
51-55	224	8,45	141	8,23	83	8,85
56-60	192	7,24	112	6,54	80	8,53
61-65	205	7,73	117	6,83	88	9,38
66-70	238	8,98	154	8,99	84	8,96
71-75	311	11,73	193	11,27	118	12,58
76-80	262	9,88	179	10,45	83	8,85
81-85	222	8,37	142	8,29	80	8,53
86-90	92	3,47	54	3,15	38	4,05
91-95	22	0,83	14	0,82	8	0,85
96-100	7	0,26	2	0,12	5	0,53
Gesamt	2.651	100,00	1.713	100,00	938	100,00

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2021

Unterbezirk Bremen-Nord

Alter nach Geschlecht	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-15	0	0,00	0	0,00	0	0,00
16-20	6	1,30	4	1,37	2	1,17
21-25	14	3,03	10	3,44	4	2,34
26-30	13	2,81	6	2,06	7	4,09
31-35	9	1,95	5	1,72	4	2,34
36-40	21	4,55	14	4,81	7	4,09
41-45	21	4,55	17	5,84	4	2,34
46-50	26	5,63	15	5,15	11	6,43
51-55	32	6,93	21	7,22	11	6,43
56-60	39	8,44	26	8,93	13	7,60
61-65	48	10,39	32	11,00	16	9,36
66-70	45	9,74	24	8,25	21	12,28
71-75	60	12,99	40	13,75	20	11,70
76-80	60	12,99	38	13,06	22	12,87
81-85	52	11,26	31	10,65	21	12,28
86-90	9	1,95	6	2,06	3	1,75
91-95	7	1,52	2	0,69	5	2,92
96-100	0	0,00	0	0,00	0	0,00
Gesamt	462	100,00	291	100,00	171	100,00

**Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich;
Zeitraum: 2011 bis 2021 (jeweils zum 31.12.)**

Landesorganisation Bremen

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	231	158	68,40	73	31,60
2012	127	84	66,14	43	33,86
2013	238	168	70,59	70	29,41
2014	198	130	65,66	68	34,34
2015	130	89	68,46	41	31,54
2016	128	90	70,31	38	29,69
2017	337	219	64,99	118	35,01
2018	393	269	68,45	124	31,55
2019	153	106	69,28	47	30,72
2020	103	68	66,02	35	33,98
2021	136	87	63,97	49	36,03

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	140	88	62,86	52	37,14
2012	87	55	63,22	32	36,78
2013	170	115	67,65	55	32,35
2014	126	85	67,46	41	32,54
2015	91	62	68,13	29	31,87
2016	87	61	70,11	26	29,89
2017	254	161	63,39	93	36,61
2018	314	215	68,47	99	31,53
2019	119	81	68,07	38	31,93
2020	77	51	66,23	26	33,77
2021	100	68	68,00	32	32,00

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	65	54	83,08	11	16,92
2012	26	23	88,46	3	11,54
2013	50	39	78,00	11	22,00
2014	51	31	60,78	20	39,22
2015	29	20	68,97	9	31,03
2016	28	18	64,29	10	35,71
2017	38	30	78,95	8	21,05
2018	33	23	69,70	10	30,30
2019	16	13	81,25	3	18,75
2020	15	11	73,33	4	26,67
2021	22	14	63,64	8	36,36

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	26	16	61,54	10	38,46
2012	14	6	42,86	8	57,14
2013	18	14	77,78	4	22,22
2014	21	14	66,67	7	33,33
2015	10	7	70,00	3	30,00
2016	13	11	84,62	2	15,38
2017	45	28	62,22	17	37,78
2018	46	31	67,39	15	32,61
2019	18	12	66,67	6	33,33
2020	11	6	54,55	5	45,45
2021	14	5	35,71	9	64,29

**Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich;
Zeitraum: 2011 bis 2021 (jeweils zum 31.12.)**

Landesorganisation Bremen

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	216	154	71,30	62	28,70
2012	192	135	70,31	57	29,69
2013	182	122	67,03	60	32,97
2014	268	182	67,91	86	32,09
2015	209	138	66,03	71	33,97
2016	209	149	71,29	60	28,71
2017	190	140	73,68	50	26,32
2018	311	209	67,20	102	32,80
2019	256	182	71,09	74	28,91
2020	171	125	73,10	46	26,90
2021	151	96	63,58	55	36,42

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	131	90	68,70	41	31,30
2012	96	71	73,96	25	26,04
2013	121	79	65,29	42	34,71
2014	195	132	67,69	63	32,31
2015	134	93	69,40	41	30,60
2016	125	90	72,00	35	28,00
2017	127	89	70,08	38	29,92
2018	225	147	65,33	78	34,67
2019	179	123	68,72	56	31,28
2020	121	89	73,55	32	26,45
2021	113	70	61,95	43	38,05

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	55	41	74,55	14	25,45
2012	44	30	68,18	14	31,82
2013	31	20	64,52	11	35,48
2014	47	36	76,60	11	23,40
2015	51	28	54,90	23	45,10
2016	53	38	71,70	15	28,30
2017	42	35	83,33	7	16,67
2018	50	36	72,00	14	28,00
2019	41	34	82,93	7	17,07
2020	31	23	74,19	8	25,81
2021	24	16	66,67	8	33,33

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	30	23	76,67	7	23,33
2012	51	33	64,71	18	35,29
2013	30	23	76,67	7	23,33
2014	26	14	53,85	12	46,15
2015	24	17	70,83	7	29,17
2016	31	21	67,74	10	32,26
2017	21	16	76,19	5	23,81
2018	36	26	72,22	10	27,78
2019	36	25	69,44	11	30,56
2020	19	13	68,42	6	31,58
2021	14	10	71,43	4	28,57

**Entwicklung der Todesfälle in der Mitgliedschaft;
Zeitraum: 2011 bis 2021 (jeweils zum 31.12.)**

Landesorganisation Bremen

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	69	48	69,57	21	30,43
2012	95	69	72,63	26	27,37
2013	92	57	61,96	35	38,04
2014	69	52	75,36	17	24,64
2015	66	49	74,24	17	25,76
2016	76	51	67,11	25	32,89
2017	73	48	65,75	25	34,25
2018	77	51	66,23	26	33,77
2019	72	50	69,44	22	30,56
2020	82	56	68,29	26	31,71
2021	84	63	75,00	21	25,00

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	44	32	72,73	12	27,27
2012	61	42	68,85	19	31,15
2013	59	31	52,54	28	47,46
2014	46	36	78,26	10	21,74
2015	49	35	71,43	14	28,57
2016	50	34	68,00	16	32,00
2017	45	30	66,67	15	33,33
2018	53	35	66,04	18	33,96
2019	46	30	65,22	16	34,78
2020	50	34	68,00	16	32,00
2021	56	42	75,00	14	25,00

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	15	10	66,67	5	33,33
2012	22	19	86,36	3	13,64
2013	16	13	81,25	3	18,75
2014	16	11	68,75	5	31,25
2015	13	11	84,62	2	15,38
2016	12	8	66,67	4	33,33
2017	16	8	50,00	8	50,00
2018	19	11	57,12	8	42,11
2019	13	9	69,23	4	30,77
2020	21	13	61,90	8	38,10
2021	15	11	73,33	4	26,67

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2011	10	6	60,00	4	40,00
2012	12	8	66,67	4	33,33
2013	17	13	76,47	4	23,53
2014	7	5	71,43	2	28,57
2015	4	3	75,00	1	25,00
2016	14	9	64,29	5	35,71
2017	12	10	83,33	2	16,67
2018	5	5	100,00	0	0,00
2019	13	11	84,62	2	15,38
2020	11	9	81,82	2	18,18
2021	13	10	76,92	3	23,08

10 DINGE, AN DENEN DIE SPD SCHULD SEIN WIRD.

- 1 Sichere Arbeit, höhere Löhne durch 12 Euro Mindestlohn & mehr Tarifbindung.
- 2 Abschaffung von sachgrundlos befristeten Arbeitsverträgen.
- 3 Klimaneutralität bis 2045 & massiver Ausbau erneuerbarer Energien.
- 4 Bürgerversicherung statt Zwei-Klassen-Medizin.
- 5 Bürgergeld statt Hartz IV.
- 6 400.000 neue Wohnungen pro Jahr, darunter 100.000 Sozialwohnungen, für gerechte Mieten & bezahlbares Wohnen.
- 7 Mehr Steuergerechtigkeit & Einführung Finanztransaktionssteuer auf börsliche & außerbörsliche Finanztransaktionen.
- 8 Bessere Löhne und mehr Personal in der Pflege.
- 9 Einführung Kindergrundsicherung zur Bekämpfung von Kinderarmut & Stärkung der Chancengleichheit.
- 10 Stabiles Rentenniveau & -eintrittsalter auch in Zukunft.

JETZT SCHON WÄHLEN PER BRIEFWAHL

SPD Soziale Politik für Dich.

BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD

V.i.S.d.P. SPD Landesorganisation Bremen, Volkenstraße 43, 28195 Bremen

WER SCHOLZ WILL, WÄHLT SPD. BEIDE STIMMEN FÜR DIE SPD

SPD

JETZT WÄHLEN PER BRIEFWAHL – ODER AM 26. SEPTEMBER IM WAHLLOKAL

KANZLER FÜR DEUTSCHLAND.

BUNDESTAGSWAHLERGEBNISSE 2021

Erststimmen

Land Bremen	Bundestagswahl 2021		Bundestagswahl 2017		Veränderungen 2021 zu 2017	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	330.431	71,87	335.919	70,85	-5.488	1,02
SPD	108.432	33,15	105.119	31,75	3.313	1,40
CDU	67.992	20,79	81.275	24,55	-13.283	-3,76
Grüne	60.490	18,50	33.386	10,09	27.104	8,41
FDP	22.398	6,85	30.457	9,20	-8.059	-2,35
Die Linke	25.923	7,93	39.405	11,90	-13.482	-3,97
AFD	21.565	6,59	30.935	9,34	-9.370	-2,75

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2021		Bundestagswahl 2017		Veränderungen 2021 zu 2017	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	280.193	73,51	284.113	72,24	-3.920	1,27
SPD	88.693	31,97	86.900	31,02	1.793	0,95
CDU	58.591	21,12	68.455	24,43	-9.864	-3,31
Grüne	53.955	19,45	30.047	10,72	23.908	8,73
FDP	19.311	6,96	27.012	9,64	-7.701	-2,68
Die Linke	23.327	8,41	33.870	12,09	-10.543	-3,68
AfD	16.387	5,91	25.047	8,94	-8.660	-3,03

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2021		Bundestagswahl 2017		Veränderungen 2021 zu 2017	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	50.238	63,93	51.823	64,09	-1.585	-0,16
SPD	19.739	39,80	18.233	35,77	1.506	4,03
CDU	9.401	18,96	12.832	25,17	-3.431	-6,21
Grüne	6.535	13,18	3.356	6,58	3.179	6,60
FDP	3.087	6,22	3.457	6,78	-370	-0,56
Die Linke	2.596	5,23	5.545	10,88	-2.949	-5,65
AfD	5.178	10,44	5.901	11,58	-723	-1,14

Anzeigenmotive der SPD LAND BREMEN im Bundestagswahlkampf 2021

Zweitstimmen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2021		Bundestagswahl 2017		Veränderungen 2021 zu 2017	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	330.431	71,87	335.919	70,85	-5.488	1,02
SPD	103.224	31,47	88.944	26,76	14.280	4,71
CDU	56.499	17,22	83.409	25,10	-26.910	-7,88
Grüne	68.427	20,86	36.733	11,05	31.694	9,81
Die Linke	25.352	7,73	44.629	13,43	-19.277	-5,70
FDP	30.481	9,29	31.056	9,35	-575	-0,06
NPD	291	0,09	863	0,26	-572	-0,17
AfD	22.575	6,88	33.244	10,00	-10.669	-3,12

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2021		Bundestagswahl 2017		Veränderungen 2021 zu 2017	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	280.193	73,51	284.113	72,24	-3.920	1,27
SPD	85.092	30,57	73.186	26,00	11.906	4,57
CDU	47.835	17,18	70.463	25,04	-22.628	-7,86
Grüne	61.430	22,07	32.744	11,63	28.686	10,44
Die Linke	22.619	8,13	38.800	13,79	-16.181	-5,66
FDP	26.315	9,45	27.197	9,66	-882	-0,21
NPD	239	0,09	595	0,21	-356	-0,12
AfD	17.297	6,21	26.864	9,55	-9.567	-3,34

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2021		Bundestagswahl 2017		Veränderungen 2021 zu 2017	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	50.238	63,93	51.823	64,09	-1.585	-0,16
SPD	18.132	36,51	15.772	30,90	2.360	5,61
CDU	8.664	17,45	12.960	25,39	-4.296	-7,94
Grüne	6.997	14,09	4.003	7,84	2.994	6,25
Die Linke	2.733	5,50	5.844	11,45	-3.111	-5,95
FDP	4.166	8,39	3.869	7,58	297	0,81
NPD	52	0,10	278	0,54	-226	-0,44
AfD	5.278	10,63	6.394	12,52	-1.116	-1,89

Erststimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	186.308	75,93	144.123	67,23	330.431	71,87
SPD	Sarah Janina Ryglewski 55.934	30,24	Uwe Schmidt 52.498	36,95	108.432	33,15
CDU	Thomas Röwekamp 39.440	21,32	Wiebke Winter 28.552	20,09	67.992	20,79
Grüne	Dr. Kirsten Kappert-Gonther 39.721	21,47	Michael Labetzke 20.769	14,62	60.490	18,50
FDP	Dr. Volker Redder 13.929	7,53	Gökhan Akkamis 8.469	5,96	22.398	6,85
Die Linke	Cindi Tuncel 15.306	8,27	Doris Achelwilm 10.617	7,47	25.923	7,93
MLPD	Wolfgang Lange 147	0,08	Jürgen Bader 119	0,08	266	0,08
AfD	Heinrich Löhmann 9.099	4,92	Thomas Jürgewitz 12.466	8,77	21.565	6,59
Die PARTEI	Merle Andersen 2.835	1,53	Ralf Fasmers 2.629	1,85	5464	1,67

Zweitstimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler:innen/ Wahlbeteiligung	186.308	75,93	144.123	67,23	330.431	71,87
SPD	53.425	28,84	49.799	34,87	103.224	31,47
CDU	32.375	17,48	24.124	16,89	56.499	17,22
Grüne	44.414	23,98	24.013	16,82	68.427	20,86
Die Linke	15.739	8,50	9.613	6,73	25.352	7,73
FDP	18.396	9,93	12.085	8,46	30.481	9,29
NPD	104	0,06	187	0,13	291	0,09
AfD	9.835	5,31	12.740	8,92	22.575	6,88
MLPD	84	0,05	76	0,05	160	0,05
Freie Wähler	1.473	0,80	1.438	1,01	2.911	0,89
Menschliche Welt	181	0,10	205	0,14	386	0,12
Die PARTEI	1.977	1,07	1.932	1,35	3.909	1,19
V-Partei	246	0,13	269	0,19	515	0,16

BERICHT ZUR ARBEIT DES SENATS

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

das Jahr 2021 stand in einem bestimmenden Punkt leider in der Tradition des Vorjahres: Corona hat das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben bundesweit, aber auch in unserem Bundesland, in Bremen und Bremerhaven weiter dominiert. Das Land Bremen hat sich weiter angestrengt, den Schutz der Bevölkerung durch eine hohe Impfquote und ein engagiertes Tempo auch beim Boostern hochzuhalten. Wir mussten lernen, dass eine Impfung nicht vor einer Infektion schützt. Aber mit dem Auftreten und der Durchsetzung der Omikron-Variante im ausklingenden Jahr 2021 haben wir auch gelernt, dass das Risiko eines schweren Krankheitsverlaufs für Geimpfte deutlich gesunken ist und Inzidenzen nicht mehr der bestimmende Faktor bei der Einschätzung von Gefährdungslagen sind. Wesentlicher Maßstab für die Corona-Politik des Senats war im Jahr 2021 die Frage, ob eine Gefahr der Überlastung unserer Gesundheitsinfra-



FOTO: SPD LAND BREMEN

Bürgermeister Dr. Andreas Bovenschulte, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

struktur, unserer Krankenhäuser und Intensivstationen, droht.

Wir haben hier in Bremen und Bremerhaven in enger Abstimmung mit Kammern, Gewerkschaften, Unternehmensverbänden und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren immer eine vorsichtige, maßvolle und pragmatische Linie in der Corona-Politik verfolgt. Heute nun stehen wir an dem Punkt, wo auf der Grundlage unserer erfolgreichen Impfkampagne der Wegfall vieler Einschränkungen vertretbar, ich möchte sogar sagen, geboten ist. Unsere Kultureinrichtungen, die Gastronomie und der Einzelhandel sollen nun wieder ohne Einschränkungen und Kapazitätsbegrenzungen agieren können. Es ist eine Freude, dass wir wieder große Sportveranstaltungen und Feste wie den Hafengeburtstag in Vegesack und die Osterwiese auf der Bürgerweise erleben können.

Das Jahr 2021 hat aber auch wirklich gute Entwicklungen mit sich gebracht: Seit 16 Jahren haben wir als SPD endlich wieder eine Bundestagswahl gewonnen und stellen mit Olaf Scholz wieder einen sozialdemokratischen Kanzler. Fantastisch natürlich auch, dass wir beide Wahlkreise verteidigen konnten und Uwe Schmidt und Sarah Ryglewski erneut erfolgreich in den Bundestag eingezogen sind. Ich freue mich und bin überzeugt, dass es für uns in Bremen von großem Vorteil ist, dass Sarah von Olaf Scholz ins



FOTO: PRIVAT

Bürgermeister Andreas Bovenschulte mit dem im Juni '21 noch Kanzlerkandidaten Olaf Scholz auf der Hütte, ArcelorMittal



Gern im Quartier unterwegs: Andreas Bovenschulte bei der Wanderausstellung „Demokratie! Step by Step“ – im Bürgerzentrum Neue Vahr, Juli 2021

Bundeskanzleramt gerufen wurde und sie hier das Amt der Staatsministerin für die Zusammenarbeit von Bund und Ländern ausfüllt. Auf gute Zusammenarbeit und herzliche Glückwünsche, liebe Sarah!

Es ist gut, wie die Ampel an Fahrt aufgenommen hat und das, was wir hier im Bundesland Bremen politisch zu bewegen versuchen, aus bundespolitischer Perspektive unterstützt. Das sind Themen wie der Umbau der Wirtschaft, eine klimafreundliche und gerechte Politik, aber auch die Einführung eines bundesweiten Mindestlohns von 12 Euro und die Schaffung einer Kindergrundsicherung. Und dazu gehört eine klare Arbeitnehmer:innenorientierung, die sich in den verschiedenen Initiativen aus Hubertus Heils Haus wiederfindet. Als Beispiel sei der Kampf für eine Stärkung der innerbetrieblichen Mitbestimmung genannt.

Leider müssen die Bundesregierung und auch wir im Senat aktuell nun unter Beweis stellen, mit einer internationalen Krise mit schwerwiegenden Auswirkungen umgehen zu können, mit dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Es ist unser allererster Auftrag, so wie wir es in Bremen und Bremerhaven auch schon in früheren Jahren getan haben, in Solidarität zu den

Menschen zu stehen, die in unserem Bundesland Schutz und Sicherheit suchen. Ich darf Euch versichern, dass der ganze Senat, aber insbesondere auch wir als sozialdemokratische Mitglieder hier in engem Schulterschluss agieren. Ulrich Mäurer, Claudia Schilling, Sascha Karolin Aulepp und ich werden alles daransetzen, dass wir die Folgen der Fluchtbewegungen solidarisch und in großer Verantwortung bewältigen. Es ist eine Herausforderung für jeden und jede Einzelne von uns, in den Stadtteilen und Quartieren, die Solidarität mit den Menschen, die aus ihrer Heimat vor Gräueltaten, Gewalt und Tod geflüchtet sind, praktisch werden zu lassen. Ob es um die Unterbringung, die Bereitstellung von Schul- und Kitaplätzen, die Integration von Geflüchteten an unseren Hochschulen oder auch den umsichtigen Umgang mit den noch nicht absehbaren wirtschaftlichen Folgen des Krieges geht: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stehen zusammen, im Senat und insgesamt. Wir werden nicht zulassen, dass der Krieg, der so nah tobt und solch unvorstellbares Leid mit sich bringt, Unfrieden in unsere Stadtgesellschaften in Bremen und Bremerhaven bringt.

Andreas Bovenschulte
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

BERICHT ZUR ARBEIT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION

Mit Selbstbewusstsein und Optimismus

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

es fällt nicht leicht in diesen Tagen zu bilanzieren, wenn die Zukunft derart ungewiss ist. Der Krieg in der Ukraine treibt uns alle immer noch um – und betrifft uns auch in Bremen und Bremerhaven ganz direkt. Für die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft ist klar: Wir stehen fest an der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer – und wir sind stolz auf die Menschen in unserem Land, die mit so viel Humanität und Solidarität den tausenden Geflüchteten helfen, die oft nur ihr nacktes Leben retten konnten. Das zeigt einmal mehr, wie viel Herz unsere beiden Städte haben.

Verantwortung bei Corona

Natürlich stand der Umgang mit der Corona-Pandemie im letzten Jahr im Vordergrund unserer Politik. Ich finde, wir haben hier Verantwortung übernommen und den richtigen Weg zwischen Vorsicht und Lockerungen genommen. Aber das war beileibe nicht alles, was uns beschäftigt hat.

Bildung, Zusammenhalt, Zukunft

Wir haben beim Doppelhaushalt 2022/23 gemeinsam mit unseren Koalitionspartnern ein Finanzpaket der Vernunft geschnürt und dabei bessere Bildungschancen, den sozialen Zusammenhalt und Investitionen in die Zukunft in den Mittelpunkt gestellt. Durch uns bekommt jetzt jedes Kind in Bremen und Bremerhaven mit der FamilienCard 60 Euro im Jahr für Freizeitangebote seiner Wahl.

Zehn-Minuten-Stadt als Vorreiter

In der Klima-Enquete haben wir deutlich gemacht, dass uns Investitionen in den Klimaschutz wichtiger sind als ein stures Festhalten an der Schulden-



Mustafa Güngör, Vorsitzender der SPD-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft

bremse. Wir haben uns für die Umwandlung der Bremer Innenstadt in eine Erlebniswelt mit mehr Aufenthaltsqualität ins Zeug gelegt. Und mit unserem Leitbild der Zehn-Minuten-Stadt wollen wir unser Land Bremen in Sachen Stadtentwicklung zum Vorreiter in Deutschland machen, unsere Veranstaltungen in den Quartieren dazu laufen weiter. Das zeigt: Wir haben immer die ganze Stadt im Blick, in Bremen und Bremerhaven – und ganz besonders auch kleinräumig unsere Quartiere!

Liebe Genossinnen und Genossen,

bis zur Bürgerschaftswahl ist es nun noch ein Jahr hin. Und bei aller Ungewissheit der weltpolitischen Lage: Wir haben allen Grund, mit Selbstbewusstsein und Optimismus in diese Wahl zu gehen. Wir haben einen starken Bürgermeister und eine starke Partei. Und eine starke Fraktion. Ich bedanke mich sehr bei meinen Kolleginnen und Kollegen – und auch bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Fraktion. Wir schaffen das!

Gerne schließe ich mit einem Zitat von Michail Gorbatschow: „An den Frieden denken heißt, an die Kinder denken.“

Herzlichst, Euer

Mustafa Güngör
Fraktionsvorsitzender

Die 10-Minuten-Stadt: Unser Bremen als bundesweites Vorbild

Kurze Wege machen unser aller Leben besser. Deswegen haben wir auf unserer Klausur im vergangenen Oktober das Leitbild der 10-Minuten-Stadt für Bremen und Bremerhaven entwickelt. Damit verfolgen wir einen quartiersbezogenen und sozialen Ansatz zur Gestaltung des öffentlichen Raumes in unserem ganzen Bundesland und wollen in Sachen Stadtentwicklung zum Vorreiter in Deutschland werden.

Das Konzept der 10-Minuten-Stadt knüpft dabei nahtlos an unseren seit Beginn der Legislatur verfolgten Schwerpunkt „Lebenswerte und Lebendige Quartiere“ an und passt perfekt ins Schema der räumlichen Begebenheiten unserer beiden Städte der „kurzen Wege“.

Für die Menschen stellt ihr Quartier einen wichtigen Ausgangspunkt für Teilhabe und Engagement dar: Es ist der Ort, an dem sie ihr Leben leben. Das zentrale Ziel sozialer Quartierspolitik besteht darin, allen Menschen – unabhängig von Alter, Einkommen, Herkunft und Gesundheitszustand – den Zugang zu den wichtigen Einrichtungen des täglichen Lebens zu ermöglichen, damit

diese in ihrem Alltag die bestmögliche Unterstützung finden. So werden Quartiere entwickelt, die Identität stiften.

Dementsprechend haben wir auf unserer Klausur ein konkretes Bündel an Anträgen beschlossen, mit dem das Ziel der 10-Minuten-Stadt angegangen wird. Sie nehmen eine gute Pflegeinfrastruktur ebenso in den Blick wie die Erreichbarkeit von Haus- und Kinderärzt:innen innerhalb von zehn Minuten vom Wohnort. Eine zentrale Rolle spielen außerdem die Verbesserung der Nahversorgung und der Ausbau des ÖPNV, sodass die Menschen in ihrer direkten Nachbarschaft alles für den täglichen Bedarf erhalten und mit dem öffentlichen Nahverkehr verbunden sind – wobei auch Ridesharing-Angebote einen Beitrag leisten können. Kultur- und Sportangebote sollen noch mehr vor Ort in den Quartieren angeboten werden. Bildungs- und Beratungsangebote sollen besser verbunden und auf kurzem Weg erreichbar sein. Die SPD-Fraktion nimmt darüber hinaus den Bereich Arbeit – etwa mit einem Antrag zu Expressbuslinien – ebenso in den Blick wie die Digitalisierung der Polizei. Und ganz grundsätzlich eben die Stadtentwicklung: So sollen neue Orte der sogenannten Produktiven Stadt geschaffen werden, ebenso wie Quartiersplätze als Räume



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Im Oktober entwickelten die Abgeordneten der SPD-Fraktion auf einer Klausur in Papenburg das Konzept der 10-Minuten-Stadt für Bremen und Bremerhaven...



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

... und ihr Vorsitzender Mustafa Güngör stellte es nach der Rückkehr nach Bremen gemeinsam mit seinen Stellvertreter:innen Petra Krümpfer und Martin Günthner der Presse vor

der Begegnung in der Nachbarschaft. Jeder und jede in Bremen und Bremerhaven soll zudem innerhalb von zehn Minuten öffentliche Grün-, Spiel- oder Sportflächen erreichen können. Erste Anträge sind in der Bürgerschaft bereits beschlossen worden.

Uns ist bewusst, dass dies ehrgeizige, visionäre – und damit langfristige – Ziele sind. Und wir wollen die Menschen vor Ort mitnehmen. Deswegen begleiten wir unsere Kampagne mit einer Veranstaltungsreihe vor Ort, in den Quartieren, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen, konkret zu diskutieren, wo es noch Nachholbedarf gibt und wo unser Ziel der 10-Minuten-Stadt bereits erfüllt ist.

Finanzen

Die Corona-Pandemie und ihre Folgen stellen das Land Bremen vor eine historische Herausforderung. Und wir haben darauf reagiert, indem wir die Notsituation ausgerufen haben, die Ausnahmen von der Schuldenbremse erlaubt. Dies ermöglichte die Einrichtung des kreditfinanzierten Bremen-Fonds. Damit fangen wir die Folgen der Corona-Pandemie auf und investieren in Maßnahmen, um Bremen und Bremerhaven gut für die Zeit nach der Pandemie aufzustellen.

Trotz dieser Herausforderung und der nicht minder großen Aufgabe, in die Ziele des Klimaschutzes zu investieren, haben wir im Doppelhaushalt für die Jahre 2022 und 2023 in keinem Bereich die Ausgaben gegenüber dem bisherigen Status Quo gekürzt. Im Gegenteil: Wir haben zusätzliche Mittel für mehr Lehrkräfte, Polizist:innen, Feuerwehrleute sowie Mitarbeitende für die Gesundheitsbehörde und Klimaschutz bereitgestellt. Die Investitionsausgaben stabilisieren wir auf Vorkrisenniveau – und wir werden gleichzeitig auch die Kredite tilgen, wie mit dem Bund vereinbart.

Klar ist: Wir werden die in der Bundespolitik längst angelaufene Diskussion über die Frage, ob die Schuldenbremse nicht zu starr ist und Zukunftsinvestitionen verhindert, aufmerksam verfolgen und uns einbringen. Auch werden wir uns in die Diskussion um einen „Lastenausgleich“ einbringen, mit dem die finanziellen Folgen der Pandemiebewältigung sozial gerechter verteilt werden sollen.

Gesundheit

Bremen wurde bundesweit zum Vorbild – mit einem ersten Platz bei der Impfquote. Diesen Erfolg verdanken wir maßgeblich unserem Bürgermeister Andreas Bovenschulte, der mit Ehrgeiz und



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Martin Günthner diskutierte das Konzept der 10-Minuten-Stadt mit Bürger:innen im Rahmen einer Veranstaltung in Bremerhaven Lehe



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Falk Wagner diskutierte das Konzept der 10-Minuten-Stadt mit Bürger:innen im Rahmen einer Veranstaltung in Walle

Entschlossenheit den Grundstein für diese hervorragende Impfquote gelegt hat. Wir verdanken ihm aber auch der großen Impfbereitschaft der Bremer:innen und Bremerhavener:innen. Es ist gelungen, in Zusammenarbeit mit der Initiative „Bremen impft“ im Eiltempo enorme Kapazitäten zu schaffen. Vor allem aber wurden Angebote in den Stadtteilen gemacht – ergänzt durch Aufklärungsarbeit der Gesundheitsfachkräfte. Dieses niedrigschwellige, aufsuchende Angebot war ein großer Erfolg und wird fortgesetzt.

Auch mit Hilfe des Bundes stellen wir mehr als 30 Millionen Euro zusätzlich für das Gesundheitsamt bereit – damit soll auch das Personal deutlich aufgestockt werden. Die Krankenhäuser sollen darauf vorbereitet werden, besser mit eventuellen künftigen Pandemien umgehen und zugleich die Regelversorgung gewährleisten zu können. Mit der Verdopplung der Krankenhausinvestitionsmittel haben wir hier einen ersten Schritt unternommen.

Klar ist für uns aber auch: Wir müssen auf Bundesebene eine grundsätzliche Debatte über die Krankenhausfinanzierung führen. In diese Diskussion werden wir uns aktiv einbringen. Ebenso aktiv werden wir die weitere Entwicklung des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord

(Geno) beobachten. Die Corona-Pandemie hat die finanzielle Lage trotz der Hilfe des Bundes noch einmal verschlechtert – und wir erwarten von der Geno-Geschäftsführung, die strukturellen Probleme zu lösen.

Kinder und Bildung

Für uns als SPD-Fraktion war während der Corona-Pandemie ein Ziel vorrangig: so viel Präsenzunterricht wie irgend möglich zu gewährleisten. Dies ist auch deshalb gelungen, da wir uns schon früh für ein Impfangebot für Erzieher:innen und Lehrkräfte im Land Bremen stark gemacht haben, weil bereits vor dem Bundesprogramm auf Landesebene Kitas und Schulen flächendeckend mit Luftfiltern ausgestattet wurden und weil in allen Kitas und Schulen regelmäßig anlasslose Tests durchgeführt wurden. Dass alle Schüler:innen und Pädagog:innen auf unsere Initiative hin bereits im Vorjahr ein kostenloses Tablet erhalten haben und Bremen zudem bereits seit 2015 mit „itslearning“ über eine funktionierende Lernplattform verfügt, ermöglichte auch während des Lockdowns die Fortsetzung des Unterrichts in digitaler oder hybrider Form. Um die Corona-Folgen für Schüler:innen abzumildern und verpasste Bildungszeit aufzuholen, wurden hohe Summen aus dem Bremen-Fonds bereitgestellt – etwa für

Nachhilfeangebote und Schwimmkurse in den Ferien oder für zusätzliche Mathe- und Deutschstunden.

Unabhängig davon ist und bleibt der Bereich Kinder und Bildung unser finanzieller Schwerpunkt. Wie in den Vorjahren, haben wir eine Vielzahl von zusätzlichen Kita- und Schulplätzen geschaffen und massiv in den Aus-, Um- und Neubau von Kitas investiert. So sind rund 105 Millionen für Schulbau und -sanierung sowie rund 41 Millionen Euro für den Kitausbau veranschlagt. In der Stadt Bremen wird es zusätzlich 180 Stellen für neue Lehrkräfte geben. Damit noch mehr Kinder bereits frühzeitig gefördert werden, haben wir insgesamt 2,5 Millionen Euro für den Ausbau eines niedrigschwelligen Betreuungsangebots bereitgestellt – und weitere 2,32 Millionen Euro für eine aufsuchende Sprachstandserhebung bei Kindern, die keine Kita besuchen, sowie für die Stärkung der Sprachförderung in den Kitas mit zusätzlichen Fachkräften. Weitere 1,5 Millionen Euro stehen für zusätzliche Schwerpunktgruppen in Kitas zur gezielten Unterstützung von Kindern mit Behinderungen oder Förderbedarf zur Verfügung. Mit zusätzlichen 1,24 Millionen Euro wollen wir die Ausstattung an den Grundschulen – orientiert an ihrer Größe und ihrem Sozialindikator – ver-

bessern. Aus dem Bremen-Fonds finanzieren wir 40 zusätzliche Stellen für Doppelbesetzungen an Grundschulen in Stadtteilen mit besonderen Herausforderungen.

Zum 1. Februar 2022 wurde das Institut für Qualitätsentwicklung im Land Bremen (IQHB) als eigenständige Einrichtung gegründet, das künftig von seinem Sitz im Tabakquartier aus dafür sorgen wird, dass sich die schulische Bildungsqualität stetig weiter verbessert.

Wissenschaft

Auch dank der Förderung der Digitalisierung der Hochschulen, der Forschung und Lehre und Verwaltung über Sonderprogramme aus dem Bremen-Fonds, die auch 2022/2023 fortgeführt werden, konnte der Lehr- und Forschungsbetrieb trotz der Corona-Pandemie aufrechterhalten werden. Dabei haben wir auch die Studierenden gezielt unterstützt: Wir haben erreicht, dass sich für Studierende über die Verlängerung der sogenannten individuellen Regelstudienzeit auch auf das Wintersemester 2021/2022 der BAföG-Bezug unbürokratisch verlängert. Profitieren sollen Studierende auch von der Verbesserung von Teilzeitstudienmöglichkeiten. Dafür setzen wir uns weiterhin ein.

Trotz einer extrem schwierigen Haushaltslage konnten wir erreichen, dass im Wissenschaftshaushalt nicht gekürzt wird. Im Gegenteil: Der Etat steigt um 14,7 Millionen Euro in 2022 und 9,6 Millionen Euro in 2023, sodass weitere Schritte bei der Umsetzung des Wissenschaftsplans gegangen werden können. Darüber hinaus werden für die Hochschulinfrastruktur aus dem Bremen-Fonds zusätzlich 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, mit denen die Attraktivität und Leistungsfähigkeit der Wissenschaftsstandorte Bremen und Bremerhaven nachhaltig gestärkt werden sollen.

Sozial-, Jugend-, Integrations- und Antidiskriminierungspolitik

Die Pandemie hat besonders Kinder und Jugendliche schwer getroffen. Aus diesem Grund wird auf unsere Initiative in den Haushaltsberatungen hin zunächst bis Ende 2023 die FamilienCard eingeführt. Diese soll allen Kindern und Jugendlichen im Alter von 0 bis 17 Jahren – unabhängig vom Geldbeutel – mit einem jährlichen Budget von 60 Euro den Zugang zu ausgewählten Angeboten in den Bereichen Sport, Freizeit und Kultur ermöglichen.

Das Landesprogramm „Lebendige Quartiere“ stellt weiterhin einen zentralen Baustein dar, um

das Auseinanderdriften der Quartiere zu verhindern und mittelfristig Armut abzumildern. In den Haushaltsberatungen haben wir zudem erreicht, dass das Angebot Unterstützung im Quartier (UiQ), welches zugewanderten und geflüchteten Menschen hilft, weitergeführt wird.

Auch die Pflege muss aus unserer Sicht viel stärker in den Quartieren verankert werden. Für die Verbesserung der Pflege vor Ort haben wir daher jeweils 350.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023 im Haushalt sichergestellt. Um dem Fachkräftemangel in der Pflege zu begegnen, ist aus unserer Sicht eine tarifliche Bezahlung ein wesentlicher Baustein – und dies konnten wir mit einem neuen Tarifgesetz erreichen.

Weitere Initiativen im sozialpolitischen Bereich waren unter anderem der Beschluss eines breiten Bündels von Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche besser vor Missbrauch zu schützen, die Erarbeitung einer Digitalisierungsstrategie für die Offene Jugendarbeit und die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle.

Gleichstellung und Queer

Wir haben den „Landesaktionsplan gegen Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ auf den Weg ge-



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Mustafa Güngör diskutierte das Konzept der 10-Minuten-Stadt mit Bürger:innen im Rahmen einer Veranstaltung in Osterholz

bracht – ein zentraler Baustein für den Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt. Zudem haben wir uns dafür eingesetzt, dass geschlechtsspezifische Morde nicht bagatellisiert, sondern als solche erkannt sowie konsequent und angemessen bestraft werden.

Auf unsere Initiative hin hat die Bürgerschaft Bremen zum Freiheitsraum für LGBTQIA+ erklärt. Damit schließt sich das Land einer Initiative des EU-Parlamentes an – und setzt ein deutliches Zeichen gegen homo-, queer-, und transphobe Entwicklungen in einigen europäischen Ländern. Ebenso haben wir dafür gesorgt, dass Hasskriminalität gegen queere Menschen künftig besser bekämpft werden soll.

Sport

Alle Kinder sollen Schwimmen lernen – das bleibt uns ein zentrales Anliegen. Deswegen haben wir unter anderem durchgesetzt, dass Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren weiterhin nur 1 Euro Eintritt in Freibädern bezahlen und in den Haushaltsberatungen erreicht, dass das mobile Schwimmangebot des Vereins „Schwimm mit e.V.“ weiterhin finanziell unterstützt wird.

Unterstützen wollen wir die Vereine bei ihrer wichtigen Arbeit zudem bei der Gewinnung von Übungsleiter:innen. Deswegen fördern wir in diesem und im kommenden Jahr 100 C-Lizenzen finanziell – ein notwendiger und wichtiger Beitrag zur Stärkung des Breitensports.

Wirtschaft

Wir wollen Bremen als bedeutenden Wirtschaftsstandort erhalten und zukunftsfest aufstellen. Von zentraler Bedeutung ist dafür, dass genug Gewerbeflächen vorgehalten werden, damit Unternehmen sich vergrößern oder neu ansiedeln können. Dafür haben wir uns bei der Weiterentwicklung des Gewerbeentwicklungsprogramms erfolgreich eingesetzt.

Auf unsere Initiative hin hat die Bürgerschaft ein deutliches Zeichen zur Sicherung des Airbus-Standortes und zum Erhalt der Flügelproduktion gesetzt – und damit zur Sicherung des Luft- und Raumfahrtstandortes Bremen.

Außerdem wurde unter anderem die Gründung eines Kompetenzzentrums für nachhaltige Logistik im Land Bremen auf den Weg gebracht und mit weiteren Initiativen die Ausrichtung Bremens hin zu Zukunftstechnologien unterstützt. Zentral sind dabei die Wasserstoffwirtschaft, eine nachhaltig ausgerichtete Industrie sowie die Digitalisierung. Daher haben wir in den Haushaltsberatungen durchgesetzt, dass der bremische Creative Hub auch weiterhin finanziell gut ausgestattet ist.

Arbeit

Nachdem wir den Landesmindestlohn auf 12 Euro pro Stunde angehoben haben, wollen wir dessen Gültigkeit ausdehnen. Deswegen haben wir auf den Weg gebracht, dass dieser auch auf europaweite Vergabeverfahren ausgedehnt wird.

Bessere Arbeitsbedingungen sind auch unser Ziel in der Logistikbranche. Wir haben einen Branchendialog ins Leben gerufen, um die Beschäftigungsbedingungen sukzessive zu verbessern. Der Verbesserung von Arbeitsbedingungen dient auch unsere Initiative, Arbeitsschutzkontrollen zu verstärken und dazu die Gewerbeaufsicht personell zu verstärken. Zudem wurden weitere Schritte hin zu einer Ausbildungsumlage unternommen – ein Prozess, den wir weiter aktiv begleiten und voranbringen werden.

Seehäfen und Schifffahrt

Unsere Häfen sind und bleiben von zentraler Bedeutung für den Wirtschaftsstandort Bremen und bieten vielen Menschen Arbeit. Damit das so bleibt, investieren wir nicht nur in wichtige Bauvorhaben, sondern haben uns auch dafür eingesetzt, dass sie zukunftsfähig im Sinne des Klimaschutzes und der Digitalisierung aufgestellt werden. So sollen die bremischen Häfen Orte der Wasserstoffversorgung und -produktion sowie Orte für Innovationen im Bereich der wasserstoffbetriebenen Mobilität werden. So setzen wir uns dafür ein, ein Wasserstofftestzentrum in Bremerhaven zu eröffnen.

Inneres und Justiz

Wir stehen für ein sicheres und sauberes Bremen. Daher haben wir uns für mehr Polizist:innen und

Mitarbeiter:innen im Ordnungsdienst eingesetzt. Der Ordnungsdienst soll weiter in der Fläche in der gesamten Stadt wirken, daher haben wir beschlossen, in Blumenthal und Tenever Außenstellen des Ordnungsdienstes einzurichten. Mittelfristig wollen wir das auf die weiteren Stadtteile ausweiten. Bei der Polizei konnten wir im Jahr 2021 einen Rekordjahrgang mit insgesamt 225 neuen Bewerber:innen für die Polizeiausbildung gewinnen. Diese Zahl soll weiter erhöht werden. Fünf zusätzliche Bewerber:innen werden dabei für die Ortspolizeibehörde Bremerhaven eingesetzt. Auch haben wir im Haushalt Mittel für eine bessere Ausstattung der Beamt:innen bereitgestellt – alle sollen künftig mit Bodycams ausgestattet werden.

Wir haben nach den Vorfällen bei der Feuerwehr eine entsprechende Gesetzesänderung umgesetzt, sodass die oder der unabhängige Polizeibeauftragte zusätzlich auch Beauftragte:r für die stadtbremische Feuerwehr wird. Anfang 2022 wurde Sermin Riedel als Polizei- und Feuerwehrbeauftragte gewählt.

Hass und Hetze im Netz sagen wir den Kampf an. Dazu bedarf es einer ganzen Reihe von Maßnahmen aus Prävention, Opferschutz, Beratung, Ermittlung und Strafverfolgung. Es soll eine zentrale Meldestelle eingerichtet und die frühe Aufklärung und Sensibilisierung von Kindern und Jugendlichen sowohl in als auch außerhalb der Schulen vorangetrieben werden.

Im Bereich Justiz haben wir zum Beispiel eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte von Richter:innen erreicht. Zudem setzen wir uns für eine Ausweitung und Professionalisierung der Angebote der psychosozialen Prozessbegleitung ein. Im Haushalt haben wir außerdem die Mittel für eine ausreichende Betreuung Strafgefangener durch muslimische Geistliche durchgesetzt – die Zahl der zur Verfügung stehenden Stunden wird verdoppelt.

Beiräte und Bürgerbeteiligung

Die Möglichkeiten der Bürger:innenbeteiligung werden weiter ausgeweitet. Als Ergänzung zu den bereits bestehenden Formaten und Gremien sollen sich zukünftig Bürger:innenforen mit konkreten Fragestellungen befassen – eine Chance,

Menschen am politischen Willensbildungsprozess teilhaben zu lassen, die bisher leider eher unterrepräsentiert sind. In den Haushaltsberatungen haben wir zudem Geld für eine konkrete Ehrenamtsstrategie und für einen Unterstützungsfonds für Vereine bereitgestellt.

Stadtentwicklung und Bau

Wir wollen verhindern, dass Gebäude leer stehen und verfallen. Denn zum einen geht hier Wohnraum unnötig verloren, und zum anderen haben verwahrloste Immobilien negative Auswirkungen auf die Nachbarschaft. Aus diesem Grund haben wir das Wohnraumschutzgesetz noch einmal nachgeschärft und dadurch ein noch besseres Instrument in der Hand.

Wohnraum entsteht auch gezielt für Auszubildende. Das Azubi-Wohnheim, für das wir uns als Fraktion lange eingesetzt haben, entsteht und soll im Jahr 2023 bezugsfertig sein.

In den Haushaltsberatungen haben wir uns dafür eingesetzt, dass die Kosten für die Mitgliedschaft in einem Mieterverein für die Bezieher:innen von Transferleistungen von Bremen übernommen werden. Außerdem gibt es mehr Geld für die Wohngeldstelle, damit Anträge schneller geprüft und bearbeitet werden können. Auch das Beiratsgebiet Gröpelingen haben wir mit der Bereitstellung einer hochrangigen Personalstelle gestärkt.

Wir haben im Brebau-Skandal klar Position bezogen: Es darf keine Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt geben – und eine städtische Gesellschaft ist hier besonders in der Pflicht. Dass Daten zu persönlichen Merkmalen und insbesondere Herkunft systematisch erhoben worden sind, ist ein Skandal, der sich nicht wiederholen darf. Deswegen haben wir schon bei Bekanntwerden der schweren Vorwürfe eine lückenlose Aufklärung gefordert und diese eng begleitet.

Die Entwicklung der Innenstadt ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft Bremens. Wir sind überzeugt, dass eine Verlegung der Straßenbahn in die Martinstraße zu einer deutlichen Erhöhung der Aufenthaltsqualität in der Obernstraße beitragen kann. Dies haben wir in einem Positionspapier gemeinsam mit der Landesorganisati-



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Oben: Im Mai stellten Mustafa Güngör und Volker Stahmann, Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der Fraktion, auf einer Pressekonferenz ein Positionspapier zur Gewerbeflächenentwicklung vor

Unten: Unterstützung für das Bremer Airbus-Werk: Mustafa Güngör und Carsten Sieling demonstrierten mit den Beschäftigten für den Erhalt der Flügelproduktion am Standort

on festgehalten. Und deswegen haben wir eine entsprechende Machbarkeitsstudie entschieden eingefordert.

Verkehr

Für uns steht fest: Wir können nur gemeinsam mit den Akteuren vor Ort zu guten, tragfähigen Lösungen kommen – sei es bei Einbahnstraßenregelungen in der Innenstadt oder bei der Einführung von Anwohnerparkzonen in den Quartieren.

Einen entscheidenden Beitrag zur Zukunft des Verkehrs wird mit Sicherheit die Elektromobilität

als klimaschonende Alternative zum Verbrenner leisten. In einem Positionspapier haben wir uns dazu grundsätzlich aufgestellt und fordern einen schnellen und entschiedenen Ausbau der entsprechenden Ladeinfrastruktur.

Attraktiver gestaltet werden muss auch der ÖPNV – und zwar sowohl preislich als auch vom Angebot her. Wir haben daher das Jugendticket für Bremen und Bremerhaven an den Start gebracht. Schüler:innen, Auszubildende und alle, die sich im Bundesfreiwilligendienst engagieren, können jetzt ab August für 360 Euro im Jahr öffentliche Verkehrsmittel im gesamten Verkehrsverbund

Bremen/Niedersachsen nutzen. Das verbessert die Teilhabechancen junger Menschen, ist gut für Kinder, Jugendliche und Familien – und gut fürs Klima. Überall in Bremen innerhalb von kurzer Zeit eine Haltestelle zu erreichen und das Angebot dadurch attraktiver zu machen, ist zudem auch Teil unseres Konzeptes zur 10-Minuten-Stadt.

In den Haushaltsberatungen haben wir zudem Mittel bereitgestellt, damit weitere Schritte zur Straßenbahnverlängerung in Osterholz ermöglicht werden, ebenso wie eine Prüfung, wie die Straßenbahnlinie 5 durch zusätzliche Halte im Bremer Westen besser angebunden und über Schwachhausen bis zur Universität verlängert werden kann.

Klima, Umwelt, Energie und Landwirtschaft

Mit den Ergebnissen der Klima-Enquetekommission ist uns ein „großer Wurf“ Richtung Klimaneutralität Bremens gelungen. Gemeinsam mit Sachverständigen haben wir einen Plan vorgelegt, wie Bremen bis 2030 ca. 60 Prozent und bis 2038 ca. 95 Prozent seines CO2-Ausstoßes verringern kann. Zentral ist für uns die geplante schrittweise

Umstellung des Stahlwerks auf eine klimaneutrale Produktion bis 2033, einhergehend mit der Sicherung der dortigen Beschäftigung. Im Bereich Energieversorgung setzen wir auf weniger Verbrauch mittels Förderprogrammen zur energetischen Gebäudesanierung und mehr Erneuerbare Energien durch die Forcierung des Solarstromausbaus. Beim Thema Verkehrswende legten wir ein Sondervotum ein. Um CO2-Emissionen zu vermeiden, werden wir vor allem den Pendler- und Berufsverkehr in den Blick nehmen. Wir wollen Alternativen zum PKW mit Verbrennungsmotor schaffen, indem wir den ÖPNV entsprechend ausbauen und den Umstieg auf Elektromobilität forcieren.

Mit einer Initiative haben wir vom Senat zudem ein Konzept für mehr Urban Gardening in Bremen eingefordert. Gerade in städtebaulich benachteiligten Stadtteilen wie beispielsweise Grohn, Gröpelingen, Vahr oder Tenever sehen wir die Möglichkeit, mit öffentlichen Gärten eine Alternative zu fehlenden privaten Gärten zu schaffen.

Bei dem Bauvorhaben einer neuen Klärschlammverbrennungsanlage in Oslebshausen haben wir die Einbeziehung der Bürger:innen von Oslebshausen durch die Einrichtung eines Runden Tischs gefordert, um ihren Sorgen Rechnung zu tragen.

Kultur

Die vielfältige Kulturlandschaft in Bremen war in besonderem Maße von den Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus betroffen. Deswegen brauchte sie auch in besonderem Maße unsere Unterstützung. Diese haben wir gewährleistet zum Beispiel durch die Fortsetzung eines Stipendienprogramms für freischaffende Künstler:innen, finanzielle Hilfe privater, nicht institutionell geförderter kultureller Einrichtungen in fortgesetzter Notlage oder auch die Unterstützung des Neustarts nach der Schließung.

Weitere Schritte sind wir zudem beim Bremer Erinnerungskonzept Kolonialismus gegangen. Zusätzlich haben wir in den Haushaltsberatungen Gelder für ein Forschungsprojekt und zur Unterstützung des Überseemuseums bei der Erforschung und Rückgabe von kolonialen Kulturgütern bereitgestellt.

Ebenfalls in den Haushaltsberatungen durchgesetzt haben wir unter anderem Geld für die bessere Vernetzung der Kultur in Bremen Nord, die Einrichtung der Stelle eines oder einer Musikpädagog:in für das Philharmonische Orchester Bremerhaven sowie den Erhalt der zusätzlichen

Stellen beim Jungen Theater Bremerhaven, die wir im Haushalt für die Jahre 2020 und 2021 eingerichtet haben.

Wir haben Musikclubs als Orte der Kultur anerkannt und die Einführung eines Bühnenbudgets beschlossen, um sie nach transparenten Kriterien langfristig und stärker zu fördern.

Bund, Europa, Internationales

Bremen und Bremerhaven sind weltoffene Städte. Und die Welt nehmen wir immer wieder in den Blick, ergreifen die Initiative und setzen im Parlament mit deutlichen Positionen Zeichen. Wir verurteilen alle menschenfeindlichen Anschläge und Kriege. Und das gilt auch für die Abschaffung der Todesstrafe, für die sich die Bürgerschaft erneut klar ausgesprochen hat.

Ein Grund zum Feiern war das 45-jährige Bestehen unserer Städtepartnerschaft mit Danzig im vergangenen September. Diese soll weiter gestärkt werden – und noch mehr der Begegnung der Bürger:innen dienen!



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Das Team der SPD-Fraktion, das sich am Lauf zur Venus beteiligte, ein Solidaritätslauf zugunsten krebserkrankter Menschen.



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

Der Fraktionsvorsitzende Mustafa Güngör stellt mit seinen Kolleg:innen von Grünen und Linken das Ergebnis der Haushaltsberatungen für die Jahre 2022 und 2023 vor



Alle Ausgaben des bremerFORUM sind auch auf der Homepage der Landesorganisation zu finden. Seit der Ausgabe 01-2020 gibt es den vorwärts mit allen Regionalausgaben auch als ePaper: www.spd.de/vorwaerts-epaper

Die SPD-Landesorganisation Bremen ist auf den folgenden Social Media Kanälen zu finden.

 twitter.com/SPDLandBremen

 facebook.com/SPDLandBremen

 instagram.com/spdlandbremen

 www.spd-land-bremen.de, www.spd-bremen.de

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) Seite 72

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) Seite 74

Arbeitsgemeinschaft 60 plus (AG 60 plus) Seite 76

Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt Seite 77

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) Seite 78

Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS) Seite 79

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG) Seite 80

Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) Seite 82

Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) Seite 83

Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer) Seite 84

Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv Seite 86

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos) in der SPD-Landesorganisation Bremen

Die Mitgliederversammlung der Jusos mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 11. Juli 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Sebastian Schmulger als Vorsitzender sowie Selin Ece Arpaz, Tom-Eric Grieme, Lisa Heukamp, Hilke Lüschen, Fabian Marx, und Jannik Michaelen als stellvertretende Vorsitzende. Die Mitgliederversammlung am 1. August 2021 wählte Makso Tunc für den zeitgleich ausgeschiedenen Jannik Michaelen zum stellvertretenden Landesvorsitzenden. Fabian Marx schied auf eigenen Wunsch zum 21. September 2021 aus dem Landesvorstand aus. Der Platz als stellvertretender Landesvorsitzender blieb anschließend vakant. Der Landesvorstand wählte Lara Gerecke erneut zur ehrenamtlichen Landesgeschäftsführerin und kooptierte Peter Ambos für den Aufgabenbereich „Homepage und Öffentlichkeitsarbeit“. Neben dem Landesvorstand bestehen innerhalb der Jusos thematische Arbeitskreise. Während der

AK Internationalismus aktuell wenig bespielt wird und internationale Austausche wegen Corona nicht stattfinden konnten, arbeitet der AK Feminismus sehr erfolgreich. Regelmäßige Formate sind eine FLINTA-Vernetzung, sowie der feministische Abend zur inhaltlichen Diskussion, der allen Mitgliedern des Verbandes offensteht.

Neben der Juso-Arbeit in den Unterbezirken und Arbeitskreisen wurde auch die Arbeit an den Hochschulen fortgesetzt. Aktuell besteht eine Juso-Hochschulgruppe an der Hochschule Bremen. An der Universität engagieren sich die Jusos bei der Bündnisliste „AStA für Alle – AfA“. Tom-Eric Grieme schied nach langjähriger Tätigkeit aus dem Amt als Landeshochschulgruppenkoordinator im Januar 2022 aus. Ihm folgen Carla Wemcken und Timm Neeland, die künftig die bremischen Hochschulgruppen vertreten. Schwerpunkt der Arbeit an den Hochschulen bleibt der Kampf

für mehr Mitbestimmung, studentischen Wohnraum und ein bezahlbares Studium.

Als dauerhaftes und gut angenommenes Format der Arbeit hat sich in den vergangenen Jahren der Juso-Stadtteiltag entwickelt. Gemeinsam mit den Ortsvereinen besuchen die Jusos dabei Einrichtungen im Stadtteil, lernen die politischen Probleme kennen und diskutieren Lösungen. Leider machte Corona phasenweise Besuche in den Quartieren schwierig – aber wir sind zuversichtlich, dass das Format weiter bestehen wird.

Das wichtigste politische Ereignis der letzten beiden Jahre war auch für die Jusos die Bundestagswahl. Mit unseren beiden jungen Kandidatinnen, Selin Arpaz und Lizza Besecke, haben wir aktiv am Wahlkampf der SPD mitgewirkt und auch eigene Akzente gesetzt. Hervorgehoben werden soll an dieser Stelle insbesondere die Beteiligung an der Plakatierung und an zahlreichen Info-Ständen – zusätzlich zum Engagement vieler Jusos in ihren Ortsvereinen. Für den Jugendwahlkampf hat die Juso-Landesorganisation gemeinsam mit den Un-

terbezirken verschiedene Aktionen durchgeführt, beispielsweise die Abstimmung über die wichtigsten Themen der Bundestagswahl, mehrere Sprühkreide-Einsätze oder eine Baustellen-Aktion zum Investitionsstau. Diese kreative Art, für die Bundestagswahl und die SPD zu werben, kam gut an. Die Genoss*innen berichteten von einem fast durchweg positiven Feedback.

Die Zeiten der verschiedenen Corona-Wellen haben die Jusos mit Online-Sitzungen überbrückt. Im ersten Lockdown richteten die Jusos kurzfristig eine Einkaufshilfe für Genoss*innen und Mitbürger*innen ein. Präsenzveranstaltungen mussten phasenweise verschoben werden. Im Februar 2022 beispielsweise konnte die traditionelle Rathausführung inklusive Gespräch mit Bürgermeister Bovenschulte nachgeholt werden. Der Termin war gut besucht und macht Lust auf die politische Arbeit für die kommende Legislatur des Landesvorstandes 2022–2024.

Sebastian Schmulger
Juso-Landesvorsitzender



FOTO: FALK WAGNER

Jusos auf dem bremer Rathausplatz



FOTO: SELIN ARPAZ

23. Februar 2022, Traditioneller Termin: Juso-Rathausführung mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA)

Die Mitgliederversammlung der AfA mit den Organisationswahlen fand am 2. März 2020 statt.

In den Vorstand wurden gewählt: Ernesto Harder (Vorsitzender), Bernd Brüggemann, Uwe Schmidt und Maren Wolter (stellv. Vorsitzende), sowie Dirk Bohlmann, Brigitte Dettmer, Bernd Dohrand, Annette Düring, Wolfgang Jägers, Peter Kruse, Rainer Kuhn, Peter Nowack, Volker Stahmann, Nicoletta Witt, Peer Rosenthal (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Wie alle, so waren auch wir durch die Pandemie in unserer Aktivität schwer beeinträchtigt. Ob betrieblich, partei- oder gewerkschaftspolitisch: unsere Kommunikation findet in Präsenz statt und ist digital nicht in Gänze aufzufangen. Auf Bundesebene der AfA musste der geplante Bundeskongress immer wieder verschoben werden und hat im Berichtszeitraum nicht stattfinden können.

Organisatorische Neuausrichtung der AfA

Allerdings konnten wir kurz vor dem ersten Lockdown unsere Organisationswahlen durchführen am 2. März 2020. Neben der personellen (Wieder-) Wahl von Ernesto Harder zum Landesvorsitzenden und des weiteren Landesvorstands, stand die organisatorische Neuausrichtung der AfA-Arbeit im Mittelpunkt. Ziel ist es, die Kräfte weiter zu bündeln und die AfA-Unterbezirke Bremen-Nord und Bremen-Stadt enger zusammenzuführen und perspektivisch zusammenzulegen. Der Unterbezirk in Bremerhaven soll davon unberührt bleiben und weiter mit dem neuen AfA-Unterbezirk Bremen im Landesvorstand wie gehabt zusammenarbeiten. Die Kooperation zwischen den beiden Unterbezirken in den vergangenen zwei Jahren war stets solidarisch und eng. Da unser thematischer Fokus auf „Arbeit“ und dem jeweiligen „Arbeitsplatz“ liegt und viele Genoss*innen in Nord arbeiten und in Stadt leben oder umgekehrt, wurde klar, dass eine Zusammenlegung der beiden Unterbezirke inhaltlich Sinn machen würde. Auch

wäre eine Zusammenlegung formal möglich, wenn die beiden SPD-Unterbezirke dem zustimmen würden. Wir hoffen, dass im zeitlichen Rahmen der anstehenden Amtsperiode eine Zusammenlegung der AfA-Unterbezirke Bremen-Nord und Bremen-Stadt umgesetzt werden kann. Die bisherigen Mitgliederversammlungen der AfA sprachen sich für diese Zusammenlegung aus.

Inhaltliche Schwerpunkte der AfA

Inhaltlich konzentrierte sich die Arbeit des AfA-Landesvorstands auf drei Schwerpunkte, die wir in regelmäßig stattfindenden Treffen diskutiert und z. B. auf dem Landesparteitag eingebracht haben:

1. Corona-Hilfen mit der sozial-ökologischen Transformation verknüpfen

Bund und Land haben schnell und mit einem quantitativ angemessenen Rahmen auf die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie reagiert. Nichtsdestotrotz müssen die staatlichen Hilfen weiterentwickelt und auf die Bedarfe von Beschäftigten aber auch von Unternehmen geschärft werden. Schon vor der Krise befanden wir uns in einer Phase der sozial-ökologischen Transformation. Die Corona-Krise hat daran nichts geändert, sondern bestimmte Entwicklungen eher beschleunigt. Umweltschutz und Beschäftigungsschutz dürfen und müssen auch nicht gegeneinander ausgespielt werden, auch nicht in der Industrie.

2. Förderung der Tarifbindung

Da Tarifverträge ein wesentlicher Baustein in der sozialen Regulierung von Arbeit in Deutschland darstellen und einen wichtigen Beitrag für eine gerechte Einkommensverteilung und eine Reduzierung der Lohnungleichheit leisten, muss die Erosion der Tarifbindung gestoppt und eine Trendumkehr erreicht werden. Wir unterstützen den Senat und die Fraktion daher in ihrem Anliegen, mit einem novellierten und deutlich erweiterten Tariftreue- und

Vergabegesetz bei allen öffentlichen Aufträgen Tariftreue sicherzustellen. Damit wird der Grundsatz umgesetzt: Wer Aufträge vom Staat bekommt, muss gute Arbeit garantieren. Wir freuen uns, dass insbesondere der Präsident des Senats und die SPD-Bürgerschaftsfraktion sich eindeutig hinter das neue Tariftreue- und Vergabegesetz stellen.

3. Bildungs-Fonds

In der Corona-Krise wurde deutlich, dass viele Betriebe die Anzahl ihrer Ausbildungsplätze weiter reduzieren oder nicht besetzen, zumindest in der freien Wirtschaft. Allerdings gibt es auch zahlreiche Unternehmen, die mit gutem Beispiel vorangehen, ihrer Verantwortung gerecht werden und weiterhin ausbilden. Auch im Bereich der öffentlichen Unternehmen und des öffentlichen Dienstes sind zusätzliche Ausbildungsplätze entstanden. Daher ist es wichtig, die im Koalitionsvertrag vereinbarte Umlagefinanzierung auch tatsächlich umzusetzen und in dieser Legislaturperiode einzuführen. Die Umlage ist kein Bestrafungs- oder Bußgeld-Instrument, sondern dient der Stärkung des dualen Ausbildungssystems, da die Ausbildungskosten solidarisch zwischen den Betrieben aufgeteilt werden. Dies ist im Interesse aller Unternehmen, da der Bedarf an Fachkräften im demografischen und technologischen Wandel weiter steigen wird und die Finanzierung der Ausbildungsinvestitionen nicht nur von den ausbildenden Betrieben getragen werden sollte. Neben einer Kompensation der Ausbildungskosten sollte mit der Umlage zudem ein Unterstützungssystem für Betriebe und Auszubildende etabliert werden. Durch solch ein Unterstützungssystem soll der Ausbildungserfolg vor dem Hintergrund einer Vielzahl vorzeitig gelöster Ausbildungsverträge und nicht bestandener Abschlussprüfungen gesichert werden.

Bundestagswahlkampf

Im Rahmen des Bundestagswahlkampfs haben sich die Aktiven und Funktionär*innen in den jeweiligen Ortsvereinen und SPD-Unterbezirken engagiert. Im Wahlkreis von Uwe Schmidt gab es eine sehr enge Einbindung ins engere Wahlkampfteam des Kandidaten auf Grund der Nähe Uwes zur AfA als Stellvertretender Landesvorsitzender. Aber natürlich auch mit und für Sarah Ryglewski haben wir uns im Wahlkampf engagiert. Die AfA organisierte eine Diskussionsveranstaltung mit ihr, zu der Gewerkschafter*innen eingeladen wurden – leider war dies auch nur digital möglich. Ein Diskussionspapier zum Thema „Wer zahlt für die Krise?“ entstand in diesem Rahmen, in dem u. a. Unterstützung für Beschäftigte, die auf Grund der Pandemie Arbeitsplatz und/oder Einkommen verloren. Konkret forderten wir zum Beispiel Unterstützung von Beschäftigten in Kurzarbeit, die unter den Progressionsvorbehalt fielen. Sarah Ryglewski nahm diese Vorschläge mit in die Bundespolitik und unterstützte damit das Anliegen der AfA.

Ernesto Harder

AfA-Landesvorsitzender

Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 4. September 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Arno Gottschalk (Vorsitzender), Ekkehard Grimm, Werner Stitz, Klaus Möhle und Holger Störmer (stellv. Vorsitzende), Michael Breidbach (Schriftführer) sowie Gerda Altenburg, Dieter Blanke, Peter Busch, Brigitte Dettmer, Monika Eckhardt, Ursula Frenzel, Bernd Grottko, Friedrich Rohde, Dieter Schulze, Dietmar Stadler, Cornelis van Raamsdonk und Klaus Watermann (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Für die beiden Berichtsjahre hatte sich die Arbeitsgemeinschaft als einen neuen Schwerpunkt vorgenommen, die Kontakte und den Austausch mit anderen Seniorenorganisationen bzw. den älteren Menschen wichtiger Organisationen auszubauen. Dies sollte zum einen insbesondere in den gewerkschaftlichen und sozialpolitischen Bereich geschehen. Zum anderen sollten Besuche bei der jüdischen Gemeinde, der Schura sowie bei ausgesuchten migrantischen Vereinen erfolgen. Getragen war diese Absicht vor allem von der Überlegung, dass im politischen Raum bislang nur wenig über die spezifischen Anliegen von zugewanderten älteren Menschen bekannt ist und die SPD AG 60 plus hier eine wichtige Brückenfunktion erfüllen könnte.

Bedingt durch die ab März 2020 aufziehende Corona-Pandemie konnte dieses neue Projekt in der Berichtszeit jedoch nicht umgesetzt werden, da solche Besuche in dieser Zeit nicht möglich oder ratsam waren.

Da ältere Menschen durch COVID-19 besonders gefährdet sind, wurde die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft insgesamt bis in den Sommer 2021 hinein stark beeinträchtigt. Dies umso mehr, da das Instrument Videokonferenzen nur einen sehr geringen Anklang fand. Die Arbeit beschränkte sich daher lange Zeit auf den regelmäßigen Austausch über aktuelle politische Themen zwischen den Mitgliedern des geschäftsführenden Vor-

stands. Zusätzlich wurden per E-Mail regelmäßige Informationen über die Entwicklung der Corona-Pandemie an die Mitglieder versandt – nicht nur um praktische Verhaltensratschläge zu geben, sondern vor allem auch, um die AG-Mitglieder zu befähigen, die Entwicklungsdynamik der Pandemie besser einordnen zu können.

Nach den Sommerferien 2021 und den raschen Impffortschritten in Bremen wurden die monatlichen Sitzungen wieder aufgenommen. Im Vordergrund stand dabei zunächst der Wahlkampf für die Bundestagswahl. Daneben befasste sich die Arbeitsgemeinschaft intensiver mit der Frage, wie die Arbeit der AG 60 plus und die Mitwirkung von Sozialdemokraten in der bremischen Seniorenvertretung intensiver miteinander verzahnt und gestärkt werden kann. Ein Ergebnis war, dass hierzu künftig vierteljährlich ein Austausch erfolgen soll.

Inhaltlich konzentrierte sich die Arbeitsgemeinschaft dann auf den Erhalt von Bank- und Sparkassenfilialen, die Sicherung des Zugangs und der Verwendung von Bargeld, den Ausbau niedrigschwelliger Beratungsangebote der Verbraucherzentrale in den Quartieren, die stärkere Beachtung der besonderen Gefährdung älterer Menschen durch den Klimawandel, insbesondere der drohenden Zunahme von Hitzewellen, die eingehendere Befassung mit den Mobilitätsbedürfnissen älterer Menschen bei der Weiterentwicklung der Verkehrspolitik sowie auf die Schaffung von mehr Transparenz und Kontrolle bei den Investitionskosten, die bei der stationären Pflege von den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zu zahlen sind.

Ein geplantes Informations- und Weihnachtstreffen mit dem Vorstand der SPD-Fraktion musste leider wegen der wiederaufflammenden Pandemie wieder verschoben werden.

Arno Gottschalk
AG 60 plus-Landesvorsitzender

Die Mitgliederversammlung der AG Migration und Vielfalt mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 11. März 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Virginie Kamche (Vorsitzende); Bärbel Kühn und Valentina Tüchel (stellv. Vorsitzende) sowie Ibrahim Bagarkasi, Lucyna Bogacki, Maksim Khazanov, Simon Röhrs und Udo Schmidt (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Direkt danach haben wir uns getroffen, um die Arbeit unserer Arbeitsgemeinschaft zu planen. Wir haben uns entschieden, uns trotz Corona in sehr kurzen Abständen virtuell oder in Präsenz zu treffen.

Überblick

6. Mai 2020: Austausch über die Erstaufnahme-einrichtung (Entschärfung der Situation). Es ging auch darum zu überlegen, ob Informationen zu Corona-Maßnahmen in die Herkunftssprachen übersetzt werden sollten.

18. September 2020: Präsentation und Diskussion des Haushalts 2020 der Freien Hansestadt Bremen und dessen Auswirkung auf den Integrationsprozess im Lande Bremen.

4. Mai 2021: Diskussion mit Gönül Bredehorst, bildungspolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, über das Bildungssystem und die Mehrsprachigkeit in Bremen.

5. Mai 2021: Die Landesvorsitzende hat im Vorstand des Unterbezirks Bremen-Stadt das Gesamtkonzept Migration präsentiert.

27. August 2021: Veranstaltung mit dem Spitzenkandidaten Uwe Schmidt im WK 55

Thema: Ernährung und Landwirtschaft
Fragestellungen: Wie können Angebote der zugewanderten Communities von Bremen und Bremerhaven zukünftig schneller und besser unterstützt werden? Migration und Zuwanderung – Was bedeutet es für Sprache, Kultur und Wirt-

schaft? Was haben wir erreicht und was wird noch benötigt?

4. September 2021: Veranstaltung mit der Spitzenkandidatin Sarah Ryglewski im WK 54

Thema: Ohne Kita-Platz, ohne Wohnraum ist Integration einfach schwierig.

20. November 2021: Teilnahme an der Online-Sitzung des Bundesausschusses.

Beschlüsse: Perspektive für Menschen aus Afghanistan, Evakuierungsmaßnahmen aus Afghanistan fortsetzen; Perspektivenwechsel: Nicht Grenzen, sondern Menschen an der polnisch-belarussischen Grenze schützen.

9. Februar 2022: Vorbereitung der Jahreshauptversammlung am 10. März 2022.

Die AG möchte sich gerne für weitere Themen engagieren: z. B. Antisemitismus-Beauftragter, Anerkennung von ausländischen Abschlüssen, Wirtschaft. Bis zur nächsten Bürgerschaftswahl wollen wir ein Treffen mit dem Parteivorsitzenden der Landesorganisation und Einzelabgeordneten durchführen.

Die Landesvorsitzende nimmt regelmäßig an den Sitzungen des Landes- und Bundvorstandes der Arbeitsgemeinschaft teil.

Durch die zunehmende Aktualität des Themas, durch das Engagement des Vorstandes und der Mitglieder ist unsere Arbeitsgemeinschaft bekannter geworden, sodass die Anzahl der Mitglieder sowie der Interessierten zugenommen hat.

Virginie Kamche
AG Migration und Vielfalt
Landesvorsitzende



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Sozialdemokratischer Frauen (ASF)

Die Mitgliederversammlung der ASF auf der Landesebene mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 10. September 2020 statt.

In den Vorstand wurden gewählt: Shantha Chaudhuri (Vorsitzende), Petra Jäschke-Köhnken und Gabriele Schüssler als stellvertretende Vorsitzende, Annika Barlach als Schriftführerin und Lizza Besecke, Katy Blumenthal, Betül Demir und Katharina Riebe als Beisitzerinnen.

Die ASF-Vorstandssitzungen auf der Landesebene fanden ausschließlich digital statt. Da auch in vielen anderen Gremien die Zusammenarbeit ausschließlich in digitalen Formaten erfolgte, konnte der Austausch zwischen den Akteurinnen nicht immer im gewünschten Umfang stattfinden.

Dennoch haben wir uns – auch im Hinblick auf die Bundestagswahl im September 2021 – zu vielen frauenpolitisch relevanten Themen austauschen und positionieren können. Exemplarisch seien folgende Themen genannt: Umsetzung der Istanbul-Konvention auf Bundes- und Landesebene, Parität in Parlamenten, Abschaffung des Ehegattensplittings, Einführung der Brückenteilzeit und Gender-Budgeting. Zudem haben wir mehrfach diskutiert, was wir gegen die erheblichen pandemiebedingten Mehrbelastungen der Frauen tun können und wie wir einem Roll-Back in veraltete und überholte Abhängigkeitsstrukturen verhindern. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass einerseits überwiegend Frauen in den psychisch und physisch belastenden systemrelevanten Berufen arbeiten und andererseits Homeschooling und Care-Arbeit zum großen Teil von Frauen abgeleistet wurde und wird, war auch die Zunahme der häuslichen Gewalt ein Aktionsschwerpunkt mit externen Akteurinnen.

Die für das Jahr 2020 turnusgemäß anstehende ASF-Bundeskongress konnte nicht in Präsenz stattfinden, sondern wurde im Juni 2021 als di-

gitale Version nachgeholt. Auf der ASF-Bundeskongress 2021 in Berlin wurde Shantha Chaudhuri in den geschäftsführenden ASF-Bundesvorstand gewählt. Die ASF-Vorsitzende im Unterbezirk Bremen-Stadt, Annika Barlach, war Mitglied der Antragskommission zur Bundeskongress und vertritt die ASF des Landes Bremen auch weiterhin im Bundesausschuss. Eine regelmäßige Teilnahme an den Sitzungen war somit durchgehend gewährleistet.

Nachdem das jährlich von der ASF-Landesorganisation veranstaltete Schafferinnenmahl im Dezember 2020 aufgrund der Corona-Kontaktbeschränkungen leider ausfallen musste, konnte es am 10. September 2021 als digitales Format realisiert werden. Als Gastrednerin haben wir die Radio Bremen Intendantin Yvette Gerner gewinnen können, die über das Thema Gleichstellung in den Medien referierte und den eingeladenen Frauen einen spannenden Einblick in ihr Aufgabengebiet gewährte. Wir hoffen sehr, dass wir im Jahr 2022 wieder ein Schafferinnenmahl in Präsenz durchführen können.

Die ASF-Landesvorsitzende hat regelmäßig an den Gesamtvorstandssitzungen des Landesfrauenrates Bremen teilgenommen. Katharina Riebe war von 2019 bis 2021 Schatzmeisterin und 2. Vorsitzende des Landesfrauenrates. Antje Jess ist seit Juni 2021 Beisitzerin im Vorstand des Landesfrauenrates. Die ASF hat sich im Landesfrauenrat aktiv zum Gleichstellungsgesetz in der Privatwirtschaft und zur Umsetzung des CEDAW Abkommens der Vereinten Nationen (Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination against Woman – Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau) eingebracht.

Im Oktober 2021 haben die ASF-Landesvorsitzende und die Stellvertreterin Gaby Schüssler an einer ausschließlich an Frauen gerichteten Konferenz der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Bremen in der Partnerstadt Danzig teilgenommen.

Die Konferenz war eingebettet in die Deutsche Woche des Generalkonsulats in Danzig und in das 30-jährige Jubiläum der Gesellschaft Polen-Deutschland. Neben dem Besuch des Europäischen Zentrums für Solidarität standen ein Treffen mit der Vizepräsidentin der Stadt Danzig für Gleichstellung und ein Informationstag mit den Aktivistinnen der Danziger Frauenorganisationen auf dem Programm.

Abschließend möchte ich mich im Namen des ASF-Landesvorstandes bei allen Genossinnen und Genossen bedanken, die unsere Arbeit in den letzten Jahren aktiv unterstützt haben.

Shantha Chaudhuri
ASF-Landesvorsitzende

ARBEITSGEMEINSCHAFT

Selbständige (AGS)

Die Mitgliederversammlung der AGS mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 10. März 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Marcella Damprat-Tiefensee (Vorsitzende bis 10. März 2021) und Rainer Hamann (Vorsitzender), Basem Khan (stellv. Vorsitzender) und Wilhelm Karg (stellv. Vorsitzender bis 10. März 2021) sowie Sven Ohmstedt, Dominik Schönherr und Iris Spiess (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die Corona-Pandemie hat das öffentliche Leben und die Arbeit von Parteien, Vereinen usw. deutlich eingeschränkt – davon war auch die AGS im Land Bremen betroffen. Nach der letzten Organisationswahl im März 2020 hatten wir uns einige Ziele für die Arbeit der kommenden Monate gesetzt:

- Verbreiterung der Basis, also mehr Aktive für die Arbeitsgemeinschaft zu gewinnen
- Treffen und Besuche von Multiplikatoren um die Verbindung mit Interessengruppen außerhalb der Partei zu verstärken
- Entwicklung von Initiativen für Parteitage

Diskutiert haben wir über:

- Batterie- und Wasserstofftechnologien

- Business-/Science-Center in der Innenstadt
- Entwicklung der Innenstadt
- Situation in Bremen-Nord
- Bildungsmaterial für die berufliche Ausbildung/Weiterbildung

Corona-bedingt sind die regelmäßigen Treffen (monatlich) teilweise auf Online-Formate umgestellt worden. Während der letzten Monate haben sich mehrere Genossinnen und Genossen berufsbedingt aus der aktiven Parteilinie zurückgezogen. Vor diesem Hintergrund haben wir unsere Ziele also nicht erreicht. Die inhaltliche Arbeit – zum Beispiel Treffen mit Multiplikatoren – fanden nur noch in kleinsten Gruppen oder per E-Mail/Online-Konferenz statt, je nach Corona-Auflagen.

Besonders bedanken möchten wir uns beim SPD-Landesbüro, die Unterstützung bei organisatorischen Fragen war immer sehr gut.

Rainer Hamann
AGS-Landesvorsitzender

Basem Khan
stellv. AGS-Landesvorsitzender



der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die Mitgliederversammlung der ASG mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 11. März 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Winfried Brumma (Vorsitzender), Stephanie Dehne (stellv. Vorsitzende) sowie Birthe Körnich (Schriftführerin), Michael Buggisch, Regina Carstens, Susanne Fleckinger, Georg Kückelmann, Lukas Ohrnberger, Wolfram Seibert und Uwe Zimmer (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die Gesundheitspolitik hat – pandemiebedingt – aufregende zwei Jahre hinter sich gebracht. Diese historische Situation mit seiner enormen Dimension war einmalig und hat sich auf die Arbeit der ASG im Land Bremen ausgewirkt. Die Pandemie hat Themen verändert, sie wurden neu justiert und sie hat auch offengelegt, dass unser Gesundheitssystem ökonomisch auf Kante genäht ist. Die ASG erwartet, dass diese Pandemiephase nicht vergessen wird und zukünftig daraus die entsprechenden Lehren und Vorsorgemaßnahmen getroffen werden. Das betrifft unter anderem die Ausstattung des öffentlichen Gesundheitsdienstes, die pandemiebedingten Vorsorgemaßnahmen in Form von ausreichenden Kapazitäten in den Krankenhäusern, den Aufbau einer ausreichenden „Impf- und Testinfrastruktur“, die Anforderungen der Gesundheits- und Pflegevorsorge im Zeichen der Klimakrise sowie die Etablierung von Reha-Angeboten für die Behandlung von Long-Covid Erkrankungen.

Die Gesundheitspolitik ist Grundlage für viele Bereiche. Sie leistet wichtige Beiträge für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt, indem sie die Gesundheit der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen erhält, viele neue und bestehende Arbeitsplätze, auch in Bremen und Bremerhaven, generiert und eine wichtige Voraussetzung für eine gute Bildung und Ausbildung für unsere Kinder und Jugendlichen ist. Sie muss und sollte deshalb in der SPD ein zentrales Politikfeld sein und gehört für uns zur öffentlichen Daseinsvorsorge und darf nicht einseitigen Gewinninteressen unterworfen werden.

Die ASG beteiligte sich mit ihren Bremer Mitgliedern in Diskussionen und mit Forderungen aktiv an der Erstellung des Wahlprogramms zur Bundestagswahl. Hier gab es an vielen Punkten große Übereinstimmung. Unser Bremer ASG-Bundesvorstandsmitglied Stephanie Dehne konnte immer wieder den direkten Draht zur Bundesebene herstellen und unter anderem auch Probleme beim Finanzausgleich der Allgemeinen Ortskrankenkassen im Bundesvorstand ansprechen. Hierzu wurde durch den Bundesvorstand ein Prüfauftrag an das Bundesministerium für Gesundheit formuliert.

Die ASG als Forum für sozialdemokratische Gesundheitspolitik, hat auch Anstöße für parteiinterne Diskussionen gegeben. Auf Parteitagen und Vorstandssitzungen wurden Anträge eingebracht zu den Themen: „Forderungen der ASG Land Bremen zur Sicherstellung einer guten stationären Krankenhausversorgung im Land Bremen“, „Neue Gesundheits- und Pflegepolitik vor dem Hintergrund von COVID 19“ oder der aktuelle Antrag „erfolgreiche Gesundheitspolitik braucht auch wirksame Klimapolitik“. Weiter wurde auch ein Antrag zur Reform der Unabhängigen Patientenberatung Deutschland verabschiedet. Adressaten dieser beschlossenen Anträge waren der Landesparteitag, der Landesvorstand oder die Bundestagsfraktion.

Eingehend beschäftigte sich die ASG gemeinsam mit der ASJ und der Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv mit dem Thema „Triage“. Hier erging die Aufforderung an die SPD-Bundestagsfraktion, eine Position zu diesem Problem zu verabschieden und entsprechende Regeln zu formulieren.

In ihren regelmäßigen monatlichen Sitzungen haben sich die Mitglieder der ASG Land Bremen fachkompetent und intensiv mit weiteren Themen der Gesundheitspolitik beschäftigt. Ein besonderes Kennzeichen dieser Sitzungen ist, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus unterschiedlichen beruflichen Zusammenhängen kom-

men und dadurch ein sogenannter „Tunnelblick“ vermieden wird. Ein Dauerbrenner bei den monatlichen Sitzungen war die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage der Krankenhäuser. Durch das fehlende und überlastete Personal, die knappe Finanzierung der Personalkosten und die unzureichende Finanzierung der Investitionen war der Erhalt der Behandlungsqualität für die Patientinnen und Patienten ein zentraler Punkt der fachlichen Diskussionen im Kreis der ASG Land Bremen. Inzwischen gibt es eine Übernahme der Pflegepersonalkosten am Bett durch die Krankenkassen, eine langjährige Forderung der ASG. Wir wollen auch schrittweise das System der Fallpauschalen im Krankenhaus reformieren und unterstützen die gemeinsamen Forderungen von ver.di und Krankenhausgesellschaft zur PPR 2.0 (Pflegepersonalverordnung). Neben diesen Themen widmeten wir uns auch der regelmäßigen Begleitung der Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung in Bremen. Ein weiteres Thema war die am-

bulante ärztliche Versorgung in den Bremer Stadtteilen. Hierzu konnten wir die neuen Vertreter der Kassenärztlichen Vereinigung in Bremen zu einem Ideenaustausch gewinnen. Themen waren u. a. auch die Etablierung eines musiktherapeutischen Angebots, der Austausch mit der AOK Geschäftsführung und eine Diskussion zum Thema öffentlicher Gesundheitsdienst.

Die Auswirkungen der Pandemie haben das Interesse an der Gesundheitspolitik erhöht und auch zu weiteren ASG-Mitgliedern geführt. Es wurde auch noch einmal deutlich, wie eng die Zusammenhänge der Gesundheitspolitik mit anderen Themenfeldern sind und, dass eine gut funktionierende und ausreichend finanzierte Gesundheitspolitik eine Grundvoraussetzung für andere Politikbereiche ist.

Winfried Brumma
ASG-Landesvorsitzender



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)

Die Mitgliederversammlung der ASJ mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 15. September 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Klaus-Dieter Schromek (Vorsitzender), Shirin Dirks und Andreas Mackeben (stellv. Vorsitzende) sowie Jochen Bachmann, Renate Bartholomäus-Lüthge, Wolfgang Grotheer, Alexander Pallas, Kadriye Pile und Anneke Schmitt-Wenkobach (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die Corona-Pandemie hat im zurückliegenden Zeitraum auch unsere Arbeit stark beeinträchtigt. Präsenzveranstaltungen waren kaum möglich. Wir haben versucht, unseren Betrieb so gut es ging in Online-Formaten aufrechtzuerhalten. Sogar unsere Weihnachtsfeier 2020 hat per Video stattgefunden.

Die besorgniserregende Entwicklung der Inzidenzen und die damit einhergehende Belastung der Intensivstationen hat im Winter 2020/2021 die bange Frage einer Triage auf die Tagesordnung gesetzt. Die Parlamente in Land und Bund haben die Frage diskutiert, aber nicht entschieden. Vor allem Menschen mit Handicap waren und sind besorgt, in einer solchen Situation schlechter behandelt zu werden als andere. Wir haben diese Besorgnis aufgenommen und gemeinsam mit der AG Selbst Aktiv und der AG 60 plus das Thema beleuchtet. Am Anfang stand ein intensiver Austausch über viele damit zusammenhängende Fragen. In einem zweiten Schritt haben wir uns medizinische Sachkunde ins Boot geholt. Uns ist es gelungen, Herrn

Dr. med. Klaus Peter Hermes, Chefarzt Zentrale Notaufnahme Bremen Mitte und Mitglied des Bremer Krisenstabes, für einen Vortrag mit anschließender Diskussion zu gewinnen. Er hat uns schonungslos verdeutlicht, wie ernst die Situation auch in den Bremer Häusern war. Er hat uns aber auch das gute Gefühl vermittelt, dass das handelnde medizinische Personal alles tue, um allen Patientinnen und Patienten die bestmögliche Behandlung zukommen zu lassen.

Am 28. Dezember 2021 hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, dass der Gesetzgeber Vorkehrungen zum Schutz behinderter Menschen für den Fall einer pandemiebedingt auftretenden Triage treffen muss. Wir hätten es begrüßt, wenn der Gesetzgeber diese Einsicht schon zu Beginn der Pandemie und ohne Druck aus Karlsruhe gehabt hätte.

Aufsehen erregt hat im Herbst 2021 der Bericht eines pensionierten Generalstaatsanwalts über den Zustand der Bremer Staatsanwaltschaft. Sie ist danach völlig unterbesetzt und auf allen Ebenen defizitär organisiert. Der Leitende Oberstaatsanwalt hat öffentlich seinen Anteil an der Misere eingeräumt. Wir haben das zum Anlass genommen, mit dem Staatsrat Justiz Björn Tschöpe seine Sicht auf die Dinge und die von Seiten des Ressorts geplanten Maßnahmen zu diskutieren.

Klaus-Dieter Schromek
ASJ-Landesvorsitzender

ARBEITSGEMEINSCHAFT

für Bildung (AfB)



Die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft war durch die Corona-Pandemie sehr stark beeinträchtigt. So konnte die Jahreshauptversammlung erst am 16. September 2020 durchgeführt werden.

In den Vorstand wurden gewählt: Pierre Hansen (Vorsitz), Susanne Martens (stellv. Vorsitzende) sowie Meike Baasen, Jürgen Jaracewski, Ali Kaya, Sabine Langhorst, Norbert Rüppell, Oliver Schmolinski und Hagen Schulte (allesamt Beisitzerinnen und Beisitzer). Der Vorsitzende Pierre Hansen trat am 25. Mai 2021 von seinem Amt zurück und die Mitgliederversammlung wählte am 14. Juli 2021 Dr. Rainer Ballnus zum neuen Vorsitzenden.

Bildungspolitik ist einer der Grundpfeiler sozialdemokratischer Politik. Bildung ist der wichtigste Faktor für Demokratie und Zukunft. Die SPD fordert eine Schule für ALLE, die die unterschiedlichen sozialen Bedingungen der Kinder ausgleicht.

Wie schon in den vergangenen Jahren, wird die Finanzierung der geplanten Maßnahmen im Bildungsbereich ein Problem. Neue Kindertagesstätten und Schulen müssen gebaut oder saniert werden. Dazu kommt ein erheblicher Personal-mangel an Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern. Mit dem bestehenden Personal wird die Leistungsfähigkeit der Bremer Schülerinnen und Schüler, die nach wie vor unter äußerst schwierigen Bedingungen (Armut, Arbeitslosigkeit, Bildungsferne in den Elternhäusern und sehr viele Alleinerziehende) die Schulen besuchen, kaum zu steigern sein.

Die Arbeit der AfB im Land Bremen

Zum Anfang des Jahres war die AfB nur sehr eingeschränkt arbeitsfähig. Erst mit der personellen

Neuaufstellung im Sommer 2021 fanden die sonst üblichen, monatlich stattfindenden partei-öffentlichen Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen wieder regulär statt, pandemiebedingt jedoch teilweise per Videokonferenz. Arbeitsschwerpunkte wie die Schulstandortplanung und der Bildungsplan 0-10, aber auch die berufliche Bildung wurden festgelegt. Aktuell begleitet uns weiterhin Corona und alle daraus resultierenden Maßnahmen. Daneben hat sich die Arbeitsgemeinschaft intensiv mit dem neu gegründeten Institut für Qualitätssicherung (IQHB) beschäftigt.

Die AfB nahm zu bildungspolitischen Themen ihren Gaststatus im Landesvorstand und in der Deputation wahr. Der Kontakt zur politischen Ressortleitung funktionierte exzellent.

Die Konferenz der AfBs der norddeutschen Bundesländer fiel aus. Dafür wird die AfB Bremen 2022 Gastgeber der Nordkonferenz werden. Im Bund ist die AfB durch ihre Delegierten vertreten. Die Interessen des Grundschul- und Ganztags-schulverbandes werden durch Vorstandsmitglieder der AfB oder ständige Gäste kommuniziert. Eine Beteiligung des Unterbezirks Bremerhaven an der Arbeit der AfB-Land ist noch nicht gelungen, wird aber für 2022 angestrebt.

Rainer Ballnus
AfB-Landesvorsitzender



ARBEITSGEMEINSCHAFT

der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer)

Die Mitgliederversammlung mit den Vorstands- und Organisationswahlen der Arbeitsgemeinschaft für Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer) in der SPD-Landesorganisation Bremen fand am 8. Juli 2020 statt. Bedingt durch die Corona-Pandemie wurden alle Jahreshauptversammlungen sowie die Neuwahlen durch das Parteibüro auf den Sommer 2020 verschoben. In den Vorstand wurden gewählt: Nicoletta Witt (Vorsitzende); Jörg Ohlrogge und Wibke Schumann (stellv. Vorsitzende) sowie Dieter Fricke, Lucie Gerling, Hilke Lüschen, Nicole Poker, Udo Schmidt und Marvin Schultz (Beisitzerinnen und Beisitzer). Alle wurden einstimmig gewählt. Wir gratulierten dem neu gewählten Landesvorstand.

Allerdings musste auch die SPDqueer sich den neuen Regularien, ausgelöst durch die Corona-Pandemie, anpassen. Als erstes musste der neue Vorstand entscheiden, ob die SPDqueer am CSD 2020 teilnehmen wird. Der Vorstand hat sich seinerzeit einstimmig dafür ausgesprochen, nicht am CSD teilzunehmen und somit ein Zeichen zu setzen, unter dem Motto: „Wir bleiben Zuhause!“ Die Entscheidung ist uns nicht leichtgefallen, wir fanden sie allerdings zu dem Zeitpunkt für angemessen.

Die erste originäre Landesvorstandssitzung nach der Neuwahl des Landesvorstandes fand dann am 31. August 2020 statt. Hierzu hatte die SPDqueer eingeladen, um ein Gespräch mit der Pastorin Sabine Kurth (Waller Gemeinde) zu führen. Das Thema lautete: „Queer und Kirche, wie passt das zusammen?“ Es fand ein interessanter, reger Austausch statt.

Der Landesvorstand hatte sich aufgrund der Pandemie, aber auch angesichts der wenigen Kenntnisse über die Covid-Erkrankung und der vielen Infektionen darauf verständigt, weiterhin keine Sitzungen durchzuführen, die nicht unbedingt notwendig wären. Auch im Jahr 2021 war unsere Arbeit von der Pandemie geprägt. Der Vorstand hat im Sommer 2021 an einer Veranstaltung auf den Weser-Wiesen teilgenommen, zu der die Partei „Die Linke“ eingeladen hatte. Das Thema lautete: „Queere-und-Trans-Politik in Bremen und deren Finanzierung“.

Der CSD 2021 wurde überwiegend telefonisch oder „online“ vorbereitet, die anfallenden Aufgaben auf alle Schultern verteilt. Die SPDqueer hat gemeinsam mit einigen Bürgerschaftsver-



Der frisch gewählte Landesvorstand, von links nach rechts: Nicole Poker, Jörg Ohlrogge, Wibke Schumann, Nicoletta Witt, Marvin Schultz, Dieter Fricke, Lucie Gerling, Udo Schmidt.

treter:innen aus Bremen und Bremerhaven, sowie unseren Jusos und auch vielen Freundinnen und Freunden an einem stark verregneten CSD teilgenommen. Wir haben uns an alle Auflagen gehalten und sind bis zum Ende der Demo vielzählig dabei gewesen. Selbst aus Hannover und Oldenburg konnten wir Genoss:innen begrüßen, was uns natürlich ganz besonders gefreut hat.

Im Oktober haben wir ein Gespräch mit Antje Grotheer, queerpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion, und Jan Stöß, Staatsrat für Kinder und Bildung, durchgeführt. Es war eine sehr gut besuchte Sitzung mit einer hochinteressanten Gesprächsrunde zu den Bildungsaufgaben im Bereich Queerpolitik und noch aufschlussreicher war die Diskussion zum Thema „Transpersonen und Schulen“. Hier gibt es eine Vielzahl von weiteren Fragen, derer wir uns in der nächsten Wahlperiode gerne annehmen möchten.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der Vorstand in den vergangenen 2 Jahren leider nur zu 8 Sitzungen einladen und zusammenkommen. Selbstverständlich waren alle Sitzungen parteiöffentlich und auch Nicht-Parteimitglieder konnten (als Schnupperangebot) an unseren Sitzungen teilnehmen. Einige Male konnten wir über diesen Weg somit Interessierte und Gäste begrüßen. Hin und wieder gelang es auf diesem Wege dann auch, neue Genoss:innen zu gewinnen.

In den letzten 2 Jahren hat die SPDqueer sich mit folgenden Schwerpunkten auseinandergesetzt:

- Beteiligung an den politischen Diskussionen des Bundesvorstandes der SPDqueer
- Teilnahme und Organisation am CSD 2021
- Beteiligung an verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen der Bremer SPD
- Teilnahme an Veranstaltungen zum Thema Queer-und-Transgender-Politik
- Unterschiedliche Themen in den Parteiöffentlichen Sitzungen behandelt
- Vorstands-Veranstaltung zum Thema Queer und Kirche durchgeführt
- Vorstandssitzung zum Thema Queer und Bildung/Schule durchgeführt

Die Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand funktioniert gut. Wir haben die Möglichkeit, an den Telefonkonferenzen teilzunehmen. In dieser Wahlperiode fanden, wegen Corona, keine direkten Regionalkonferenzen statt. An der Bundeskonferenz nahmen Dieter Fricke und Nicoletta Witt online teil.

Für die nächste Wahlperiode wünschen wir uns, wieder möglichst viele neue Gesichter, kreative und aktive Mitarbeit bei den vor uns liegenden neuen Aufgaben.

Vielen Dank für zwei spannende, interessante Jahre, die hinter uns liegen.

Nicoletta Witt
SPDqueer-Landesvorsitzende



Ziemlich viel Regen – aber beste Stimmung: CSD 2021, von links nach rechts: Dieter Fricke, Bea Tilinus, Reinhold Wetjen, Nicole Poker, Jörg Ohlrogge, Nicoletta Witt, Antje Grotheer, Doreen Greve.

Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen

Die Mitgliederversammlung mit den Vorstands- und Organisationswahlen der AG Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen in der SPD-Landesorganisation Bremen fand am 15. September 2020 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Udo Schmidt (Vorsitzender), Rosemarie Kovač und Harald Metzdorf (stellv. Vorsitzende) sowie Heiko Blohm, Monika Eberlein, Alexander Jung, Adelarsa Kedenburg, Dominik Meine, Lars Peinemann und Karsten Reimer (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Im Laufe des Jahres 2020 fand, außer einer Sitzung zum Jahresanfang und nach den Wahlen in Präsenz in den Räumen der „Die Paritätischen“ im September, nur eine weitere Videokonferenz im November statt.

Am 5. Mai 2020 konnte Corona-bedingt der 28. Protesttag nur virtuell stattfinden und somit gab es auch keine Info-Stände auf dem Marktplatz. Stattdessen eine genehmigte Mahnwache/„Mini-



FOTO: SPD LAND BREMEN

Aufgrund von Corona konnten die Organisationswahlen im Jahr 2020 nicht wie anfangs vorgesehen im März stattfinden, sondern mussten in den Herbst verlegt werden. Corona und die verschobenen Wahlen stellten für uns organisatorisch und in der praktischen Arbeit erhebliche Herausforderungen dar. Die Umstellung auf digitale Versammlungen und die zusätzlichen Hürden der unterschiedlichen, nicht wirklich barrierefreien Online-Konferenzprogramme haben uns erhebliche Schwierigkeiten gemacht. Dank der Unterstützung der Genossinnen und Genossen aus dem Unterbezirk Bremerhaven wurde uns im Jahr 2021 dann zunächst ZOOM als Online-Programm zur Verfügung gestellt. Damit konnten wir dann mit weniger Barrieren online tagen.

Demo“ vor dem Nebeneingang der Bremischen Bürgerschaft. Das Motto war: „Trotz Corona: Teilhabe ohne Einschränkungen für Alle!“ Es gab zwei Pressemitteilungen, an denen wir inhaltlich als Selbst Aktiv beteiligt waren. Vertreten im AK Protest wurden und werden wir durch unsere Rosemarie Kovač.

Aufgrund der zugespitzten Pandemielage wurde das 26. Behindertenparlament als Hybridveranstaltung als „Behindertenparlament EXTRA“ am 20. November 2020 mit sechs Personen vor Ort durchgeführt. Das Motto lautete: „Gemeinsam für Selbstbestimmung und Teilhabe“. Wir waren an der Formulierung des Leitantrages beteiligt und mit einem eigenen Antrag vertreten.

Der vorgesehene Länderrat am 6. Dezember 2020 im Willy-Brand-Haus in Berlin musste aufgrund der Pandemie auf Anfang 2021 als Onlineveranstaltung verschoben werden. Auch wenn wir uns im Laufe des Jahres 2020 selten mit den AG-Vorstandsmitgliedern getroffen haben, konnten wir einen regen Austausch unter den Mitstreiterinnen und Mitstreitern der AG Selbst Aktiv aufrechterhalten. Gleiches gilt für die Kontakte zum Bundesvorstand unserer Arbeitsgemeinschaft.

2021: Eigentlich waren wir zuversichtlich, unsere gewohnten Präsenzsitzungen wieder regelmäßig jeden Monat ausüben zu können, bekanntlich aber befreite uns das Leben noch nicht von der Pandemie. Acht Sitzungen konnten wir jedoch abhalten, die Sitzung im Oktober sogar in Präsenz und es war auch bitter notwendig, sich mal wieder persönlich zu treffen. Die Online-Formate geben uns einfach nicht den persönlichen Austausch, den wir benötigen. Technisch bedingt gab es zudem immer wieder allerhand Probleme. Nun stellt uns die Landesorganisation Online-Meetings über ZOOM zur Verfügung.

Wie bereits im Vorjahr konnte der „Europäische Tag gegen Diskriminierung und für Gleichstellung behinderter Menschen“ am 5. Mai 2021 unter dem Titel „Teilhabe ist Menschenrecht – Deine Stimme für Inklusion!“ nur sehr eingeschränkt stattfinden. Auf dem Marktplatz konnte nur eine sehr eingeschränkte Protestaktion stattfinden, dafür aber war die Online-Ausstellung mit zahlreichen Videobotschaften umso erfolgreicher. Unseren üblichen Infostand konnten wir nicht aufbauen. Hier nochmal unseren Dank an unsere Rosemarie Kovač, die sich über das ganze Jahr hinweg im AK Bremer Protest behinderter Menschen für unsere AG eingebracht hat und uns dort sehr gut vertritt.

Ausfallen musste, zu unserem absoluten Leidwesen, das diesjährige Behindertenparlament. Die sich immer stärker abzeichnenden Einschränkungen aufgrund der herrschenden Pandemie zwangen den AK Protest dazu, das Behindertenparlament 2021 abzusagen. Als Ersatztermin ist der 5. Mai 2022 angedacht – alles steht und fällt mit der Pandemie.

Zu betonen ist unsere hervorragende und konstruktive Zusammenarbeit mit den AGen für Gesundheit (ASG) und der AG der sozialdemokratischen Juristinnen und Juristen (ASJ) zum Thema „Triage“. Hier haben wir auf einen Auftrag im Zuge eines Antrags aus dem Landesparteitag 2020 reagiert und gemeinsam eine tragbare Antwort geliefert. Mehrere Konferenzen und ein Impulsreferat waren hier maßgebend für unsere gemeinsame Entscheidung.

Der Bundestagswahlkampf 2021 hat auch uns als AG Selbst Aktiv im Land Bremen beschäftigt und alle unsere Mitglieder waren aktiv – zum größten Teil über die Ortsvereine – am Wahlkampf beteiligt. Auch unsere Aktivitäten und Anregungen, gestreut über das bundesweite Netzwerk, konnten in das Wahlprogramm mit einfließen und finden sich im Koalitionsvertrag der neuen „Ampelregierung“ wieder.

Hervorragend gestaltete sich auch die Zusammenarbeit mit unserer Fraktion in der Bürgerschaft über die Fachsprecherin Birgitt Pfeiffer. Ganz besonders stolz sind wir über unsere überaus starke Präsenz als Arbeitsgemeinschaft im stimmberechtigten Landesvorstand durch unsere Monika Eberlein aus Bremerhaven und Birgitt Pfeiffer für die SPD-Fraktion in der Bürgerschaft, aber auch als Mitglied von Selbst Aktiv. Als Vorsitzender der AG ist Udo Schmidt automatisch mit beratender Stimme Gast im Landesvorstand der SPD.

Die bemerkenswert gute Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand der SPD und unserem Parteibüro sind uns Ansporn und leiten uns, unsere AG auch weiterhin aktiv in den Wahlkampf 2023 mitzubringen und uns für die Behindertenpolitik und für unsere Partei stark zu machen.

Udo Schmidt
AG Selbst Aktiv
Landesvorsitzender

The SPD logo consists of the letters 'SPD' in a bold, white, sans-serif font, centered within a white square. This square is positioned at the top center of the page, which has a solid red background.

SPD-Landesorganisation Bremen

Violenstraße 43 ■ 28195 Bremen ■ Fon: 04 21/3 50 18-0 ■ E-Mail: info-land-bremen@spd.de
Internet: www.spd-land-bremen.de ■ www.spd-bremen.de